

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,30 M. monatlich, 1,10 M. wöchentlich, 28 M. für ein Jahr. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter mit Illustration 10 Pf. Postabonnement: 1,10 M. pro Monat. Einzelne Nummern in die Post zu bringen. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 2 M. für das übrige Ausland 3 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 Gebührt für die sechsgehobene Anzeigenzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Anzeigen und Veranlassungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zählung 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer werden bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben. Die Expedition ist bis 11 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“

Erkheim täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 1. Juni 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die italienische Wahlreform.

Rom, den 28. Mai. (Fig. Ber.)

Am 25. Mai ist das neue Wahlgesetz in dritter Lesung von der italienischen Kammer angenommen worden. Der Rat durch den Senat wird nicht im Wege stehen, sodass die Reform schon Ende Juni durch königliches Dekret zum Gesetz erhoben werden wird.

In der Kammer hat die Kommissionsfassung des Entwurfs, der mit der Regierung vereinbart worden war, keinerlei nennenswerte Abänderungen erfahren. Die Anträge der äußersten Linken, die die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle 21-jährigen Bürger forderten, das Amendement für das Frauenwahlrecht, für die Abschaffung des Treueids für Staatsbeamte und die Verfassung usw. sind alle unter den Tisch gefallen. Was Giolitti wollte, hat die Kammer genehmigt, um genau an dem Punkte Halt zu machen, wo er stillstand.

So gewährt das Gesetz, das aus 133 Paragraphen besteht, das Wahlrecht allen männlichen Bürgern, die das 30. Lebensjahr erreicht haben. Um vom 21. Jahre an Wähler zu sein, muß man einer der folgenden Bedingungen genügen: 1. seinen Militärdienst geleistet haben; 2. den vierjährigen Elementarschulkurs absolviert; 3. eine direkte jährliche Staatssteuer von nicht weniger als 1.80 Lire entrichten oder einen jährlichen Mietzins von 150 bis 400 Lire bezahlen, je nach der Größe der Wahlgemeinde. Außerdem sind vom 21. Jahre an wahlberechtigt alle mit der Rettungsmedaille ausgezeichneten Personen, sowie die, denen Kriegsmedaillen verliehen wurden. Die Unteroffiziere und Soldaten, sowie die Angehörigen der städtischen Schutzmannschaften entbehren während des aktiven Dienstes des Wahlrechts. Wer gewohnheitsgemäß öffentlich Armenunterstützung empfangt, geht des Wahlrechts verlustig, ebenso wie alle, über deren Vermögen der Konkurs verhängt ist.

Die Eintragung der Wähler in die Listen geschieht von Amts wegen. Jeder kann wegen Auslassung reklamieren. Die Revision der Listen findet alljährlich statt. Die Wahlkreise bleiben sowohl in der Zahl (308) als in der Ausdehnung unverändert, und das neue Gesetz schleppt ganz harmlos in seinem § 54 die nie beachtete Bestimmung des alten mit, nach der auf Grund jeder Volkszählung eine neue Einteilung der Wahlkreise im Verhältnis zur Volkszahl zu erfolgen hätte.

Die bisher ist der Wahltag stets ein Sonntag. Ueber die Wahlhandlung wird festgesetzt, daß der Wähler seinen Kandidaten durch einen gedruckten Zettel bezeichnet, der den Namen des zu Wählenden trägt. Nachdem er identifiziert worden ist, wird dem Wähler vom Präsidenten ein Kuvert ausgehändigt, das der Präsident einer gläsernen Urne entnimmt. Die Kuverts werden vom Ministerium des Innern geliefert und tragen auf einem perforierten Anker eine fortlaufende Nummer. Diese Nummer wird von einem der Kontrolleure laut gelesen und vom Sekretär in der Wählerliste neben dem Namen des Wählers eingetragen. Der Wähler entfernt sich nun vom Tisch des Bureaus, um den gedruckten Zettel in das Kuvert zu tun und dieses zu schließen. Dann händigt er das Kuvert dem Präsidenten wieder aus, der die Nummer entfernt und es in die zweite Glasurne steckt. Auf diese Art soll kontrolliert werden, daß jeder Wähler ein, aber auch nur ein Kuvert abgibt, was wohl auch auf einfacherem Wege zu erreichen gewesen wäre. Da die Nummer vom Kuvert entfernt wird, ist eine Kontrolle der Wahl selbst natürlich unmöglich. Die Kuverts werden in der staatlichen Papiergeldfabrik hergestellt. Bisher erstreckte sich die Kontrolle auf den Wahlgeld selbst, der von Amts wegen geliefert wurde, und auf den der Wähler den Namen des Kandidaten schrieb. Heute, wo auch die Alphabete wahlberechtigt sind, wird die Authentizität durch das Kuvert gewährleistet. Wichtig sind die Stimmzettel, bei denen die Kuverts nicht den Stempel des Präsidenten und die Unterschrift eines Kontrolleurs tragen, deren Nummer nicht abgetrennt wurde, die irgendwie gekennzeichnet sind, oder deren Wahlgeld den Kandidaten nicht eindeutig bezeichnen.

Nicht weniger als 20 Paragraphen beschäftigen sich mit den Strafen, die für Übertretungen des Gesetzes verhängt werden. So wird zum Beispiel für Fälschung der Wählerlisten Gefängnis bis zu drei Jahren und Geldstrafe bis zu 3000 Lire vorgesehen. Wer durch Anbieten von Vorteilen die Wähler zu bestimmen sucht, in einem gegebenen Sinne zu wählen, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 1000 Lire bestraft; die gleichen Strafen treffen den Wähler, der sich bestechen läßt. Wertwürdigerweise wird die durch Drohung ausgeübte Wahlbeeinflussung nur in demselben Maße bestraft wie die durch Versprechungen. Alle wegen Wahlvergehens Verurteilten gehen für die Dauer von ein bis fünf Jahren des Wahlrechts wie der Wahlbarkeit verlustig.

Als Uebergangsbestimmung wird festgesetzt, daß die neuen Wählerlisten zwischen dem 147. und 162. Tage nach dem Inkrafttreten des Gesetzes veröffentlicht werden müssen. Auf alle Fälle können also vor dem nächsten Frühjahr die Wahlen auf Grund des neuen Gesetzes gar nicht stattfinden. Ueber den mutmaßlichen Ausgang der nächsten Wahlen mit erweitertem Wahlrecht hat der frühere Unterstaatssekretär

Luciani das Bedürfnis gefühlt, eine Enquete anzustellen, deren Ergebnisse hier wiedergegeben seien, obwohl die Methoden dunkel und die Prophetengabe des Abgeordneten zweifelhaft sind. Die heutige Kammer zählt 34 Meritale; die neue wird den angeführten Voraussichten zufolge deren 63 haben. Die Konstitutionalen, in welchen Begriff Luciani schlaunweise Konservativ und Liberale, Oppositionsmänner und Ministerielle zusammenfaßt, schrumpfen nach seiner Voraussicht von 319 auf 254 zusammen. Die konstitutionellen Demokraten, eine kleine Oppositionsgruppe der Linken, zählen heute 40 Mandate und werden in der neuen Kammer 33 zählen. Die Radikalen steigen von 50 auf 52, die Republikaner sinken von 21 auf 20 und die Sozialisten wachsen von 42 auf 79.

Zu diesen Voraussagen ist zu bemerken, daß Luciani vielfach die Ansichten der derzeitigen Abgeordneten zu Grunde gelegt hat. Da diese der Reform zum großen Teil nicht grün sind, haben sie sich wahrscheinlich so angestellt, als ob sie eine grobe Vermehrung der Sozialisten erwarteten. Wer die süditalienischen Verhältnisse kennt und weiß, wie leicht es ist, das politisch skeptische Landvolk durch Gewährung persönlicher Vorteile zu beeinflussen, wird kaum auf einen so bedeutenden Zuwachs der Sozialisten rechnen, die mit den Republikanern die einzige Partei darstellen, die mit reinen Händen in den Wahlkampf tritt.

Wenn aber auch die Folgen der Wahlreform noch nicht abzusehen sind, so kann Giolitti doch mit Bemühtung darauf hinweisen, daß er die Mehrheit gegen ihren Willen zu einer Reform gezwungen hat, die unaufhaltsam heranreife, und die heute, wo sie die Regierung gewährt, die herrschende Klasse viel weniger erschüttert, als sie sie morgen erschüttern haben würde, wenn sie das Proletariat erzwingen und erzwingen hätte. Nicht ohne Befriedigung mag Giolitti es zur Kenntnis genommen haben, daß in Budapest um verweigertes Wahlrecht der Strafenaufrührer tobt, während die italienische Kammer unter dem Druck seiner Diktatorenfaust ein Recht gemähren mußte, das die Klasse bis jetzt noch nicht mit Nachdruck zu fordern weiß. Giolitti hat wenigstens verstanden, die Interessen seiner Klasse besser und weitersehend wahrzunehmen als die Mehrheit der Vertreter dieser Klasse selbst. Nun soll das Proletariat seinerseits dafür Sorge tragen, daß es das neue Gesetz zum Werkzeug seiner Klasseninteressen nütze. Es muß das Gesetz erringen, nachdem es gewährt wurde, da Giolitti klug genug war, heute freiwillig zu gehen, was morgen den Massen viel mehr bedeutet hätte, wenn sie es mit eigener Kraft erzwingen konnten. Im Rahmen des Gewährten bleibt noch genug Widerstand zu überwinden. Der erste Wahlkampf mit erweitertem Wahlrecht wird das zeigen. Sache der Partei ist es, die Massen darauf vorzubereiten.

Rechtsgleichheit und Rechtsgarantien bei der Streikjustiz.

Dortmund, 30. Mai. (Fig. Ber.)

Es ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, wie oft der gewöhnlichste Nachbarstreit, sofern er in die Streitzeit fiel, dazu dienen mußte, die Liste der „Streikbrecher“ zu verlängern. Später tauchen als diese Sachen wieder als „Material“ zur Begründung neuer Zwangsmassnahmen gegen die Streikenden auf. Von den vielen Fällen der am Dortmunder Landgericht verhandelten „Streiksachen“ erwähnen wir eine, wo es sich in der Hauptsache um einen Frauenstreit handelte. Zwei Familien, die Nachbarn waren, waren der Männer beteiligten sich an dem Streit. Es kam zu gegenseitigen Anzeigen. Die Anzeige der einen Familie, wo der Mann Streikender war, wurde von der Staatsanwaltschaft nicht weiter verfolgt, mit dem Bemerkten, daß die Anzeigen der anderen Partei nicht ausreichten. Der Streikende und seine Frau aber kamen vor die — Streikkammer und die alleinigen Zeugen waren — der Streikbrechernahe und seine Frau! Der Staatsanwalt beantragte Geldstrafen von 75 und 100 M. Der Verteidiger hob die auffallende Inkonsequenz der Staatsanwaltschaft hervor, und fragte, wie sich denn da ein Streikender wehren könne, wenn er von einem Streikbrecher angegriffen werde. Das Zeugnis des Streikenden reichte nicht aus, die Angabe des Streikbrechers genüge der Staatsanwaltschaft! Der Staatsanwalt hatte darauf nichts zu erwidern, wohl aber das Gericht. Es gab Geldstrafen von 40 und 50 Mark. Befestigt wurde, daß der Anlag des Streites mit dem Streik nichts zu tun hatte. — Diese Untercheidung, je nachdem ob es sich um Streikende oder Streikbrecher handelt, wird nachgerade zu einer Gefahr.

Eine andere Gefahr wurde durch die Verhandlung in einer weiteren Sache erneut bloßgelegt und vom Staatsanwalt bestätigt. Eine Frau war angeklagt, Rufi gerufen zu haben. Irgend wie genaueres war aus der Anlagenschrift, wie in Dutzenden anderen Fällen, weder nicht zu erkennen. Um welchen Tag es sich handelte, wußte man nicht. Ein Strafantrag lag nur in Abschrift und ohne Unterschrift vor. Den Staatsanwalt, der ja nach der, was die Progris anlangt, völlig unbekanntem Forderung der Strafprozessordnung nicht nur die zur Verlastung, sondern auch die zur Entlastung dienenden Tatsachen würdigen soll, genierte als das nicht, er beantragte 1 Monat Gefängnis!

Der Verteidiger verzaupte die Anklage gar jämmerlich. Er erklärte, die Staatsanwaltschaft habe sich nicht einmal die Zeit ge-

nommen, den Strafantrag genauer anzusehen. Es sei die Aufgabe der Staatsanwaltschaft im Vorverfahren gewesen, die Beweise beizubringen. Wegen der ungenügenden Vorarbeit der Staatsanwaltschaft seien der Frau auch die notwendigen persönlichen Auslagen zu ersetzen.

Der Staatsanwalt suchte die Mängel auf eine Art zu entschuldigen, die allgemein bekannt zu werden verdient. Er sprach von „höheren Pflichten“, die die Staatsanwaltschaft zu erfüllen habe. Die besondere Beschleunigung der Anklagen sei notwendig gewesen, um das moralische Gewissen der Streikenden zu schärfen. Man habe den Streikenden zu Bewußtsein führen wollen, wozu ihr Treiben führen würde. Das seien die Gründe gewesen. Der Staatsanwalt sprach dann von der Bedeutung der Massensuggestion, deren Gemeingefährlichkeit der Gesetzgeber durch die schweren Strafen beim — Auftragsparagrafen gewürdigt habe. Wenn im einzelnen die Aufklärung gelitten, meinte der Staatsanwalt, dann hätten eben höhere Rücksichten obgewaltet.

Schrumpfen! Eventuell wollte der Staatsanwalt die Mutter des angeblich beleidigten Arbeitswilligen gefragt wissen, ob sie den Strafantrag noch stellen wolle.

Der Verteidiger erwiderte, daß das Gericht zur Verhandlung und Entscheidung da sei und nicht dazu, in die Hauptverhandlung zu verlegen, was im Vorverfahren geschehen müsse. Das Gericht sei in keiner Weise verpflichtet, jetzt Erklärungen der Mutter entgegen zu nehmen. Wenn durch sogenannte höhere Rücksichten das in der Strafprozessordnung festgelegte Recht der Angeklagten nicht gewahrt werde, dann sei eben durch die Hauptverhandlung Gelegenheit gegeben, den Rechtsfall durch die Kostenfestsetzung zum Teil auszugleichen.

Das Gericht kam zur Vertagung und es gab die Sache an die Staatsanwaltschaft zurück. Es soll das Veräumte nachgeholt werden. Insbesondere sollte die Staatsanwaltschaft bestimmte Daten in die Anlagenschrift bringen, „so ist es ein Ende gar nicht abzusehen“, meinte der Gerichts-vorsitzende.

Reines hat ja der Staatsanwalt mit seiner Entschuldigungsepiistel nicht gesagt, nur daß ein Staatsanwalt die Rechtsnachteile der Schnelljustiz für die Angeklagten zuzieht, ist das Bedenkliche. Sonst hieß es immer, die Schnelljustiz liege auch im Interesse der Angeklagten. Was die „höheren Gründe“ bedeuten, brauchen wir unseren Lesern ja nicht weiter auszumalen.

Das sind nun wieder zwei Momentbilder von den vollendetsten Rechtsgarantien für die — Streikbrecher, durch die auf der anderen Seite streikende Arbeiter tatsächlich fast rechtlos und wehrlos werden.

Der marokkanische Aufstand.

Die Auflehnung der marokkanischen Stämme gegen das Joch der Fremdherrschaft — für die Worte Protektorat, Zivilisation und dergleichen fehlt den unabhängigen und fanatisch religiösen Völkern jedes Verständnis — greift immer weiter um sich. In Marokko scheint der „heilige Krieg“, von dem man in den Kämpfen gegen islamitische Völker so oft gehört hat, bitterer Ernst zu werden, denn die Stämme der einzelnen Regionen schließen sich zu einem einheitlichen Vorgehen gegen die Franzosen und schließlich auch gegen die Spanier zusammen. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß es zu einer einheitlichen und geschlossenen militärischen Aktion aller Eingeborenen Marokkos kommen wird, dafür wird aber in allen Gebieten des Landes ein erbitterter und langwieriger Guerillakrieg einsetzen, der ständig starke französische Streitkräfte in Anspruch nehmen wird. Und diese müssen aus dem Mutterlande genommen werden, denn die Stimmung unter den Eingeborenen Algeriens und Tunesiens ist derart, daß diese Länder nicht noch mehr militärisch entblößt werden können. Die Möglichkeit eines allgemeinen islamitischen Aufstandes in ganz Nordafrika erhebt drohend ihr Haupt, und diese Möglichkeit wird auch England, abgesehen von anderen weltpolitischen Erwägungen, bestimmen, seine Truppen in Ägypten sowie auf Malta und Zypern beträchtlich zu verstärken.

In Fes selbst ist seit gestern die Lage der Franzosen noch kritischer geworden. Die kleine Zahl der Verteidiger der Stadt kann sich nur mit Hilfe der Verbesseren, die Tag und Nacht gegen die weit ausgedehnten Stadtmauern anstürmen, erwehren, sie müssen aber auch mit einem Aufstand der Stadtbewohner selbst rechnen, bei denen der Sultan, wie übrigens im ganzen Lande, jede Autorität verloren hat. Die Niederwerfung der Aprilrevolte in Fes hat die franzosenfeindliche Stimmung der Einwohner noch verschärft; die Tatsache, daß in den Mauern von Fes 48 Stammes- und Glaubensgenossen der Einwohner vor kaum zwei Wochen durch Exekutionspelotons der Fremdenlegion standrechtlich niedergeschossen wurden, kann für die französische Besatzung der Stadt jetzt verhängnisvolle Folgen haben.

Inzwischen gehen von den südfranzösischen Häfen fortwährend Verstärkungen nach Marokko ab, und es gewinnt den Anschein, als ob die Regierung die öffentliche Meinung über die Zahl der Verstärkungstruppen absichtlich irreführt. Offiziell wird der Umfang der Truppentransporte viel geringer angegeben, als er in Wirklichkeit ist. Dem französischen Volke wird das marokkanische Abenteuer ebenso teuer zu stehen kommen, als das tripolitanische dem italienischen Volke.

Proklamation des Heiligen Krieges.

Paris, 31. Mai. Aus Fez wird gemeldet: Die Führer der Aufständischen haben an alle sich ruhig verhaltenden Stämme einen Aufruf gerichtet, in dem diese zum Heiligen Krieg aufgefordert und mit Plünderungen bedroht werden, falls sie sich dem Aufstande nicht anschließen. Dieser Aufruf hat sich als sehr wirksam erwiesen und vier große Stämme, die den Franzosen bisher treu geblieben waren, haben nunmehr die Reihen der Aufständischen verstärkt. Von den Vertretern einiger Stämme wurde erklärt, daß sie notgedrungen die Franzosen bekämpfen müßten, da diese nicht imstande seien, sie gegen die von den aufständischen Horden angeführten Plünderungen und Niedermetzungen zu schützen. Der Heilige Krieg wird überall unter Botantragung der Fahne der Bruderschaft des Marabut Mulah Ibrahim gepredigt, die von den Aufständischen in der Nacht vom 26. d. M. vom Orabe dieses Marabut weggenommen worden war. Die unter solchen Umständen eroberte Fahne soll in den Augen der Muselmanen eine besondere Bedeutung besitzen und auch die Jaghaftesten fanatisieren.

Der Korrespondent des „Matin“ berichtet, vom General Lyautey sei am 27. d. M. ein amtlicher Bericht erstattet worden, in dem es heißt: Die Lage ist außerordentlich ernst, ja sogar beunruhigend. Die Gefahr nimmt mit jedem Tage zu. Die Nähe der Ernte wird vielleicht eine vorübergehende Entspannung bringen, aber wir werden zweifellos beträchtliche Anstrengungen machen müssen, um die Ruhe wiederherzustellen und insbesondere, um sie dauernd zu erhalten.

Die Kämpfe um Fez.

Paris, 31. Mai. Aus Fez wird unter dem 28. Mai mittags gemeldet: Die letzte Nacht war ruhig, obwohl die Feinde noch immer in verschiedene Gruppen geteilt einige Kilometer von der Stadt im Norden, Süden und Osten stehen. Die französischen Truppen sind in zwei Gruppen geteilt, eine befindet sich in Fez, die andere in Dardebibagh. Eine stiegende Kolonne wird heute einen Zug um die Stadt machen, um die Feinde von verschiedenen Punkten zu vertreiben, an denen sie sich verstecken. Die Lage bleibt ernst. General Lyautey empfing heute früh die Ulemas und empfahl ihnen, der Bevölkerung von Fez Ruhe zu predigen.

Der „Agence Havas“ wird aus Fez vom 30. Mai 6 Uhr abends gemeldet: Die Kifissis und Wifegrouchen haben heute Sefru angegriffen. Der Angriff dauerte von 10 Uhr bis 2 Uhr. Die Aufständischen wurden durch das Feuer der Franzosen und durch Bajonettangriffe zurückgeworfen. Auf Seiten der Franzosen wurden sechs Soldaten verwundet; die Verluste der Aufständischen sind bedeutend.

Unruhen in der Gegend von Mogador.

Paris, 31. Mai. Nach einer Meldung aus Mogador vom 28. Mai soll die Lage in der dortigen Gegend beruhigend sein; Scherif Tarek soll die Partei der Haifa ergriffen haben. Raib Gaitani ist auf die Seite des Präsidenten getreten und hat die Stämme in Agadir einzuziehen lassen in der Absicht, sich einer eventuellen Landung der Franzosen zu widersetzen.

Die Deutschen in Marokko.

Köln, 31. Mai. Der „Rölnischen Zeitung“ wird aus Tanger telegraphiert: Die Lage der Deutschen außerhalb der Mauern von Fez läßt sich noch nicht übersehen. Die Gebrüder Mannesmann haben Larabant verlassen und sich nach Marakech begeben.

Jaurès und die marokkanischen Wirren.

Paris, 31. Mai. Jaurès hat seine Absicht, seine Marokko-Interpellation heute in der Kammer einzubringen, in letzter Stunde wieder geändert und angesichts der bedrohlichen Lage in Marokko davon Abstand genommen. Wie er sich äußerte, will er nicht „während der Schlacht“ eine Debatte über diese hervorrufen, die notgedrungen eine Kritik an den Maßnahmen der Regierung bringen muß.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Mai 1912.

Was man den Lehrern bietet!

Die kgl. Regierung in Köslin, Abteilung für Kirchen und Schulwesen, gez. v. Sydow, hat unter dem 23. Oktober 1911 eine Dienstanweisung für die Kreis- und Schulinspektoren im Regierungsbezirk Köslin erlassen.

Gleich im § 1 heißt es u. a.:

Die Kreis- und Schulinspektoren haben... insbesondere darüber zu wachen, daß Verordnungen und Gesetze genau befolgt werden, daß die Ziele des Unterrichts und der Erziehung, das sittliche und religiöse Leben, sowie die Liebe zu König und Vaterland bei Lehrern und Schülern geweckt und gefördert, und daß Hemmnisse, welche sich der Arbeit der Schule entgegenstellen, beseitigt werden. Die „Preussische Zeitung“ entwirft sich darüber, daß hier in einer ganz eigenartigen Formulierung die Lehrer gemeinsam mit den Schülern als Erziehungsobjekte der Obhut des Kreis- und Schulinspektors überwiesen werden. Sie dürfe wohl im Namen des gesamten Lehrerstandes sprechen, wenn sie erkläre, daß er sich für eine solche entwürdigende Fürsorge bestens bedanke.

Ein guter Teil der Lehrer und namentlich auch unser wackerer Kreisrat trägt selbst Schuld daran, daß die preussische Regierung die Lehrer wie Schulbuben zu behandeln mag. Denn wenn die Lehrer selbst in ihrer Mehrheit immer wieder ängstlich beteuern, daß sie sich als Schirm von Thron und Altar betrachteten und gar nicht daran dächten, radikal, religiös oder politischen Anschauungen zugeweiht, wenn sie also immer wieder demütig versichern, daß ein Lehrer kein religiös oder politisch unabhängiger, bloß seiner innersten Ueberzeugung folgender Mann sein dürfe, so brauchen sich die Lehrer auch nicht darüber zu wundern, wenn sie unsere Bureaucratie als Unmündige behandelt und derselben entwürdigenden Kontrolle unterstellt wie die Schuljungen, denen gegenüber dann die Lehrer die Funktion zu übernehmen haben, die der Kreis- und Schulinspektor ihnen selbst gegenüber ausübt.

Und wenn die freisinnige Presse im unruhigen Einbernehmen mit den freisinnigen Parlamentariern nicht etwa für die Lehrer das uneingeschränkte Recht der Ueberzeugung und der schrankenlosen Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte proklamiert, sondern immer wieder versichert, daß die Lehrer ja kreuzbrave preussische Untertanen seien, die gar nicht daran dächten, sich etwa zu einer politischen Ueberzeugung zu bekennen, der bereits mehr als ein Drittel des deutschen Volkes angehört, so ist es nur dem traurigen Gelde- und der freisinnigen Ritter von der Feder und dem Worte selbst zu danken, daß unsere Regierung von dem Vorkenner- und Mannesstolz der preussischen Lehrerschaft keine allzu große Meinung hat!

Die „Unterwerfung Grafenstadens“.

Der glänzende Sieg, den unsere vorrussischen Nachbarn über den Direktor des Grafenstadener Werkes davongetragen haben, erscheint in noch eigentümlicherem Lichte durch eine Stelle des Entlassungsschreibens des zur Strecke gebrachten Direktors, die mit aller Entschiedenheit die ihm zur Last gelegten deutschfeindlichen Handlungen in Abrede stellt. Heißt es doch in dem Briefe wörtlich:

„Ich gebe hiermit keineswegs die mir zum Vorwurf gemachte deutschfeindliche Gesinnung zu, sondern ich erkläre noch mehr ausdrücklich, daß alle mir zur Last gelegten Vorkommnisse zum Teil ohne mein Zutun oder gegen meinen Willen geschehen sind, zum Teil sich auch aus ganz natürlichen Geschäftsgründen ohne jedwede Deutschfeindlichkeit meinerseits erklären lassen. Durch eine genaue Untersuchung wird sich dieses unzweifelhaft herausstellen.“

Wie groß muß da der Triumph der Freunde des Verwaltungsterrors sein, daß sich die Grafenstadener Lokomotivfabrik den deutschen Anforderungen hat fügen müssen, wie die „Hamburger Nachrichten“ triumphierend feststellen!

Aber die „Hamburger Nachrichten“ wollen nicht einmal jetzt von einer bedingungslosen Aufhebung des Boykotts über die Grafenstadener Werke etwas wissen. Sie meinen vielmehr, daß es Sache weiterer politischer Erwägung sein müsse, ob man der Fabrik die staatlichen Bestellungen im bisherigen Umfange weiter überlassen wolle oder nicht. Die Entschlieung werde man „zweckmäßig davon abhängig machen“ müssen, daß das Grafenstadener Werk ausreichende Garantien gegen die Wiederkehr der arztigen Zustände bietet, wie sie unter dem Direktor Hehler geherrscht haben. Wäre es da nicht besser, wenn die Eisenbahnverwaltung gleich einem ihrer Beamten den Direktorposten übertrüge?

Zum Fall Dittell

bemerkt die „Frankfurter Zeitung“:

„Dieser Fall dürfte einzig in seiner Art sein. Wegen einer Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes wird jemandem die Unbescholtenheit abgesprochen und Rangal an moralischer Reise attestiert, und ihm wird deshalb der Weg zum akademischen Studium und zum einjährig-freiwilligen Dienst versperrt. Ist dem Berliner Provinzialschulkollegium und der Prüfungskommission nicht bekannt, daß es zahlreiche Beamte gibt, die wegen Verletzung des Reichsvereinsgesetzes in der Ausübung der Polizeigewalt rektifiziert werden mußten. Heißt es denen nun auch an moralischer Reise? Denn daß sie wegen ihres Verhaltens nicht bestraft werden können, ändert doch nichts an der Bewertung der Fälle. Und weiter: werden wirklich alle, die einmal eine kleine Ordnungstrafe erhalten haben, zurückgewiesen, und werden z. B. Studenten vom Einjährigendienst zurückgewiesen, die wegen Duellvergehens bestraft worden sind? Und wenn hier schon eine kleine Uebertretung des Vereinsgesetzes als mangelnde Unbescholtenheit gilt, wie kann man dann noch alle die „bescholtenen“ Beamten und Offiziere in Amt und Würden lassen, welche wegen Zweikampfs sogar zu Freiheitsstrafen verurteilt worden sind! Eine kleine Uebertretung — die an sich noch streitig war — ist auf diese Weise mit den schwerwiegendsten Nebenstrafen versehen worden, die allgemein als ungerecht empfunden werden müssen.“

Ein katholischer Arbeitertag

Am den Pfingsttagen in Frankfurt statt. Zusammengekommen waren die Vertreter der katholischen Arbeitervereine West-, Süd- und Ost-Deutschlands (München-Blabacher Richtung). Diese Vereine haben sich am 7. August 1911 in Mainz zu einem Kartellverband zusammengeschlossen, mit dem Zweck, die katholische Arbeiterbewegung gemeinsam zu fördern, sei es durch Austausch von Anregungen und Erfahrungen, sei es durch Abhaltung gemeinschaftlicher Kongresse, wie der jetzige in Frankfurt. Den 2166 Vereinen sind angeblich 315 000 Mitglieder angeschlossen, freilich darunter viele Nichtarbeiter.

Die Tagung selbst hat Außerordentliches nicht geboten. Ob Herr Wiesberts sprach, ob Dr. Pechbach, ob Stegerwald oder Feder. Probleme haben sie nicht gelöst. Nicht einmal neue Gedanken sind zutage getreten. Was der eine sagte, sprach der andere weiter, aber immer denselben Jaden.

Die katholischen Arbeiter — so hieß es — müssen sich durchringen zu völliger Gleichberechtigung mit Hilfe der anderen Stände. Sogar mit Hilfe auch derjenigen Stände, die nur existieren können, wenn sie die Arbeiter in Rechtlosigkeit erhalten und wirtschaftlich bedrücken. Politische Gleichberechtigung der Arbeiter bei Unterstellung und Weibehaltung ökonomischer Ungleichheit! Wer dieses hohe Ziel nicht als erstrebenswert anerkennt, für den ist kein Platz in der katholischen Arbeiterbewegung. Man bewundert den Mut, den Herr Wiesberts ausbrachte, als er von sozialdemokratischen Utopien sprach. Eine harmonische Gleichheit in der sozialdemokratischen Gesellschaft sei unmöglich. Aber nach Wiesberts ist sie möglich in der kapitalistischen Gesellschaft. Und was heißt es anders, als Spott mit den Arbeitern treiben, wenn Herr Dr. Pechbach andrückt:

„Wenn der Arbeiter appellieren will an die Gerechtigkeit gegenüber seinen Arbeitgebern, dann muß der Arbeiter auch selber den Sittenkodex des Christentums anerkennen. Dieser Sittenkodex ruft dem Arbeitgeber zu: „Liebe Deinen armen Bruder, denn er ist Gotteskind ebenso wie Du!“ Aber der Sittenkodex ermahnt auch die Arbeiter zur Treue, zur Arbeit, zum Fleiß, zur Unterordnung unter die göttliche und weltliche Autorität.“

Herr Pechbach sagte nicht, wie es sein soll, wenn die Arbeitgeber auf den christlichen Sittenkodex pfeifen.

Es ist wirklich schade, daß dem Frankfurter Kongreß nicht die Hilarität erfolgte päpstliche Kundgebung bekannt war, die der Pfarrrer Heher aus Rom mitbrachte und der Berliner Tagung übermittelte. Die Kundgebung, die verlangt, daß die 315 000 katholischen Arbeitervereinsmitglieder der M.-Blabacher Richtung und die christlichen Gewerkschaften sich zu den Grundstücken und der Taktik der katholischen Arbeitervereine Berliner Richtung bekennen sollen. Das hätte ein Haß gegeben und lange Gesichter der christlichen Gewerkschaftsführer dazu!

Die Polizei im Dienste der christlichen Gewerkschaften!

Auf dem in Frankfurt a. M. abgehaltenen ersten katholischen Arbeitervereinskongreß führte der Arbeitersekretär Königbauer-München aus:

„In München werden die Namen aller Zugereisten der christlichen Gewerkschaften von der Polizei täglich mitgeteilt, so daß die Vorstände gleich eine Hausagitation voraussetzen können.“

Nach dieser Behauptung Königbauers leistet also die Münchener Polizei Handlangerdienste für die christlichen Gewerkschaften.

„Anarchistenfache“.

Die Versammlung der „anarchistischen Zerberation“, die in den Pfingsttagen in Berlin stattfand, gibt einem bürgerlichen Zeitungsmann Veranlassung, über die gerichtliche und polizeiliche Behandlung der Anarchisten zu plaudern; man erzählt daraus zwar nicht viel Neues, aber es ist immer gut, von Zeit zu Zeit einen Blick in die polizeilichen und geistigen Verhältnisse zu tun:

„Die Fäden der Polizei“ laufen unsichtbar nach allen Richtungen und über die Grenze weit hinaus zu jenen Orten des Auslandes, wo deutsche politische Flüchtlinge die Verbindung mit den Gesinnungsgenossen in der Heimat aufrecht erhalten. Alle Fäden aber laufen wohlgeordnet zusammen; in der VII. Abteilung des Polizeipräsidiums am Alexanderplatz zu Berlin.

Der Vorsteher der Exekutive dieser politischen Abteilung ist ein „jobialer Beamter, der jederzeit gerne Auskunft erteilt, soweit man nicht gerade Amtsgeheimnisse erfahren will.“ „Wir von der Polizei“, so meint der Polizeirat, „sind keine Gelehrten und keine Literaten. Wir betrachten den Anarchismus nicht als wissenschaftliches Problem, wir unterscheiden nicht zwischen den Salonanarchisten und den Bombenfabrikanten, sondern wir behandeln jede anarchische Bewegung in Wort, Schrift und Tat gleichmäßig als Anarchistenfache!“ — „Aber Sie wenden doch eine verschiedene Taktik je nach der Gefährlichkeit der Person an, Herr Polizeirat?“ — „Die Taktik richtet sich zunächst nur nach dem vorletzten Wegesparagraphe, also z. B. Verleumdung, Aufreizung, Hochverrat, Sprengstoffgeheimnis. Aber natürlich ändern sich die allgemeinen Maßnahmen der Beobachtung und Verfolgung je nach der Haltung der anarchischen Organisation und Propaganda.“ — „Die Maßnahmen sind wohl in den letzten Jahren etwas milder geworden, weil man glaubt, die deutschen Anarchisten ihren internen Streitigkeiten überlassen zu können, durch die ihre Werkkraft ohnehin sehr gemindert wird?“ — „Wir werden uns hüten, unsere Absichten und Maßnahmen bekannt zu geben. Die Herren Anarchisten würden sich sofort danach einrichten.“

Die besondere Behandlung der „Anarchistenfachen“ findet sich auch in der Justiz wieder. Der Berliner Rechtsanwalt Justizrat Dr. Richard Sieber, der Vuzehende von Anarchisten verteidigt hat, gibt darüber folgende Anhaltspunkte: „Seit mehreren Jahren bezeichnet man bei dem Landgericht I zu Berlin eine Reihe von Straftaten nicht bloß mit dem Namen des Angeklagten und der Straftat (also z. B. wider Kranke wegen Todes), sondern es steht auch noch auf dem Aktenbeleg rot unterstrichen die Bezeichnung „Anarchistenfache“, und zwar wird diese Bezeichnung nur aus dem Grunde darauf gesetzt, weil die politische Polizei den Angeklagten als Anhänger des Anarchismus erklärt. So ungeschicklich an sich diese Neuerung ist, ein dem Gerichtsleben fernstehenden vorkommen mag, so schwerwiegend ist sie in der Wirklichkeit.“ Gerade bei unserem Strafverfahren und seiner freien Beweiswürdigung darf man psychologische Eindrücke in keiner Weise unterschätzen. Man muß sich harnaken, wie selbst in unseren Richterkreisen und namentlich noch mehr in den weiten Kreisen der Bevölkerung eine fast absolute Unwissenheit herrscht über das, was die Anarchistenlehre predigt und bezweckt. Bezeichnet die politische Polizei auf Grund der ihr von unbekanntem und ungenannten Hintermännern gewordenen Information den Angeklagten als Anhänger der Propaganda der Tat, so überläuft sämtliche Beteiligten ein Grausen, das nicht dazu beiträgt, eine objektive Urteilsfindung zu erleichtern.“

Massenjustiz! Eine treffendere und schmerzlichere Bestätigung unserer Auffassung, daß viele Richter mit dem besten Willen nicht imstande sind, zu einer objektiven Würdigung der seiner Beurteilung unterworfenen Tat zu gelangen. Um so skandalöser aber ist es, gewisse Straftaten von vornherein zu stigmatisieren und die Beurteilung der Richter aufzuspitzen.

Der Wahlschwindel in Schwyz.

Gegenwärtig findet vor dem Landgericht in Graubündgen der Schwurgerichtsprozess gegen jene politischen Demonstranten statt, die wegen Beteiligung an den sogenannten Wahlkrawallen vom St. Gallen in Schwyz verhaftet und des Aufruhrs angeklagt wurden. Natürlich bildet in diesem Prozess die Frage, wie der deutsche Kandidat, Landrat v. Halem, gewählt wurde, die Hauptrolle. Am Freitag wurde von der Kreisinspektur Martini als Zeuge vernommen. Er suchte selbstverständlich durch die Berufung auf das Amtsgeheimnis, das immer dann hervortritt, wenn es gilt, merkwürdige Handlungen der Behörden zu verdecken, sich von der Zeugnispflicht möglichst zu befreien. Indessen gelang das nur zu einem sehr geringen Teil, und so wurde festgestellt, daß in der Tat dem polnischen Kandidaten v. Sah-Jaworski über 700 Stimmen für ungültig erklärt wurden, davon etwa 680 nur deshalb, weil der Name des polnischen Kandidaten nur mit einem s geschrieben war und weil er auf den Stimmzetteln als Abgeordneter bezeichnet war; indessen ist der polnische Kandidat tatsächlich preussischer Landtagsabgeordneter! Martini mußte selbst zugeben, daß, wenn diese Wassermengentilgungserklärung polnischer Stimmzettel nicht stattgefunden hätte, der Pole gewählt gewesen wäre. Nach eingeholter Genehmigung zur Aussage, erklärte der Zeuge, daß Landratsamt hätte keine solche Anweisungen an die Wahlvorsteher gegeben.

Weiter wurde festgestellt, daß Martini im Kreisamt mobil Wahlkreise im Interesse des Landrats unternommen hat. Auf die Frage, ob er für den deutschen Gegenprotest gegen den polnischen Wahlprotest amtliches Material geliefert habe, verweigerte er die Aussage; keine Antwort ist auch eine Antwort! Er konnte auch nicht bestreiten, daß in 21 Wahlbezirken sämtliche polnischen Stimmen ohne Prüfung für ungültig erklärt wurden und daß in dem Dorfe Suchau einfach sämtliche abgegebenen Stimmen kassiert wurden. So wurde der Landrat v. Halem in seinem eigenen Verwaltungsbezirk „gewählt“!

Mecklenburgische Wahlen.

Die mecklenburgische Regierung nimmt zu der bevorstehenden Erghwahl im Kreise Hagenow eine Stellung ein, die mit Sicherheit eine abermalige Ungültigkeit der Wahl herbeiführen muß. Der liberale Parteiführer Bau in Rostock hat sich, wie dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet wird, an das Ministerium mit der Bitte gewandt, zu verfügen, daß wahlberechtigte und auch nicht wahlberechtigte Personen entsprechend den gesetzlichen Vorschriften und der beispielsweise in Preußen geübten Auslegung der gesetzlichen Vorschriften berechtigt seien, als sogenannte Wahlkontrolloren zu fungieren. Darauf erwiderte das großherzogliche Ministerium, es müsse Bedenken tragen, die gestellte Frage grundsätzlich zu entscheiden; das heißt mit anderen Worten: es wird von Fall zu Fall eingehende Beschwerden prüfen und entscheiden und inzwischen wird der Zweck solcher Beschwerden wertlos geworden sein.

Von gleicher Seite war an dasselbe Ministerium der Antrag gerichtet, es möchte die Wahlvorsteher des Wahlkreises anweisen, daß sie verpflichtet wären, vielleicht zu bestimmten Zeiten beauftragten Personen der Parteien, die Wählerliste zwecks Einsicht und Abschriftnahme zugänglich zu machen. Darauf antwortete das Ministerium, nach seiner Ansicht könne aus dem Wahlgeseh und aus dem Wahlreglement eine dahingehende Verpflichtung der Wahlvorsteher nicht abgeleitet werden.

Demgegenüber muß betont werden, daß die Wahlprüfungskommission des Reichstags eine Einschränkung der Öffentlichkeit der Wahl als gegeben erachtet, wenn Vertrauensleute der Parteien aus dem Wahllokal verwiesen werden. Die Wahlhandlung ist öffentlich, genau so, wie z. B. eine Gerichtsverhandlung; nur

Personen, die durch ihr Benehmen die Wahlhandlung stören, können aus dem Wahllokal verwiesen werden. In dem in Frage stehenden Wahlkreis ist nun aber eine genaue Kontrolle der Wahlhandlung durch Vertreter der nicht-konservativen Parteien geradezu eine unabwendbare Notwendigkeit. Man hat dort nämlich Wahlbezirke mit 12-15 Wählern gebildet. Einzelne Wähler bilden einen eigenen Wahlbezirk. Der Gutbesitzer, sein Bote und noch einige seiner Angestellten bilden den Wahlvorstand und die paar übrigen Wähler sind die Wähler. Man weiß dadurch ganz genau, wie der einzelne Wähler gestimmt hat und daraus erklärt es sich auch, daß in solchen Bezirken bei den allgemeinen Wahlen einstimmig konservativ gewählt wurde. Die geheime Wahl ist unter solchen Umständen höchst gefährdet, sie wird aber völlig in Frage gestellt, wenn eine Überwachung der Wahlhandlung verhindert wird. Wenn das Ministerium die Wahlvorstände nicht schweigend in dem von dem liberalen Parteiführer gemäßigten Sinne instruiert, dann kann eine gültige Wahl nicht zustande kommen.

Die Kongo-Kamerun-Konferenz.

In einer offiziellen Mitteilung wird erklärt: Die am 15. Juni in Bern zusammentretende deutsch-französische Kongo-Kamerun-Kommission wird auch die Aufgabe haben, die Formalitäten der Gebietsübergabe im Geiste gegenseitiger Verständlichkeit vorzubereiten, um etwaige Reibungen hinauszuhalten. Die Übergabe der Gebiete dürfte in gemeinschaftlichem Einvernehmen von den betreffenden Kolonialbehörden vorgenommen werden, damit diese Vorgänge durch keinerlei unliebsame Kundgebungen gestört werden.

Aus dem Soldatenleben.

Der Unteroffizier Alfred Braun vom Grenadierregiment 11 in Breslau stand vor dem Kriegsgericht, angeklagt der Soldatenmordhandlung. Am 7. März beantwortete der Hässler Ratsschiff eine Frage mit: „Ich weiß nicht“ und nahm eine schlechte Haltung an. Der Unteroffizier schimpfte: „Burschengehulpe“, verflucht Affe, nehmen Sie die Klauen zusammen, und gab dem Mann einen Stoß mit dem Fuß ans Schienbein. Am 20. April stellte der Unteroffizier den Hässler Ramla wegen Wagens eines Helmes zur Rede. Er drohte dem Mann: „Ich reiße die das ganze Geringe aus“, sagte ihm an der Brust, zog ihn am Ohrschleppchen und stieß ihn mit dem Knieschloß. Der Angeklagte, Gerichtsassessor Müller, beantragt zwei Wochen gelinder Arrest, das Kriegsgericht erlachte auf fünf Tage gelinder Arrest nur wegen Beleidigung und vorchriftswidriger Behandlung.

Der Londoner Hafenstreik.

London, 31. Mai. Noch einige Arbeitgeberverbände im Londoner Hafen haben die Einladung zu der Konferenz im Handelsamt abgelehnt, da die Arbeiter die Einladung nur unter der Voraussetzung angenommen haben, daß alle Arbeitgeber vertreten seien. Im Ministerium des Innern fanden gestern unter dem Vorsitz des Schatzkanzlers Besprechungen mit den Vertretern der Arbeitgeber einschließlich der Londoner Hafenbehörde statt. Eine weitere Sitzung ist auf Montag anberaumt worden. Der Londoner Reederverein gibt bekannt, daß er das Abkommen vom letzten August als durch den gegenwärtigen Streik für beendet ansieht und daß die Reeder künftig nur Leute einstellen, die bereit sind, mit nichtorganisierten Arbeitern zusammen zu arbeiten. Die Importeure von gedörrtem Obst haben den Staatssekretär des Innern aufgefordert, den Schutz der Arbeitswilligen auch auf deren Wohnungen auszuweiten. Die Lage auf dem Lebensmittelmarkt ist befriedigend. In Smithfield überstieg das Angebot von Rindfleisch die Nachfrage, so daß die Preise ein wenig heruntergingen.

Ein Einigungsamt.

London, 31. Mai. Wie die Daily News erfahren, plant die Regierung Maßnahmen, um den periodischen Arbeitseinstellungen im Londoner Hafen endgültig ein Ende zu machen. Sobald die Arbeit wieder aufgenommen wird, beabsichtigt die Regierung, ein Einigungsamt einzusetzen, in dem Arbeitgeber und Arbeiter vertreten sind, und dessen Kompetenz den ganzen Hafen umfassen soll. Sollten die Arbeitgeber diese Behörde nicht anerkennen, so sollen ihre Vollmachten gesetzlich festgelegt werden. Sobald der Streik vorüber ist, wird die Regierung die Arbeitgeber in einer Form, die eine Ablehnung sehr erschweren würde, auffordern, sich mit den Arbeitern zu einigen.

Das Konferenzergebnis.

London, 31. Mai. Nach der im Ministerium des Innern zwischen den Ministern und den Vertretern der Ausständigen abgehaltenen Konferenz gab Ven Tillet bekannt, die Regierung habe beschlossen, für den Hafen von London ein Einigungsamt einzusetzen. Der Vorschlag wird von den Ausständigen und den Arbeitgebern begrüßt werden; die Entscheidung darüber wird am Montag erwartet.

Schweiz.

Gegen die Teuerung.

Aus Bern wird uns geschrieben: In die Junifession des Nationalrates fällt auch die Behandlung der Teuerungssfrage. Den unablässigen Vermittlungen der Sozialdemokratie ist es gelungen, den Bundesrat zur Ermäßigung des Gefrierfleischpreises zu drängen. Der Effekt äußerte sich sofort in einer Reduktion der Kleinverkaufspreise. Nun werden weitere Zollreduktionen verlangt, aber der Bundesrat ist von den Agrariern so erdarmungslos verblödet worden, daß er sich zu weiteren Zugeständnissen an die Konsumenten nicht mehr getraut. Der Kampf wird also heftiger werden, als die früheren und die bevorstehende Teuerungssdebatte im Grunde genommen nur ein Vorpostengefecht für die Erneuerung der Handelsverträge bietet, die von den Agrariern als Anlaß zur weiteren Steigerung der Wachstumsbeurteilung benutzt werden soll.

Italien.

Die Blamage der Attentatschmüßler.

Rom, den 28. Mai. (Fig. Ver.) Die Verhaftung des Rechtsanwalts De Viasio und der übrigen Angehörigen des Komitees des Attentäters D'Alba hat sich, wie vorausgesehen war, als ein ungeheurer Mißgriff des Gerichts und der Polizei, entpuppt. Als De Viasio mit D'Alba konfrontiert wurde, soll dieser, der offiziellen Redart zufolge, zuerst seine Verschuldigung an'recht erhalten haben. De Viasio hätte ihm die Ermordung des Königs geraten und ihm die Mittel für die Tat zur Verfügung gestellt. Als der Rechtsanwalt, der D'Alba nie gesehen hatte, erst mit ungläubigem Erstaunen und dann mit großer Entrüstung diese Behauptungen hörte, hat D'Alba plötzlich alles zurückgezogen und beschämt ausgerufen: „Vergehen Sie mir, man hat es mir in den Mund gelegt. Sie sind unschuldig, das Ganze ist eine Fälschung.“ De Viasio hat offenbar den Eindruck gehabt, daß D'Alba das Opfer von Pressionen geworden ist, denn er hat nicht geögert, die ihm angebotene Hand des unglücklichen Attentäters zu drücken, was er wohl kaum getan haben würde, wenn er in ihm den schaffigen Verleumder gesehen hätte,

als den ihn die Presse jetzt darstellen will. Gleichzeitig mit De Viasio ist auch der Seher Boscolo enthaftet worden. Der „Avanti“ hatte schon 24 Stunden vor der Enthaftung mitteilen können, daß ein persönlicher Feind Boscolos, ein Mailänder Polizist, die Verhaftung veranlaßt hatte.

Es sind also äußerst angenehme Zustände, die die angebliche Enthüllung D'Albas enthüllen. Ein ormer Teufel, der Anolphedel und geistig schwach ist, befindet sich unter schwerer Anklage im Gefängnis und wird in der Voruntersuchung derartig bearbeitet, daß er aus lauter Verzweiflung ihm unbekannt Personen als Mitschuldige nennt! Da es sich um Unbekannte handelt, liegt es auf der Hand, daß ihm irgend jemand mit „Ratsschlägen“ zur Seite gestanden ist. Wahrscheinlich hatte auch De Viasio Feinde, die den Weg bis in die Geheimnisse der Voruntersuchung finden konnten. Gegen Ruggier und den Anarchisten Ravatero wird die Anklage der Mißschuld anrecht erhalten. Beide kennen D'Alba nicht. Ruggier soll ihm durch eine in Rom gehaltene Rede zu der Tat aufgereizt haben. Die Rede selbst fand seinerzeit in einer öffentlichen Versammlung statt. Wenn Polizei und Gerichte damals keinen Grund hatten, gegen die Redner vorzugehen, so dürfen sie das jetzt, bei allem guten Willen die Justiz lächerlich zu machen, auch nicht tun können. Oder will man vielleicht eine neue Rechtspraxis in Schwang bringen, nach der ein Redner für das verantwortlich gemacht wird, was seine Worte etwa in einem fremden Hirn anrichten können, so eine Art dolus eventualis für das gesprochene Wort. Bei der märchenhaften Verbohrtheit, der die italienische Justiz seit dem Urteilstat verfallen ist, kann man nachgerade auf alles vorbereitet sein.

Aus der Partei.

Verichtigung.

In der Erklärung der Prekominmission in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ befindet sich eine auffallende Unrichtigkeit der Sachdarstellung. Es heißt da:

„Die Veranlassung zu diesem Vorgehen Ströbels war folgende: Im „Erklärungsbuch“ zur „Neuen Zeit“ Nr. 12, erschienen im April 1912, wurde an eine vor etwa 1 1/2 Jahren im Feuilleton des „Vorwärts“ gepflogene literarische Debatte erinnert, die sich an einige Artikel des Genossen Heinz Sperber knüpfte, dessen Stellungnahme der Genosse Wehring jetzt als „Unfug“ bezeichnete. Hierauf antwortete der Redakteur des Feuilletons, Genosse Döschler im „Vorwärts“, daß Sperber sich niemals, so wie Wehring behauptet, in einer Propaganda der Ketzerei der schweiligen Haut“ betätigt habe, die in dem Sage gepfelet. Was den Arbeitermassen nicht gefiele, hätte keinen ästhetischen Wert.“ Gegen diese Antwort Döschlers brachte der Genosse Ströbel eine Erwiderung, die dem Genossen Döschler abgelehnt wurde, weil er eine vor 1 1/2 Jahren erdachte Debatte nicht aufs neue eröffnen mochte.“

In Wirklichkeit ist es mir gar nicht eingefallen, eine Erwiderung gegen einen Angriff zu schreiben, den Döschler gegen Wehring gerichtet hatte, sondern ich hatte vielmehr um Aufnahme einer Verichtigung erucht, zu der mich Heinz Sperber durch die Unterstellung genötigt hatte, ich habe seinerzeit die Ansicht vertreten, „daß der Dichter über den Klassen stehe“ (Nr. 103 des „Vorwärts“).

Daß es sich nicht um eine Erwiderung auf einen Angriff gegen eine dritte Person, sondern lediglich um eine Verichtigung in eigener Sache handelte, ist in der Prekominmission ebenso zur Sprache gebracht worden, wie die Tatsache, daß die Wahrheit meiner Reaktionslosigkeiten meine Zustast als einfache Verichtigung aufgefaßt und durch einen Versuch diese ihre Auffassung erhärtet hatte.

Berlin, den 31. Mai 1912.

F. Ströbel.

„Eine Flucht in die Öffentlichkeit.“

In der gestrigen Verlautbarung der Prekominmission befindet sich ein kleiner Irrtum, der mich betrifft und den ich zu berichtigen bitte.

Genosse Ströbel hat nicht, gegen eine Antwort Döschlers eine Erwiderung gebracht. Vielmehr richtete er gegen eine Wendung des Genossen Sperber von einer Zeile eine Einwendung von 50 Zeilen. Diese wurde von mir abgelehnt, weil damit eine vor 1 1/2 Jahren erdachte Debatte wieder eröffnet worden wäre.

Der Aufnahme einer bloßen Verichtigung hatte ich ausdrücklich zugestimmt.

R. G. Döschler.

Die Magdeburger Organisationsleitung über das Verhalten des Genossen Dr. Landberg.

Die Magdeburger „Vollstimme“ enthält in ihrer letzten Nummer folgende Erklärung:

Vorstand und Ausschuss des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg haben den Genossen Landberg über die Gründe gehört, die ihn veranlassen, beim Reichstagswahl im Saale anwesend zu bleiben und das Raufrecht stehend anzuhören.

Auf Grund eingehender Aussprache erklären die beiden Instanzen übereinstimmend: Es unterliegt nicht unserer Beurteilung, ob das Verhalten des Saales beim Reichstagswahl die einzige der Größe der Real/son würdige Demonstration gegen das byzantinische Kaiserthum sei. Wir halten es aber für notwendig — indem wir anerkennen, daß Genosse Landberg mit seinem Verbleiben im Saale keine monarchische Sympathie beabsichtigt hat —, erneut zu betonen, daß als eine der wichtigsten Vorbedingungen unserer Erfolge die Geschlossenheit unserer Aktion anzusehen und aus diesem Grunde im Interesse der Partei das einseitige Vorgehen unseres Abgeordneten zu bebaunern ist.

Gleichzeitig weisen wir die Unterstellung in auswärtigen Parteiblättern, daß Genosse Landberg sich bereits im Wahlkampf als „Bermittlungsmonarchist“ bekannt habe, als eine Beleidigung der Magdeburger Parteigenossen und ihres Abgeordneten entschieden zurück.

Für den Vorstand:

F. Kluge.

Für den Ausschuss:

D. Frenzel.

Eine sozialistische Interparlamentarische Zusammenkunft.

Aus Bern wird uns geschrieben: In einem Rundschreiben, datierend vom 28. Mai, lädt Genosse Dr. Frank, Mannheim, zu einer Zusammenkunft der sächsischen, österreichischen und schweizerischen Parlamentarismitglieder ein. Die Zusammenkunft soll am Sonnabend, den 8. Juni und Sonntag, den 9. Juni in Konstanz stattfinden. Eingeladen sind speziell die Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen, Baden, Württemberg, Bayern, aus der Schweiz und Oesterreich. Eine Tagesordnung ist nicht angegeben, es soll die Zusammenkunft einen zwanglosen Charakter haben.

Parteiliteratur.

Vorwärts in Dresden! Unter diesem Titel hat unser Solinger Parteigeheft die Rede des Abgeordneten H. Scheidemann vom 17. Mai 1912 nach dem amtlichen Stenogramm drucken lassen. Unter der Kritik der preussischen Zustände, die in jener Rede geklärt wurde, sind bekanntlich der Reichskanzler mit samt seinen Kollegen und Geheimräten aus dem Sitzungssaal. Angeblüh, weil Scheidemann den Kaiser sowie Land und Leute in Preußen beschimpft habe. In einer kurzen Einleitung wird aufeinandergezeigt, um was es sich in der Rede gehandelt hat. Dann folgt der genaue Wortlaut der Rede Scheidemanns; weiter werden nach dem Steno-

gramm die in Betracht kommenden Stellen aus den Reden des Reichskanzlers und des Abg. Dr. Lensch zitiert. Es folgt dann eine Skizzierung der Verhandlungen vom 22. Mai, in deren Verlauf die Abg. Ledebour, Dr. Südelum, der Reichskanzler und Scheidemann sprachen. Der Tenor der Reichskanzlerrede und die Antwort Scheidemanns werden nach dem Stenogramm wiedergegeben.

Das ganze Flugblatt umfaßt vier Seiten Zeitungsformat und wird von der Buchdruckerei der „Vergilischen Arbeiterstimme“ in Solingen zum Preise von 15 M. für 1000, 60 M. für 5000, 100 M. für 10 000 Exemplare abgegeben.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Das Preßgesetz und seine Auslegung.

Die Auslegung der §§ 10 und 41 des preussischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 ist im Laufe der letzten Jahre eine verchiedene gewesen. Während in den letzten vier Jahren angeklagte Flugblattverbreiter in der Regel freigesprochen wurden, wenn sie ohne polizeiliche Erlaubnis öffentlich Druckschriften verbreiteten und dafür bezahlt wurden, ist jetzt wieder mal eine andere Auslegung an der Reihe. Das Kammergericht hat eine entgegengesetzte Entscheidung getroffen und die Gerichte folgen dieser.

Am 30. Mai hatte sich das Schöffengericht zu Mansfeld mit der Nechtfertigung eines Strafbefehls vom 15. Mai zu befassen, die der Genosse Weidemann wegen öffentlicher Verbreitung der Broschüre: „Der Zehnjahre-Hoffmann und seine Taten“ bezahllen sollte. Als Vertreter führte der Genosse Christiane-Glöckchen aus, daß das Kammergericht am 18. April 1904 schon entschieden habe, daß die Unentgeltlichkeit zu verneinen sei, wenn der Verbreiter eine Entschädigung für seine Tätigkeit erhalte. Das sei in diesem Falle geschehen. Der Vorsitzende gab zu, daß die Entscheidung in den letzten vier Jahren so gewesen sei. Aber seit kurzer Zeit habe das Kammergericht seinen Standpunkt geändert. Danach sei es gleich, ob Bezahlung für die Verbreitung geleistet werde oder nicht. Es gelte in jedem Falle eine polizeiliche Erlaubnis dazu. Das Schöffengericht müsse sich dem anschließen, was es auch tat und den Strafbefehl bestätigte.

Hiernach sind alle in den letzten vier Jahren freigesprochenen Flugblattverbreiter zu unecht freigesprochen. Es kommt also nicht auf das Gesetz selber, sondern auf seine Auslegung an. Wer weiß, wie lange es dauert und der jetzt geschaffene Zustand ist wieder wie alter. Wenn gelehrte Richter sich über ein Gesetz nicht klar sind, wie will man das von Laien verlangen. Das beste wäre, die vorfindlichen Bestimmungen des Preßgesetzes in die Kammerkammer zu werfen, da ist beiden geholfen, dem Publikum und den Richtern.

Das Wort Kaudercher eine Beleidigung.

Es fällt heute einem Redakteur schwer, die Arbeitswilligkeit mit einem prägnanten Ausdruck zu belegen. Wohin er auch greift in den deutschen Wortschatz, die Richter setzen in dem ungeschuldesten, gedrücktesten Worte eine Beleidigung, sowie es auf die Arbeitswilligkeit angewandt wird. Ein Arbeitswilliger soll nicht nur nicht schiel angehen werden, die Arbeitswilligkeit soll überhaupt nicht mehr öffentlich festgesetzt werden. Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ hatte im Juli vorigen Jahres im gewerkschaftlichen Teile eine ganz kurze tatsächliche Notiz veröffentlicht, daß über das Geschäft eines Kleier Glasernmeister die Sperre verhängt worden sei, weil er den Tarif nicht einhalte. Zum Schluß war darin mitgeteilt, daß der Kleier Sch. als Kaudercher in dem gesperren Geschäft tätig sei. Diese einfache Tatsachensatzierung genügte der Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur der „Schleswig-Holst. Volkszeitung“ Genossen Dienenberg und den Vorsitzenden der Kleier Zunftstelle des Glaserverbandes, Sauerer, der als Urheber der Notiz angesehen wurde. Jeder der beiden Angeklagten wurde von der Kleier Strafkammer wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung und wegen Beleidigung zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Auf die gegen das Urteil eingelegte Revision hin hob das Reichsgericht das Urteil auf und wies die Sache an das Kleier Gericht zurück, weil der § 153 der Gewerbeordnung in diesem Falle nicht anwendbar sei. Am Donnerstag, den 30. Mai, fand die Sache wieder vor der Kleier Strafkammer zur Verhandlung. Wieder lautete das Urteil auf 50 M. Geldstrafe; diesmal war aber der § 153 der Gewerbeordnung aufgehoben worden, die Verurteilung erfolgte nur wegen Beleidigung des Kleiers Sch. Die Bezeichnung einer für die Allgemeinheit so nützlichen Tätigkeit wie das Weiterarbeiten bei Streiks, Sperren usw. mit dem Worte Kaudercher sei ehrverleugend und beschimpfend, so ungefähr führte der Vorsitzende des Gerichts in der Begründung des Urteils aus. Höher geht's nimmer!

Aus Industrie und Handel.

Der Höhepunkt der Teuerung.

Die scharfe Steigerung der Preise am Lebens- und Genusmittelmärkte, die im Juni 1911 einsetzte, scheint ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Die Preise für die wichtigsten vegetabilischen Nahrungsmittel zeigen bereits wieder sinkende Tendenz. Fleisch und Brot haben allerdings gerade im letzten Monat noch eine auffallende Verteuerung erfahren. Infolge dessen sind die Haushaltungskosten noch in weit höherem Tempo gestiegen als in den vorausgegangenen Monaten. Auch für die nächste Zeit muß noch mit einer Verminderung des Angebots am Schlachtwiehmärkte und mit einer Erhöhung der Fleischpreise gerechnet werden. Dem steht jedoch aller Voraussicht nach ein weiteres Sinken der Gemüse-, Kartoffel-, Eier- und vielleicht auch Brotgetreidepreise gegenüber, so daß der Nahrungsmittelaufwand jedenfalls nicht mehr wesentlich steigen kann. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß eine Schädigung der Feldfrüchte durch unglünstige Witterungseinflüsse noch immer die Hoffnung auf baldiges Nachlassen der Teuerung zunichte machen und eine weitere Verschärfung der Situation bringen kann. Berechnet man nach den in circa 100 Städten Deutschlands vorgenommenen Erhebungen über den Stand der Preise für die wichtigsten Lebens- und Genussmittel den wöchentlichen Nahrungsmittelaufwand für eine vierköpfige Familie, Eltern und zwei Kinder, in der Weise, daß man die dreifache Verpflegungsnorm des deutschen Marinefeldaten zugrunde legt, so erhält man für die einzelnen Monate im Reichsbudgetschnitt folgende Indizes in Mark:

| | 1911 | April | Mai | Juni | Juli | August | September |
|---------|-------|-------|-------|-------|-------|--------|-----------|
| | 23,80 | 23,72 | 23,97 | 24,37 | 24,85 | 24,77 | |
| 1911/12 | 24,88 | 24,84 | 24,60 | 24,69 | 24,88 | 25,18 | 25,74 |

Demnach sind die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes von März auf April 1912 durchschnittlich um 0,56 Mark gestiegen. Im Vergleich zum Monat April 1911 ergibt sich eine Erhöhung der Haushaltungskosten um 1,94 Mark pro Woche. In verschiedenen Landesteilen stellten sich die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes noch wesentlich höher als im Reichsbudgetschnitt.

Die erste Zuckerrabrik im Kaukasus.

Im Kaukasus wird eine Gesellschaft für den Bau und Betrieb einer Runkelrübenzuckerrabrik in der Nähe der Station Gulewitschi an der Bladikantaw-Eisenbahn gebildet. Es wird dies die erste Zuckerrabrik nicht nur im Kaukasus sein, sondern auch in den diesem zunächst gelegenen Gouvernements. Die Gründer des Unternehmens sind auf Grund der von ihnen bereits angestellten Versuche im Anbau von Runkelrüben der Ansicht, daß die hohe Qualität des Bodens im Kaukasusgebiete gute Ernten und guten Zuckergehalt der Rüben garantiert. Die in der Fabrik hergestellte Runkelrüben könnte guten Absatz auf dem kaukasischen Markte finden. Der Sandzucker dagegen könnte zur Fabrikation von überzuckerten Früchten und Konserven Verwendung finden. Die Fabrik wird für eine Produktion bis 500 000 Pud Zucker eingerichtet.

Gewerkschaftliches.

Ostelbischer Terror.

Im gesegneten Lande der Feudalen, in Ostpreußen, ist der Terror nicht allein Speziosität dieser Herrenmenschen, auch die Industrieherrn tun es ihnen darin gleich. In Jüterburg war es gelungen, die Brauereiarbeiter zu organisieren. Bei den dort üblichen miserablen Löhnen war es verständlich, daß die Arbeiter durch ihre Organisation alsbald Forderungen stellten. Da kamen sie aber schon an. Der Direktor des böhmischen Brauhauses rief „seine“ Arbeiter zusammen und machte bekannt, daß sie 1 Mark pro Woche Zulage erhalten, diese sollte aber einbehalten werden bis zum 1. Oktober. Als die Leute damit nicht zufrieden waren, flogen 14 Mann aufs Pflaster. Eine Verhandlung mit dem Bezirksleiter des Brauereiarbeiter-Verbandes wurde abgelehnt. Im Deutschen Brauhaus wurden die Leute aufgefordert, aus dem Verband auszutreten. Im Bürgerlichen Brauhaus stellten die Arbeiter geschlossen die Arbeit ein, als jede Verhandlung abgelehnt worden war. Dies bewirkte, daß einige Zugeständnisse gemacht wurden. Am Tage nach der Arbeitsaufnahme aber wurden Maßregelungen vorgenommen: drei Mann flogen aufs Pflaster und von den übrigen wurde Austritt aus der Organisation verlangt. Und damit dies auch tatsächlich geschehe, erhielt der Bezirksleiter des Brauereiarbeiter-Verbandes folgendes, vom Prokuristen unterzeichnetes Schreiben der Vertriebsleitung:

„Einslegend übersenden wir Ihnen 27 Kündigungsschreiben unserer nachbenannten Arbeiter resp. Arbeiter zum sofortigen Austritt aus Ihrem Verband.“ (Folgen die 27 Namen.)

Beigelegt waren 27 gleichlautende, in der Brauerei hektographierte Erklärungen:

„Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus dem Verband der Brauerei- und Mälzearbeiter und verwandter Berufsgenossen mit dem heutigen Tage.“ (Unterschrift.)

Berlin und Umgegend.

Bei dem Fleischermeister G. Färber, Neulönn, Neue Jonaststr. 29, sind die Differenzen noch nicht beigelegt. Herr Färber glaubt, durch allerlei Winkelzüge die Tarifbestimmungen umgehen zu können.

Zentralverband der Fleischer.

Deutsches Reich.

Der Bauarbeiterverband im Jahre 1911.

Ueber den außerordentlich starken Aufschwung, den der Bauarbeiterverband nach der Verschmelzung der Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter genommen hat, haben wir früher schon in großen Umrissen berichtet können. Nachdem der Verband die Jahresabrechnung von 1911 veröffentlicht hat, können wir jetzt über die Entwicklung des Verbandes genauere Angaben machen.

Die beiden verschmolzenen Verbände hatten am Schlusse des Jahres 1910 241 845 Mitglieder. Von ihnen sind nach dem „Grundstein“ rund 230 000 in den Bauarbeiterverband übergetreten. Im Laufe des Jahres 1911 wurden 151 905 Mitglieder neu aufgenommen. Am Schlusse des dritten Quartals, in dem die Bauarbeiterverbände alsbald die höchsten Mitgliederzahlen haben, hatte der Verband 810 082 Mitglieder, also rund 74 000 mehr, als sich in den Bauarbeiterverband hatten überschreiben lassen und rund 85 000 mehr als die beiden alten Verbände Mitglieder hatten. Im Laufe des 4. Quartals ging die Mitgliederzahl auf 295 688, also um 14 344 zurück. Dieser Rückgang ist jedoch nur scheinbar eingetreten. Er rührt daher, daß am Schlusse des vierten Quartals alle jene Bauarbeiter, die sich nach Vereinigung der Verbände in ihrer Heimat begeben haben und die dort, vielfach im Ausland, den Winter über ohne Verbindung mit der Organisation leben, nicht als Mitglieder gezählt werden können, weil sie sich an ihrem Arbeitsort abgemeldet haben und in ihrer Heimat ein Verein, bei dem sie sich anmelden könnten, nicht besteht. Ebenso können jene Berufscollegen nicht mitgezählt werden, die vorübergehend in einem anderen Verufe arbeiten und sich dessen Organisation angeschlossen haben, die aber bei Beginn der Bauzeit im Frühjahr wieder in ihre alte Organisation zurückkehren. Außerordentlich groß ist die Zahl jener Leute, die sich in den Verband aufnehmen ließen, die ihm aber noch vor Ablauf des Jahres wieder verloren gingen, wobei allerdings zu beachten ist, daß auch von ihnen jetzt noch ein großer Teil in anderen Verbänden organisiert sein dürfte. Da im Sommer arbeitslose Arbeiter aller Verufe im Baugewerbe Arbeit suchen und bei dieser Gelegenheit, soweit sie noch nicht organisiert sind, meistens der Organisation zugesührt werden, so kommt die organisatorische Tätigkeit der Bauarbeiter in hohem Grade auch anderen Verbänden zugute; denn wenn die vorübergehend im Baugewerbe Beschäftigten wieder in ihre eigentlichen Verufe zurückkehren, dürfte der größte Teil von ihnen der Organisation ihres Berufes weiter angehören.

Sehr erfreulich ist auch die finanzielle Stärkung des Bauarbeiterverbandes. Sein Gesamtvermögen ist von rund 6 1/2 Millionen auf rund 10 1/2 Millionen Mark angewachsen, was anderthalb Jahre noch der großen Ausperrung schon etwas bedeuten will. Die Steigerung des Gesamtvermögens beläuft sich auf über 4 Millionen Mark. Von dem Vermögen entfallen rund 5 1/2 Millionen auf die Hauptkasse und rund 2 Millionen auf die Kassen der Zweigvereine. An der Steigerung des Vermögens ist die Hauptkasse mit rund 3,6 Millionen und sind die Zweigvereinstassen mit über 1/2 Millionen beteiligt. Es wird nun Aufgabe der organisierten Bauarbeiterschaft sein, mit aller Energie an der weiteren Erhöhung der Mitgliederzahl und besonders an der weiteren Stärkung der Finanzen zu arbeiten. Denn bei einem Kampf, wie ihn das deutsche Bauunternehmertum plant, würden auch die heute vorhandenen Meiensummen noch bei weitem nicht ausreichen.

Im einzelnen verzeichnet der Deutsche Bauarbeiterverband in den Zweigvereinen: Für Eintrittsgelder 75 682 M., aus wöchentlichen Beiträgen 8 621 040 M., aus Streikbeiträgen 148 912 M., ein. Von den Gesamteinnahmen entfallen die Zweigvereinstassen zur Bestreitung der örtlichen Bedürfnisse 1 838 283 M., an die Verbandskasse sandten sie rund 4 1/2 Millionen Mark usw. Auf Rechnung der Hauptkasse gab sie am Orte aus: Für Streiks und Ausperrungen 261 111 M., für Reiseunterstützung 48 346 M., für Rechtschutz 77 156 M., an Gemahregelie 21 298 M., an Unterstützung für erkrankte Mitglieder 562 198 M., an Sterbeunterstützung 135 574 M., für Unterhaltung der Hauptkassen sind außer dem Kassendebit der beiden alten Verbände und den aus den Zweigvereinen eingehenden Summen zu erwägen: Rund 196 600 M. als Zinsen für belegte Kapitalien, rund 10 000 M. vom früheren Verband der Isolierer, vom Verein der Staaker in Berlin und vom Lokalverein der Leipziger Hielesler, etwa 10 000 M. Ueberkauf vom Verbandstaleuder. Unter den Ausgaben finden sich u. a. folgende Posten 295 298 M. für das Verbandsorgan, 12 398 M. für Zeitungen in fremden Sprachen, 812 684 M. für Agitation und Unterstützung der ausländischen Bruderverbände, 14 224 M. für Teilnahme von Mitgliedern an den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen, 58 905 M. als Unterstützung der Lokalarbeiter und der ausgesperrten Bauarbeiter in Schweden. Sehr hoch waren auch die Ausgaben für soziale Verwaltung, mußten doch allein für die Anschaffung neuer Mitgliedsbücher und Karten rund 55 857 M. und für eine Bureau-einrichtung mit Zubehör rund 24 668 M. ausgegeben werden. Diese Ausgaben sind jedoch in der Hauptsache auf Renouveauarbeiten infolge der Verschmelzung zurückzuführen und werden sich in den nächsten Jahren in dieser Höhe nicht wiederholen. Als erwähnenswert wird im „Grundstein“ noch darauf hingewiesen, daß sich die Herstellung und der Bestand des Hauptorgans im Jahre 1911 um 6 Pf. pro Mitglied verbilligt hat, was auf Ersparnisse infolge der Verschmelzung zurückzuführen wird. Aus denselben Gründen dürfte sich der Rückgang der persönlichen Verwaltungskosten um 4 Pf. pro Mitglied erklären.

Schließlich sei noch bemerkt, daß „Der Grundstein“ schon wieder von einer erheblichen Steigerung der Mitgliederzahl berichten kann. Da die Bauarbeiter im allgemeinen ein Jahr mit guter Konjunktur vor sich haben, so ist zu hoffen, daß die Organisation auch in diesem Jahre gute Fortschritte machen wird, so daß sie dem Unternehmertum im nächsten Jahre beim Ablauf des Vertrages in jeder Beziehung gerüstet gegenübersteht.

Zur Lohnbewegung in der hannoverschen Metallindustrie.

Die von der hannoverschen Metallindustriellen-Vereinigung zum 27. Mai angeordnete Ausperrung ist in Kraft getreten. Am 27. Mai konnten in 28 Betrieben der Metallindustriellen-Vereinigung rund 4800 Personen die Arbeit nicht fortsetzen, weil die Ausperrung vorgenommen worden war. Von den 4800 Personen haben mehrere hundert die Betriebe verlassen, weil sie ihren ausgesperrten Kollegen Solidarität beweisen wollten.

In 8 von den 28 in Frage kommenden Betrieben werden im Laufe der Woche noch etwa 800 Arbeiter die Arbeit einstellen, wenn ihre Kündigungszeit beendet ist. Von der Ausperrung werden also rund 5600 Arbeiter betroffen, wovon mehr als 1000 die Arbeit selbst eingestellt haben. Die Unternehmer sind damit in die Lage gebracht, eine größere Anzahl ausgesperrter melden zu können, als sie wirklich ausgesperrt haben. Würden die freiwilligen Arbeitsentlassungen nicht erfolgt sein, dann würden die Unternehmer nicht annähernd an die 60 Proz. herantkommen, die sie androhten auszusperrn.

Der Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover und der angrenzenden Gebiete zählt 47 Mitglieder mit rund 12 500 beschäftigten Arbeitern. Mit 60 Proz. müßten 7500 Arbeiter ausgesperrt werden, somit sind etwa 30 Proz. ausgesperrt worden.

Im Streik wegen der Verlängerung der Arbeitszeit stehen in Hannover 6 Betriebe mit rund 1800 Streikenden. Dazu kommen noch 32 streikende Feilenhauer. Gegenwärtig sind also von dem Streik und der Ausperrung in Hannover zirka 6900 Personen betroffen, die sich am Schlusse der Woche auf 7400 durch freiwillige Solidaritätsentlassungen vermehren können.

Die Zahl der Ausgesperrten ist etwas hochgegriffen, sie zeigt aber, daß die Metallindustriellen Hannovers selbst nicht in der Höhe aussperrten konnten, wie sie angedroht und den Metallindustriellen in Magdeburg und Halle versprochen haben, die nun für sie die Kasernen aus dem Feuer holen sollen.

Die Metallindustriellen Hannovers haben ausgesperrt, weil sie die ausgesperrten Arbeiter zwingen wollten, den Beschluß des Metallindustriellen-Vereins anzunehmen, und weil sie über die dazu von den Arbeitern vorgetragenen Wünsche nicht verhandeln und sie nicht berücksichtigen wollten. Der Metallarbeiterverband hat das in einer Erklärung durch Inzerat publiziert und dabei bekannt gegeben, daß die Arbeiter zu jeder Zeit zur Verhandlung bereit sind. Der hannoversche Verein der Metallindustriellen behauptet denn auch, daß die Kommissionen der streikenden Arbeiter auf Anraten des Direktors einer größeren Fabrik bei ihrer Firma am 25. Mai noch-mals Verhandlungen anboten, daß sie aber mit der Erklärung abgewiesen wurden müßten: Der vom Metallindustriellenverband gemachte Vorschlag muß von den Arbeitern angenommen werden! Die bestreikten Firmen sind nach wie vor zu einer Verständigung mit ihren streikenden Arbeitern bereit. Die Metallindustriellen denken sich die Verständigung so, daß die Arbeiter das Diktum des Metallindustriellenvereins annehmen müssen. Die Schuld für die Ausperrung trifft allein die Unternehmer in Hannover.

Wenn die Metallindustriellen in Hannover nur ähnlich so gehandelt hätten, wie die Unternehmer in Stuttgart, die den Forderungen der Arbeiter gerecht wurden, so wäre längst eine Verständigung erfolgt und Streik und Ausperrung wären vermieden worden.

So erwarten die hannoverschen Metallindustriellen, daß die Metallindustriellen in Magdeburg und Halle a. S. ihre Arbeiter auf das Straßengäßchen werfen, damit die streikenden Arbeiter gezwungen werden, sich willkürlich den Anordnungen der Unternehmer fügen zu müssen.

Dem Gewerkschaftskartell zu Breslau ist zum ersten Male die polizeiliche Genehmigung zur Veranstaltung eines Festzugs durch die Straßen der Stadt gegönnt worden. Am 14. Juli stattfindenden Gewerkschaftsfestes erteilt worden. Allerdings dürfen keine sozialdemokratischen Abzeichen und Fahnen im Zuge mitgeführt werden.

Der Dachdeckerstreik in Pleschitz, der fast ein Vierteljahr dauerte, hat mit einem Siege der Streikenden seinen Abschluß gefunden. Von 11 vorhandenen Firmen haben neun der neuen Tarif unterzeichnetlich anerkannt. Ueber zwei nicht in Frage kommende Firmen, die sich weigerten, den Tarif unterzeichnetlich anzuerkennen, wurde die Sperre verhängt.

Der Jahresbericht der „Berliner“.

Der letzte Generalversammlung unterbreitet wurde, gibt uns eine Uebersicht über den Stand und die Tätigkeit der katholischen Arbeitervereine (St. Berlin).

Die Zahl der Verbändevereine ist bis Ende des Jahres 1911 auf 1241 gestiegen (Ende 1910 waren es 1198); seit Beginn des Jahres 1912 sind noch 19 Vereine hinzugekommen, so daß zur Stunde die Zahl der Vereine des Verbandes 1260 beträgt. Die Gesamtmitgliederzahl des Verbandes ist nach Abgang der Augensburger Vereine (diese haben sich zu einem selbständigen Diözesanverbande zusammengeschlossen — zirka 5000 Mitglieder) Ende 1911 128 000 geblieben. Der Verband katholischer Vereine erwerbsfähiger Frauen und Mädchen Deutschlands zählt zurzeit 30 300 Mitglieder. Dem Verbande gehören 479 evangelische Mitglieder an.

Das ist bemerkenswert. Evangelische Mitglieder, die sich der Autorität der katholischen Kirche in Arbeiter- und Gewerkschaftsfragen unterordnen, die sich überhaupt auf die Lehren des Berliner Verbandes verpflichten, sind ganz gewiß eigentümliche Menschen.

Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen im Jahre 1911 1 040 618,04 M., während die Ausgaben 884 905,92 M. betragen. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug 504 710,12 M. Gegen das Vorjahr bedeutet das eine Vermehrung des Vermögens um 45 813,10 M.

Der Verband ist gegenwärtig in 38 Bezirke mit 84 Arbeitersekretariaten eingeteilt, welche von 37 hauptamtlich angestellten Arbeitersekretären verwaltet werden. Die gesamte Leitung des Verbandes ruht in den Händen des Verbandsvorstandes. Der Generalsekretär wird in seinen Arbeiten noch von zwei Verbandsssekretären, den Herren Dr. Fleischer und Kurator Bindolph unterstützt. Ferner sind an der Zentrale des Verbandes noch tätig 4 Arbeitersekretäre, 6 Bureauangestellte, 7 Hilfskräfte, 2 Bureauhilfen und 1 Bediente.

Das sind rund 60 Beamte, über die der Berliner Verband verfügt, eine stattliche Zahl! Von den Sekretariaten wurden insgesamt 40 855 Auskünfte erteilt und 21 630 Schriftsätze verfaßt. Sie sind im Verhältnis zu den Sekretariaten der freien Gewerkschaften nicht allzu stark in Anspruch genommen worden. Die Arbeitsnachweise des Verbandes wurden von 4171 Arbeitssuchenden in Anspruch genommen, was gleichfalls nicht viel zu beklagen hat. Zu der Tätigkeit der „Berliner“ gehört unter anderem die gemeinschaftliche Kommunikation und das Einmischen von Petitionswegen. Von den ersten haben im Berichtsjahr 3000 stattgefunden, an denen sich von 190 000 Mitgliedern etwa drei Viertel beteiligten. 5600 M. sind an Petitionspennungen eingekommen. Ferner haben noch 30 000 Verlesammlungen, Konferenzen und Sitzungen stattgefunden, die es aber nicht erreicht haben, den Verband merklich zu stärken.

Was die katholischen Organisationen in einzelnen für die Mitglieder leisteten, wird im uns vorliegenden Bericht nicht einmal angedeutet. Nur wird gesagt, daß in einzelnen Bezirken Tarifverträge abgeschlossen worden sind, die selbstverständlich auch danach ausfallen werden. In der Berliner Organisation ist Bescheidenheit Trumpf und höchste Christenpflicht!

Ausland.

Die Hafenarbeiter in Dänischen sind in den Ausstand getreten, um Protest einzulegen gegen die Absicht der Reeder, sie mit einem festen Lohn von 150 Frank anzustellen. Die Leiter des Verbandes der eingeschriebenen Seeleute legten den Ausständigen ihre Unterstützung zu und erklärten, erforderlichenfalls den Gesamtsireit anordnen zu wollen.

Der Ausstand der Kellner in New York, der vergangene Woche begann, nimmt einen ernsten Charakter an. Am Donnerstagabend haben etwa 1000 Kellner der sechs größten Hotels und Restaurants während der Stensstunde die Arbeitsstellen verlassen. Die Zahl der Streikenden beträgt jetzt 1500. In den Betrieben werden Keger, die aus dem Süden kommen, als Ersatz verwendet. Die Arbeitgeber versichern, die Forderung der Kellner, ausschließlich Organisierte zu beschäftigen, nicht erfüllen zu wollen.

Verfassungen.

Eine Versammlung des Verbandes der Böttcher, Weinfässer und Hülsenarbeiter im Gewerkschaftshaus nahm den Bericht von der Mai-feier entgegen. Derselbe wurde erstattet durch den Geschäftsführer K. Lausch u. s. An der Feier durch Arbeitsruhe haben 101 Kollegen, von 821 im Verband Organisierten, teilgenommen, welche sich auf Werkstellen und Brauereien verteilten. Ausgesperrt wurde niemand, doch wurden zwei Kollegen von der Schultheiß-Brauerei Abteilung IV (Nieder-Schönebrunn) wegen Teilnahme an der Feier entlassen. Es war von den Vertrauensleuten um Freigabe nach-gesucht, dies jedoch von der Direktion abgelehnt worden. Die beiden Kollegen stellten nun ihre politische Einstellung höher als die Arbeit bei dieser Firma und mühten dafür. — Hierauf gab Kapichus das Resultat der Statistik der Wählervereins- und Konsumvereins-zugehörigkeit bekannt. Von 485 Kollegen konnte nur festgestellt werden, wer dem Wählerverein und Konsumverein usw. angehört und Leser des Vorwärts war, und zwar gehören davon dem ersteren am 22., dem Konsumverein 86. Leser des Vorwärts sind 334. Von 169, die außerdem dem Verbande angehören, ließ sich dies mit Sicherheit nicht feststellen. Es sind im ganzen 654 Verbandsangehörige ermittelt, von denen 621 dem Böttcherverbande angehören. In der Diskussion wurde von sämtlichen Rednern betont, daß dies Ergebnis nicht befriedigen dürfe, sondern daß daraus erst recht die Pflicht erwachse, eine rege Agitation in jeder Hinsicht zu entfalten. Es wurden dann noch einige interne Angelegenheiten erledigt.

Letzte Nachrichten.

Der neue Oberbürgermeister von Bittau.

Bittau, 31. Mai. (B. T. Z.) Zum Oberbürgermeister von Bittau wurde heute Oberbürgermeister Dr. Kuehl-Wüdeburg mit 17 von 34 (7) abgegebenen Stimmen gewählt.

Wie bei uns.

Paris, 31. Mai. (B. T. Z.) In der Kammer wurden heute die Interpellationen über die Getreidehaufte und die hohen Brot-preise verhandelt. Der Berichterstatter der Volkskommission Leth entwickelte in seiner Beantwortung die Maßnahmen, die zur Vermehrung der dem Markt zur Verfügung stehenden Getreidemengen vorgeschlagen werden. Zunächst soll der Staat das für Heer und Flotte bestimmte Getreide direkt kaufen; weiterhin soll ein Gesetz eingebracht werden, das die Bestimmungen über die zeitweilige Zulassung von Weizen modifizieren soll. Der Berichterstatter erklärte, das Schutzsystem habe eine für Frankreich günstige Lage geschaffen. Die Kommission sei zu der Ansicht gekommen, es sei gut, die nächste Ernte abzuwarten, und habe einstimmig den sozialistischen Antrag abgelehnt, der die Getreidehaufte aufheben wolle. Eine offizielle Enquete sei notwendig, bevor der gegenwärtige Zoll vermehrt werde. Der Vorschlag der Kommission, die Interpellationen getrennt zu verhandeln, fand eine starke Majorität, wogegen die Sozialisten protestierten. Zuerst wurde der Entwurf beraten, der eine Modifizierung des Gesetzes von 1902 über die zeitweilige Zulassung von Weizen anstrebt.

Marokko vor der französischen Kammerkommission.

Paris, 31. Mai. (B. T. Z.) Vor der Kammerkommission für die auswärtigen Angelegenheiten gab Ministerpräsident Poincaré Erklärungen über den Protektorsvertrag mit Marokko ab. Er verlas zwei Urkunden, welche den Vertrag ergänzen, aber keinerlei internationalen Charakter haben; denn sie beschäftigen sich ausschließlich mit den persönlichen Beziehungen des Sultans zur französischen Regierung, mit der Möglichkeit einer Abdankung Sultan Hafids und der Bestimmung eines Nachfolgers und mit der Verlegung seiner Residenz. Auf eine Anfrage über die gegenwärtige Lage in Marokko wiederholte Poincaré, er hätte volles Vertrauen zu General Lyautey, daß er die Irrtümer der früheren Behörden des neuen Regimes wieder gutmachen werde. Poincaré fügte hinzu, Sultan Hafid hätte General Lyautey zugesichert, nicht mehr von Abdankung zu sprechen. Die Kommission ernannte zum Berichterstatter den Deputierten Maurice Long, welcher die Arbeit beschleunigen wird, damit die Kammer in ungefähr acht Tagen in die Besprechung des Protektorsvertrages in Verbindung mit den Interpellationen über die Politik in Marokko eintreten kann.

Eine Anklage gegen Deutschland.

Rom, 31. Mai. (B. T. Z.) Deputiertenkammer. Bei Begründung seiner Interpellation über den Schutz der Italiener in der Türkei führte der Abgeordnete Sarzani aus, daß das Deutsche Reich im Jahre 1875 beim Ausbruch des russisch-türkischen Krieges eine andere Auffassung von dem diplomatischen Schutz gehabt habe als heutzutage, und brachte diese Aenderung mit den industriellen Annahmen in Zusammenhang, die Deutschland seitler in der Türkei begonnen habe.

Stürmische Szenen in der russischen Duma.

Petersburg, 31. Mai. (B. T. Z.) Während der Weiterberatung der Gerichtsreform in der Reichsduma ereigneten sich gestern stürmische Szenen. Die gesamte Linke griff das Präsidium an, das den Redakteur Tschernodmitow ausschloß, dem oktobristischen Berichterstatter aber, dessen Ausführungen den Lärm veranlaßten, nur einen Tadel erteilte. Die Ausfächer der Gesetzesvor schläge sind gebessert, da die Regierung sowie die Oktobristen mit den Polen ein Kompromiß abschlossen. Die Vorlage der Selbstverwaltung der polnischen Städte wird demnächst erledigt werden. Darauf hin haben die Polen, die auf die Gerichtsreform wenig Gewicht legen, einen Rußhandel mit der Regierung abgeschlossen.

Der Arbeiterausstand in den Eisenfabriken gewinnt ständig an Umfang.

In den letzten Tagen ist es mehrfach zu Zusammenstößen zwischen den Ausständigen und Arbeitswilligen gekommen.

Zwei Kinder verbrannt.

Mainz, 31. Mai. (B. T. Z.) Bei einem heute nachmittags im Vorort Hechtsheim im Anwesen des Landwirts Rathias Ueberd ausgebrochenen Feuer sind 2 Kinder im Alter von 4 und 6 Jahren verbrannt.

Der 11. Parteitag der Polnischen Sozialistischen Partei

Ein russischer Teilnehmer des Parteitages schreibt uns: Der vor kurzem geheime im Auslande abgehaltene 11. Parteitag der Polnischen Sozialistischen Partei hat eine große Bedeutung nicht bloß für die sozialistische Bewegung Russisch-Polens, sondern auch vom Standpunkt der Konsolidierung der gesamten sozialdemokratischen Internationalen Russlands. Dieses letzte Moment wurde ganz besonders dadurch unterstrichen, daß dem Parteitag der P. P. S. zum ersten Male als eingeladene Gäste Delegierte der verschiedenen Strömungen und nationalen Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands beizuhören. Anwesend waren der Vertreter der Redaktion der „Pravda“, der menschenwürdigen „Stimme des Sozialdemokraten“ (Kaul Agetrod), des Zentralkomitees der lettischen Sozialdemokratie und des Zentralkomitees des „Bundes“. Der Vertreter der Gruppe „Speria“ konnte aus zufälligen Gründen nicht erscheinen. Die Redaktion des „Mechanowischen „Dnewni Sozialdemokrata“ begrüßte schriftlich den Parteitag und wünschte seinen Arbeiten den besten Erfolg. Ueberdies wohnte dem Parteitage ein Vertreter der deutschen Sozialdemokratie Desterreichs bei, dessen Begrüßungsrede mit großem Beifall empfangen wurde. Zum Parteitage liefen auch Begrüßungsschreiben vom Internationalen Sozialistischen Bureau und vom Vorstande der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ein.

Die Bedingungen, unter denen die polnischen Genossen in den letzten Jahren zu arbeiten hatten, waren noch viel schwerer als im eigentlichen Russland. Das Bauen der Konterrevolution kannte hier keine Grenzen. Charakteristisch für diese Verhältnisse ist das Schicksal der Delegierten des vorliegenden, zehnten Parteitages der P. P. S., der Anfang 1908 stattfand. Von den 37 Teilnehmern dieses Parteitages wurden drei hingerichtet, einer starb in der Verbannung, einer beging Selbstmord, da er die blutigen Greuel nicht ertragen konnte, viele andere kamen ins Gefängnis und in die Katorga. . . . Jetzt aber, wie aus den Berichten des Zentralkomitees und der Lokalorganisationen ersichtlich ist, hat die Partei das schlimmste schon hinter sich. Der Aufschwung des wirtschaftlichen und politischen Kampfes, welcher in ganz Russland bemerkbar ist, kam auch in Polen nicht minder stark zum Ausdruck. Alle Parteiorganisationen zeigen in den letzten Zeiten ein bedeutendes Wachsen. Daraus deutete auch die Zusammenlegung des Parteitages hin: 8 Delegierte vertraten Warschau, 1 die Warschauer Vororte, 9 Lodz, 1 Komarshow, 1 Pabianice, 3 das Dombrowaer Kohlenrevier, 1 Radom, 1 Lublin, 1 Czestochau. Außerdem konnten 12 gewählte Delegierte aus verschiedenen Gründen nicht kommen. Die große Mehrzahl der Delegierten waren Arbeiter, unter ihnen viele alte Parteimitglieder, die schon mit den Gefängnissen, mit Sibirien und sogar mit der Katorga Bekanntschaft machten. Sie beteiligten sich sehr lebhaft an den Verhandlungen, und ihre Reden zeugten von einem sehr hohen Niveau der politischen Aufklärung und von einem engen Kontakt mit der Massenbewegung.

Im Gegensatz zu der Sozialdemokratie Polens und Litauens, welche Parteiorganisationen gründet, versteht die P. P. S., angefaßt von der Spaltung der politischen Bewegung in Russisch-Polen, den Standpunkt, daß die Gewerkschaften, auf dem Boden des Klassenkampfes stehend, sich keiner bestimmten sozialistischen Fraktion anschließen sollen. Damit hängt auch zusammen, daß die P. P. S. auf die Gründung von legalen Gewerkschaften das Hauptgewicht legt. Leider sind von den zahlreichen legalen Gewerkschaften, die die P. P. S. in den Jahren 1906 und 1907 ins Leben rief, gegenwärtig nur sehr wenige infolge der Verfolgungen übrig geblieben und die ununterbrochenen Veruche, neue Gewerkschaften zu legalisieren, scheitern infolge der systematischen Verbote der Regierung. Die Partei muß daher illegale Hochkommissionen und Streikkomitees bilden. In den großen wirtschaftlichen Kämpfen, die sich im Laufe der zwei letzten Jahre in Polen abspielten, hatte auch die politische Parteiorganisation einen großen Anteil.

Ein wichtiges Mittel der politischen Aufklärung der Massen besteht die Partei in der legalen Presse, die trotz aller Verfolgungen

In Russisch-Polen sind gegenwärtig drei sozialdemokratische Parteien tätig: Die Sozialdemokratie Polens und Litauens, der Jüdische Bund und die Polnische sozialistische Partei (P. P. S.). Die zwei erstgenannten bilden einen Teil der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands. Die P. P. S., obwohl sie bis jetzt formell noch außerhalb der Gesamtpartei steht, stellt tatsächlich kraft ihrer gesamten politischen Tätigkeit ebenfalls einen integrierenden Teil der Sozialdemokratie Russlands dar, und die formelle Einigung dürfte in nicht entfernter Zukunft erfolgen. Im Gegensatz zu diesen drei sozialdemokratischen Organisationen umfaßt die im Herbst 1906 von der P. P. S. abgepaltete sogenannte Revolutionäre Fraktion separatistisch-nationalistische und verschwörerische Elemente der alten P. P. S.

ununterbrochen seit 1906 in ausgesprochen margijistischem Geiste herausgegeben wird. Den Mittelpunkt der politischen Arbeit der P. P. S. bildet die Agitation im Anschluß an die Tätigkeit der sozialdemokratischen Dumafraktion und die Durchführung von politischen Massenaktionen. So z. B. führte die P. P. S. eine Petitionskampagne um die Koalitionsfreiheit und eine Protestkampagne gegen die provokatorische Beurteilung der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma. Diese politischen Aktionen verfolgen das Ziel, die Arbeitermassen nicht nur um die Endziele des revolutionären Kampfes, sondern auch bei voller Aufrechterhaltung des revolutionären Programms, um konkrete, aktuelle Forderungen zu mobilisieren. Diese, für Russland neue Kampfweise, bedeutet den Uebergang der Sozialdemokratie Russlands und auch Polens auf das europäische Geleise, auf den Weg der bewährten Taktik unserer europäischen und namentlich deutschen Genossen.

Von den Grundfragen eben dieser Taktik sind alle Beschlüsse des XI. Parteitages durchdrungen. Es seien hier die wichtigsten erwähnt. Einen der Hauptpunkte der Verhandlungen bildeten die Duma-wahlen, die im Herbst stattfinden sollen. Erörtert wurden sowohl die prinzipiellen Fragen des Wahlkampfes (die Wahllösungen, die Stellung gegenüber anderen Parteien), als auch die praktische Durchführung des Wahlkampfes (die entsprechende Vorbereitung des gesamten Parteiapparates). Die Verteilung an den Wahlen, nicht bloß in der Arbeiter-, sondern auch in der allgemeinen städtischen Kurie; der Kampf mit dem politischen Absentismus und „Bohloctismus“ der Kampf gegen die sozialpolitische Reaktion und nationalitätlich-antisemitische Demagogie der polnischen bürgerlichen Parteien; die vollständige Selbstständigkeit der Sozialdemokratie in allen Stadien des Wahlkampfes — dies sind die Leitsätze der vom Parteitage beschlossenen Wahltaktik.

Von ganz besonderer Bedeutung ist der Beschluß des Parteitages, in welchem die Notwendigkeit eines engen Wahlbündnisses aller drei in Polen tätigen sozialdemokratischen Organisationen (P. P. S., S. D. P. u. L., Bund) betont wird, um der desorganisierenden und demoralisierenden Wirkung etwaiger sich gegenseitig bekämpfender sozialdemokratischer Kandidaturen vorzubeugen.

Der Parteitag unterzog das von der Duma beschlossene arbeitserhebliche Arbeiterverversicherungs-gesetz einer detaillierten Kritik, beschloß aber gleichzeitig für den Fall des Inkrafttretens dieses Gesetzes, die Kronenlisten nicht zu boykottieren, sondern sie zu erobern und im Interesse der Organisation der Arbeitermassen auszunutzen.

Es soll noch eine der Fragen erwähnt werden, die den Parteitag beschäftigten: die der sozialistischen Einigung in Polen und des Eintritts der P. P. S. in die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands.

Zunächst bilden gegenwärtig beide polnischen Parteien, die S. D. P. u. L. und die P. P. S., zwei Strömungen in der sozialdemokratischen Bewegung Russisch-Polens, deren Einigung die gesamte Lage und die sich aus ihr ergebenden Aufgaben des Proletariats ebenso gebieterisch fordern, wie die Einigung aller Fraktionen des russischen Teiles der Partei. Die Verhandlungen des Parteitages zeigten unzweifelhaft, daß zwischen der P. P. S. und der S. D. P. u. L. keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten bezüglich der beiden Parteien gemeinsamen programmatischen Forderung der Autonomie Polens bestehen. Es handelt sich hier im schlimmsten Falle um eine Quance, die keineswegs die Zerspaltung der gewerkschaftlichen und politischen Organisation des polnischen Proletariats rechtfertigt. Was die Probleme der sozialdemokratischen Taktik anlangt, so sind die Differenzen zwischen den beiden polnischen Parteien noch viel geringfügiger als zwischen den einzelnen Strömungen des russischen Teiles der Partei. Unter solchen Umständen erscheint die Einigung der P. P. S. und der S. D. P. u. L. als eine geschichtliche Notwendigkeit, die sich trotz aller Vorurteile und Ueberlieferungen eines langjährigen Zwistes bahnbrechen muß.

Mit großer Begeisterung wurde eine Resolution zugunsten der Einigung mit der S. D. P. Russlands angenommen. Noch im Jahre 1909 betonte eine Konferenz der P. P. S. die Notwendigkeit der Vereinigung des Klassenbewußten Proletariats des ganzen Reiches ohne Unterschied der Nationalität in eine sozialdemokratische Partei. Der jetzt vom Parteitage gefasste Beschluß befaßt sich mit der praktischen Verwirklichung dieser Grundfrage. Das Zentralkomitee der P. P. S. wird beauftragt, Vereinbarungen mit den leitenden Institutionen der S. D. P. Russlands zu treffen, um gemeinsam politische Aktionen im ganzen Reich zu organisieren und im Anschluß daran Vorkehrungen zur organisatorischen Einigung zu treffen unter Wahrung des polnischen Teiles der Partei.

Unter gemeinsame Fahnen! Dies war das Zeichen, unter dem diese bedeutsame Tagung stand.

Die „Revolutionäre Fraktion“ hält noch bis jetzt am „Bohloct“ der Dumawahlen fest.

Verbandstag der Freiseurgehilfen.

Der dritte Verhandlungstag (Freitag) brachte zunächst einen Vortrag des als Vertreter der Generalkommission anwesenden Genossen Rob. Schmidt über Bildungsbestrebungen. Ausgehend von dem Gedanken, daß Wissen und Bildung nicht nur Kultur-, sondern auch Machtfaktoren auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete sind, empfahl der Redner die Benützung der Einrichtungen, welche die moderne Arbeiterbewegung geschaffen hat, um die Bildung der Arbeiter zu fördern, wie Vorträge, Bildungs-schulen, Volkshäuser, Bibliotheken. Auch an der Jugendbewegung dürfe man nicht achtlos vorübergehen. Das Blatt „Die Arbeiterjugend“ sei ein sehr wertvolles Bildungsmittel für die jungen Leute. Einrichtungen zur Förderung der Bildung in Arbeiterkreisen seien vorhanden; wenn sie nicht benutzt werden, so liege das nur am Mangel an gutem Willen.

Hierauf gab Eglorn einen kurzen Bericht über den internationalen Sozialistenkongress, den Gewerkschaftskongress und die internationale Freiseurgehilfenkonferenz. — An den Bericht schloß sich eine Debatte über die Notwendigkeit und den Umfang der Besichtigung internationaler Kongresse und Konferenzen durch den Verband. Hierzu bemerkte Robert Schmidt: Die Generalkommission sei auch für eine Einschränkung der Delegiertenzahl der Gewerkschaften zu den internationalen Sozialistenkongressen. Für den nächsten in Wien stattfindenden Kongress sei die Zahl noch nicht sehr stark herabgesetzt worden, es werde wohl auf jede Gewerkschaft ein Mandat fallen. Dem Verbands der Freiseurgehilfen sei zu raten, nicht auf ihr Mandat zu verzichten — wie hier angeregt wurde — denn die Bedeutung der internationalen Kongresse liege nicht in den Beschlüssen, sondern in der Wirkung, welche das gemeinsame Zusammenkommen großer Organisationen aller Nationen ausübe. — Ein Antrag, von der Besichtigung des internationalen Kongresses abzusehen und sich durch den Delegierten einer anderen Gewerkschaft vertreten zu lassen, wurde mit acht gegen sieben Stimmen abgelehnt. — Beschlossen wurde, die nächste internationale Konferenz der Freiseurgehilfen nur durch einen Delegierten zu beschicken.

Die nun folgende Statutenberatung ergab die Annahme mehrerer Anträge, durch welche einige Änderungen in den Bestimmungen über die Unterstützungen eintreten. Ferner wurde ein Antrag angenommen, welcher sagt: „Eine Lohnbewegung kann nur dann eingeleitet werden, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder es beschließen hat.“ — Nachdem noch einige Anträge erledigt waren, die sich auf Verwaltungsangelegenheiten bezogen, wurde beschloffen, die Statutenänderungen am 1. Juli in Kraft treten zu lassen.

Die Versammlung schritt nun zur Neuwahl des Vorstandes. Für das Amt des ersten Vorsitzenden wurde Eglorn als einziger Kandidat vorgeschlagen. Bei der Wahl wurden für ihn aber nur acht Stimmen abgegeben, während neun Zettel unbeschrieben waren. Der zweite Vorsitzende des Verbandstages proklamierte Eglorn als wiedergewählt, dieser aber lehnte im Hinblick auf das Abstimmungsergebnis die Annahme der Wahl ab. — Wittmann-Plagdenburg verlangte nun, daß eine Aussprache stattfinde über die Gründe des auffallenden Nichtauskommens. In der Debatte über den Geschäftsbericht sei nichts vorgebracht worden, was ein derartiges Mißtrauen gegen den langjährigen Verbandsvorsitzenden erklären könnte. — Die Aussprache fand in Abwesenheit Eglorns statt. Mehrere Delegierte führten als Gründe für die Abgabe weißer Zettel an: Eglorn trete mit seiner Person zu stark hervor, er habe die Wünsche der süddeutschen Mitglieder bezüglich der Agitation nicht befriedigt und derartige mehr. — Andere Redner führten dagegen an: Nach diesen „Gründen“ müsse das Abgeben so vieler weißer Zettel als unverantwortlich bezeichnet werden, um so mehr, als der Verband gar nicht in der Lage sei, einen Ersatz für Eglorn zu finden. — Die Wahl wurde wiederholt mit dem Resultat, daß 14 Stimmen und zwei weiße Zettel abgegeben wurden. Gleichzeitig wurde beschloffen, den bisherigen Gausleiter Kabelely-Düsseldorf als zweiten Verbandsvorsitzenden anzustellen, damit der erste Vorsitzende entlastet und die Agitation in größerem Umfange betrieben werden könne. Eglorn erklärte sich nun zur Annahme der Wahl bereit. Als Kassierer wurde Langner wiedergewählt. Die Wahl des Ausschuhvorsitzenden fiel auf Lorenz-Hannburg. Als Delegierter zum Gewerkschaftskongress und zum internationalen Kongress wurde Eglorn bestimmt. — Der nächste Verbandstag wird in Hannover abgehalten.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Soziales.

Das geprüfte Lehrmädchen.

Eine große Ausschreitung gegenüber einem zehnjährigen Waisenmädchen und deren Pflegeeltern bildete den Ausgangspunkt eines gestern vor der 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts verhandelten Prozesses. Dort lagte das 10jährige Lehrmädchen Gertrud B., vertreten durch den Vormund, Kolonialwaren-

Eine Eiszeit-Debatte.

Auf dem 18. Deutschen Geographentage wurde in Innsbruck eine wichtige Frage in einer lebhaften Kontroverse behandelt.

Prof. Lepsius (Darmstadt) sprach über das Thema: „Einheit und Entstehung der Eiszeit.“

Die Erforschung der diluvialen Eiszeit in den Alpen — so führte er aus — hat in den letzten Jahrzehnten großartige Fortschritte gemacht und ihren Abschluß in dem kürzlich erschienenen fundamentalen Werk von Penck und Bräuner gefunden. Lepsius erklärt sich jedoch gegen die von Penck und Bräuner vertretene jetzt vorherrschende Auffassung, daß es drei bis vier Eiszeitperioden gegeben hat und daß in den Haupteiszeiten die Gletscher bis tief in die Täler gegangen seien, im Rheintal bis zur Schwäbischen Alb. Diese Zwischenzeiten werden auf den Wechsel im Klima zurückgeführt, aber die Ursachen des Klimawechsels werden nicht angegeben. Man muß daher untersuchen, ob eine Fauna und Flora da ist, die uns beweist, daß in der Zwischenzeit ein wärmeres Klima vorhanden war. Wohl finden wir im moränen Schutt allerhand Spuren von Mollusken. Aber sie waren während der Diluvialzeit über die ganze Erde verbreitet. Von diesen allgemeinen Diluvialflora weisen nur zwei Fundstätten ab, die man bisher für zwischenzeitlich erklärt hat. Der eine Punkt liegt hier 600 Meter hoch über Innsbruck, es sind die Höttinger Breccien. Lepsius verneint aber hier das erratische Geschiebe, das beweisen würde, daß die Breccie zwischenzeitlichen Charakters ist. Lepsius verweist diese Flora ins Tertiär, hält sie also für vor-eiszeitlich. Die zweite Fundstelle mit pontischer Flora liegt im Vorleppatal über dem Jiscotal. Lepsius erklärt aber auch diese Flora für nicht zwischenzeitlich, denn es liegt nach seiner Ansicht keine Moräne unter dem Fundort. Sie sind beide älter, als die Moräne, die sie bedeckt.

Ueber die Ursachen der großartigen Erscheinungen der Eiszeit gibt es bekanntlich verschiedene Theorien. In den geographischen Lehrbüchern ist immer die Rede davon, daß die Eiszeit die ganze Erde umspannt habe und daß ihre Ursache kosmischen oder tellurischen Ursprungs sei, was offen gelassen wird. Das ist aber unrichtig. Auf dem zentralasiatischen Kontinent weisen selbst die hohen Gebirge nur geringe Spuren von Vergletscherung auf. Auf den japanischen Inseln ist bis zum 50. Breitengrade, also der Höhe von Rains, keine Eiszeit nachzuweisen. In Nordamerika verfolgen

wir die kolossale Ausbreitung der Gletscher, wohl unter dem Einfluß Grönlands bis zum Mississippi und bis St. Louis, bis zum 40. Breitengrade, der Höhe von Neapel. Bei einer allgemeinen Eiszeit müßten sich doch auch Gletscherpuken in den Anden nachweisen lassen. Der Vortragende teilt aus diesen Gründen die Ansicht schwedischer und norwegischer Forscher, daß die skandinavische Eiszeit dadurch entstanden ist, daß Skandinavien zur Eiszeit doppelt so hoch war wie heute und daß von den hohen Gebirgen die Gletscher nach England und Deutschland geflossen sind. Demnach ist die skandinavische Eiszeit nur einer örtlichen Ursache zuzuschreiben. Die Erhebung der Gebirge zur mittleren Diluvialzeit war so bedeutend, daß die skandinavischen Gebirge und die Alpen in so hohe, kalte Luftschichten kamen, daß die Vergletscherung eintrat. Nord- und Ostsee sind damals noch Kontinente gewesen und die norddeutsche Tiefebene lag auch noch höher. Die skandinavischen Gletscher sind von den hohen Gebirgen soweit hinunter gegangen, als sie Gefälle hatten. Damit erklärt sich die Ueberflutung der norddeutschen Tiefebene mit Moränen. Lepsius kommt zu dem Schluß: es ist ein Wechsel von kaltem und warmem Klima zur Eiszeit nicht nachzuweisen. Dagegen ist ein allmähliches Aufsteigen der Alpen bis zur mittleren Eiszeit erfolgt. Statt des Klimawechsels und der Erkaltung über die ganze Erde nimmt der Vortragende tektonische Verwerfungen, Senkungen und Hebungen an.

Professor Penck (Berlin) tritt der Lepsius'schen Theorie scharf entgegen. Der Beweis für den zwischenzeitlichen Charakter der Höttinger Breccie ist erbracht. Auch unter der Fundstelle beim Hofsee sind die Moränen durch zahlreiche gewisshafte wissenschaftliche Beobachtungen festzustellen. Allgemein hat auf der Erde eine Depression der Schneegrenze zur Eiszeit stattgefunden, die allerdings nicht überall den gleichen Betrag ausmachte.

Professor v. Drygalski (München) erklärt, daß er bei seinen Studien über die Gletscherhältnisse in Oberbayern ebenfalls Zweifel an der Vielheit der Eiszeiten bekommen habe. Geologisch sei auch eine derartige Ursache in der Natur, dieses Hin und Her, unnatürlich und sonst nirgends vorhanden. Er stimmt Lepsius in der Annahme der Einwirkung der hohen Gebirge auf die Entstehung der Eiszeit zu, aber ebenso auch Penck darin, daß die Eiszeit universeller war. Für die Eiszeit war Feuchtigkeit notwendig, und diese ist im Gebirge vorhanden. Gebirge und Eiszeit gehören zusammen.

Der Innsbrucker Professor Wiesner widerspricht entschieden der Ansicht, daß die Höttinger Breccie dem Tertiär zuzuweisen seien. Lepsius hält sie aber aufrecht.

Kleines feuilleton.

Fez. Die Nachricht von einem großen Massaker in Fez hat in Paris allgemeine Bestürzung hervorgerufen. Mag sich die Meldung bestätigen oder nicht, auf jeden Fall muß die augenblickliche Situation der Franzosen in Fez als höchst bedrohlich angesehen werden. Während Langer, Marokkos Haupthafen, den Typus der internationalen Küstenstadt des Mittelmeeres aufweist, ist Fez reines und unverfälschtes Afrika. Die Zahl der Europäer ist hier sehr gering, und inmitten der fanatischen Bevölkerung ist der Aufenthalt für den Fremden besonders nach dem Einzug der Franzosen höchst gefährlich. Wie alle Städte Marokkos ist auch Fez heute völlig verfallen und verkommen. Die Straßen sind durchweg ungepflastert und mit tiefem Schmutz bedeckt. Die grauen, zum Teil fensterlosen Häuserreihen rücken dicht aufeinander und verleihen dem Orte den Eindruck gespenstischer Unheimlichkeit. In den Wazoren drängt sich eine bunte lärmende Menge, in der alle Stämme Afrikas, vom Negar bis zum Araber, vertreten sind. Die zahlreichen Juden bewohnen ein eigenes Viertel, das erst kürzlich beim letzten Volksaufstande gegen die Franzosen arg verwühet worden ist. Die Stadt hat einst bessere Tage gesehen, und in den alten arabischen Chroniken wird uns überliefert, daß das Fez des Mittelalters 788 Moscheen und 400 000 Einwohner gezählt habe. Heute gibt es in der Stadt nur noch 125 Gotteshäuser, während die Einwohnerzahl sich auf etwa 150 000 Seelen belaufen dürfte. Aus den Glanzzeiten Marokkos hat sich auch die Universität von Fez bis in die Gegenwart erhalten; sie hat der Stadt den Auf beson dere Heiligkeit in ganz Afrika verschafft. In der modernen Wissenschaft unterhält die hohe Schule von Fez freilich keinerlei Beziehungen; die Studenten schöpfen ihre geistige Nahrung ausschließlich aus den klassischen Werken der arabischen Literatur, in der die Theologie, die Philosophie und die Rechtswissenschaft des Islam niedergelegt ist. Immerhin geht jährlich eine große Anzahl von Theologen aus der Hochschule von Fez hervor, die in ganz Nordafrika die Lehren des Propheten verbreiten.

Die Lage der Hauptstadt ist außerordentlich günstig; sie wird von einer überaus fruchtbaren Talebene umgeben, die rings ein Kranz von mächtigen Bergen umsäumt. Der Wad-Fez fließt mitten durch die Stadt und teilt sie in zwei Viertel, die Altstadt im Westen, und die Neustadt im Osten. Nach Norden erstreckt sich Fez bis zum Fuß jener Gebirgskette und wird hier von einer stolzen Burg, der

Händler F. gegen den Butter- und Mehlwarenhändler F. Schmeling (Niedertalstraße) wegen rückständiger Lehrvergütung. Der Vormund schildert den dem Bräutigam vorausgegangenem Vorfall folgendermaßen: Sein Mündel, ein ruhiges, bescheidenes Mädchen, sei, nachdem sie etwa einen Monat Lehrzeit hinter sich hatte, ohne Grund von dem Mutter des Geschäftsinhabers dermaßen geohrfeigt worden, daß es mit stark angelegener Wange meidend zu ihm kam. Er begab sich sofort mit dem Mädchen ins Geschäft, um Aufklärung zu erhalten, wurde aber vom Beklagten sehr grob abgewiesen. Dieser verteidigte noch die Handlungsweise seiner Mutter und meinte: „Die Obrigkeit kann sie von mir auch haben!“ Zufällig erfuhr der Vater davon, der gleichfalls in der Angelegenheit mit dem Lehrherrn Rücksprache nehmen wollte. Aber auch dieser alte ehrwürdige Herr wurde recht unanständig hinauskomplimentiert.

Bzüglich des Lehrverhältnisses behauptete der Beklagte, der Klägerin nach Ablauf der Probezeit gelagt zu haben, er könne sie nicht behalten. Im übrigen vermochte er gegen das Mädchen nichts weiter einzuwenden, als daß es „nicht genügend leistete“. Die Frau des Vormundes war zu beschwören bereit, daß der Beklagte zu ihr nach Ablauf des Probemonats sagte, er behalte das Mädchen. Um der Verurteilung zu entgehen, zahlte auf Anraten des Gerichts der Beklagte den geforderten Betrag von 68 M. Wegen der Mißhandlung seines Mündels hat der Vormund gegen S. bereits Strafandrohung gestellt.

Eine Zeitung in städtischer Regie.

Eine interessante Neuerung auf dem Gebiete der Gemeindegewaltigkeit wird aus der südlichen Hauptstadt Kaliforniens gemeldet: Die Stadt Los Angeles hat auf eigene Rechnung die Publikation einer achtzehnjährigen Zeitung großen Formats, der „Municipalen Nachrichten“ von Los Angeles, begonnen. Das Blatt wird unentgeltlich an jeden Steuerzahler gesandt und für 5 Cents auf den Straßen, Stationen und öffentlichen Verkaufsstellen abgesetzt. Es soll nicht das Organ irgend einer Partei, sondern der gesamten Bürgerschaft sein. Jeder in Los Angeles konstituierten politischen Partei ist eine Spalte des Blattes zur Erklärung ihrer Ideen und Grundzüge zur Verfügung gestellt. Das demokratische Zentralkomitee, die „Gute-Regierung-Association“, die sozialdemokratische Partei und die trade-unionistische Arbeiterpartei propagieren ihre Sache auf der gleichen Seite. Nur die republikanische Partei hat aus „prinzipiellen Bedenken“ von der angebotenen Gattfreundschaft noch keinen Gebrauch gemacht. Neben den Parteien stehen auch dem Bürgermeister und jedem Mitglied der Stadterwaltung in jeder Ausgange für eine halbe Spalte für die Erörterung oder Verteidigung ihrer Pläne zur Verfügung, und die städtischen Funktionäre sind berechtigt, in dem Blatte alle Fragen von öffentlichem Interesse zu diskutieren.

Daß ein derartiges, in alle Bevölkerungsschichten dringendes Publikationsorgan viel Anziehungskraft für die inserierende Geschäftswelt hat, liegt auf der Hand. In der kurzen Zeit ihrer Existenz haben es die „Municipalen Nachrichten“ schon auf 10 Seiten Inserate gebracht, so daß das neue kommunale Unternehmen auch vom kaufmännischen Standpunkt ein großer Erfolg zu werden verspricht. Sobald die Kosten für die erste Einrichtung des Blattes gedeckt sind, soll von seinen Ueberschüssen eine kommunale Druckerei errichtet werden, ja man hofft, daß sie schließlich groß genug werden, um die Steuerlasten zu vermindern zu können. Eine Frage ist nur, ob sich das, soweit zu sehen ist, gutgemeinte Unternehmen gegenüber den vereinten Angriffen der kapitalistischen Organe halten können wird und ob es nicht bei einem Wechsel in der Stadterwaltung verschwindet. Denn schon greifen die lokalen Zeitungen der Stadt, die allesamt im Dienste des Großkapitals stehen, das unerträgliche „Zeitungsmonopol“ heftig an und stellen dem unangenehmen Konkurrenten, der die „Sommerliche Freiheit“ beinhalten, ein glänzendes Plakat in Aussicht. Vorderhand sieht es nicht gerade aus, als ob diese Prophezeiung der „guten Bürger“, die hinter den kapitalistischen Blättern stehen, in Erfüllung gehe.

Unterernährung und Volksgeundheit.

Die verhängnisvolle Bedeutung der Unterernährung für die Gesundheit liegt für jeden klar zutage, der Gelegenheiten hat, Einblick in die Lebensverhältnisse der Angehörigen beider Klassen der Bevölkerung, der Besizenden und der Besizlosen zu tun. Man beachte nur einmal die in der Wölfe verarmten Industriellen, Kaufleute, Makler und Agenten und daneben die Arbeiter eines industriellen Unternehmens, wenn sie in der Kantine ihr Frühstück verzehren oder sich in langen, dichten Reihen nach Hause begeben. Der Unterschied ist so groß, daß er jedem auffallen muß: an der einen Stelle gutgenährte, gesunde Männer, unter ihnen recht viele höherer Alters, die aber auch noch den Eindruck voller Leistungsfähigkeit geben, und an der anderen Stelle schlecht genährte, magere Männer — die älteren Jahrgänge sind sehr schwach vertreten — die vor der Zeit gealtert sind und an denen starker

Verbrauch der Kräfte leicht zu erkennen ist. Dieser Unterschied hat natürlich nicht nur eine Ursache, sondern mehrere. Eine der bedeutendsten ist zweifellos die Unterernährung. Für den schädlichen Einfluß der Unterernährung auf die Gesundheit liefert der 2. Band der von Prof. Stephan Bauer herausgegebenen „Vasler Volkswirtschaftlichen Arbeiten“ einen zwingenden Beweis. Prof. Lichtefeld hat die Ernährung von circa 18 000 Arbeitern, die in Wengen beschäftigt werden, untersucht. Hierbei haben sich für die Angehörigen der verschiedenen Industriegruppen verhältnismäßig erhebliche Unterschiede in der Ernährung, besonders auch im Anteil des animalischen Eiweiß ergeben. In der Einleitung zu Lichtefelds Arbeit stellt Bauer die Unterschiede in der Zusammensetzung der Nahrung, soweit sie für 2959 Arbeiter in Sachsen festgestellt sind, in Vergleich zu den Rationen über Ernährung und Krankheitsdauer, die das umfangreiche Werk des Kaiserlichen Statistischen Amtes: „Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Ostprovinz für Leipzig und Umgebung“ enthält. Das Resultat ist, daß Krankheitshäufigkeit und Krankheitsdauer mit der Verringerung des animalischen Eiweiß in der Nahrung steigen. Die nachstehenden Uebersichten beweisen dies.

| Industriegruppe | Täglicher Verbrauch von animalischem Eiweiß in Gramm | | | |
|--------------------------------|--|-------|-------|-------|
| | 25-34 | 35-44 | 45-54 | 55-64 |
| Nahrungsmittelindustrie | 49,23 | 42,84 | 29,85 | |
| Textilindustrie | | | | |
| Industrie der Steine und Erden | | | | |

| Auf je 1000 beobachtete Männer entfallen | Krankheitsfälle | | | | Krankheitstage | | | |
|--|--------------------------|-------|--------|--------|----------------|-------|-------|-------|
| | 25-34 | 35-44 | 45-54 | 55-64 | 25-34 | 35-44 | 45-54 | 55-64 |
| Nahrungsmittelindustrie | 354 | 447 | 6 684 | 10 456 | | | | |
| Textilindustrie | 393 | 423 | 7 539 | 9 607 | | | | |
| Industrie der Steine und Erden | 589 (Zement u. Kalk) | 685 | 9 981 | 14 807 | | | | |
| | 495 (Steinbearbeitung) | 603 | 12 168 | 19 363 | | | | |
| | 350 (Glas und Porzellan) | 461 | 7 381 | 11 615 | | | | |

Wird der Verbrauch von animalischem Eiweiß für die Angehörigen der Nahrungsmittelindustrie gleich 100 gesetzt, so sinkt er für die Textilindustrie und Industrie der Steine und Erden auf 87 und 60,6. Die Zahl der Krankheitsfälle steigt umgekehrt (Nahrungsmittelindustrie wieder gleich 100) auf 113 und 147 bei der Textilindustrie und der Industrie der Steine und Erden. Nach dieser Feststellung kommt Bauer mit Recht zu dem Ergebnis: „Das Ausmaß des animalischen Eiweiß, das sich die Arbeiter durch die Kaufkraft ihres Lohnes in einer Industrie verschaffen können, steht in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer relativen Krankheitsdauer. Je weniger tierisches Eiweiß verfügbar ist, desto stärker ihre Krankheitswahrscheinlichkeit.“ Bauer folgert hieraus weiter, daß es ein hygienisches Minimum gibt, das sich berechnen läßt und daß dieses Minimum den Reallohn erfassen muß und daß jede Preis- und Zollpolitik, die die Quoten der Unterernährten vergrößert, nicht Schutz, sondern Bekämpfung der Industrie bedeutet.

Aus der Frauenbewegung.

Die Mutterschaftsversicherung in Schweden.

Wie wir seinerzeit mitteilten, beabsichtigt man in Schweden eine obligatorische Mutterschaftsversicherung einzuführen, und der Plan dazu war bereits von einem besonderen Komitee ausgearbeitet worden. Nachdem die Öffentlichkeit sich dann viel mit der Frage beschäftigt und die Vorschläge des Komitees erwogen hatte, kam der Gesetzesauschuß des schwedischen Reichstages zu der Ansicht, daß es vorläufig nicht zweckmäßig und nicht durchführbar sein werde, eine obligatorische Mutterschaftsversicherung zu schaffen und an die ja noch immer freiwillige Krankenversicherung anzugliedern. Man müsse jedoch die Krankenkassen auf das kräftigste darin unterstützen und dazu anregen, daß die Versicherung ihrer weiblichen Mitglieder ohne weiteres auch auf die Mutterschaft ausgedehnt werde, um auf diese Weise einem obligatorischen System für beide Versicherungszweige die Wege zu ebnen. — Entsprechend dieser Auffassung hatte nun die Regierung dem Reichstage vorgeschlagen, für das laufende Budgetjahr 25 000 Kronen als Zuschuß für die Krankenkassen zu bewilligen, die Mutterschaftsunterstützung gewähren. In der verflochtenen Woche kam dieser Vorschlag im Reichstag zur Verhandlung und wurde in der Zweiten Kammer, weil keiner sich dagegen wandte, ohne formelle Abstimmung, also so gut wie einstimmig angenommen, in der Ersten Kammer mit 75 gegen 66 Stimmen ebenfalls angenommen. — In der Ersten Kammer dominieren die Herren vom größten Geldsack, die Sozialdemokratie ist hier nur durch 12 Abgeordnete vertreten, während in der Zweiten

verwendet wurden.) Inweit von dieser Stätte liegt die als germanische Gauburg bekannte Römerschanze mit ihren Erdmällen, gegenüber am Seeufer wurden bronzezeitliche Gußformen für Pfeil- und Speerzitzen gefunden; wir haben es also mit einem sehr interessanten Terrain zu tun.

Theater.

Romische Oper. Ensemble-Gastspiel des Neuen Schauspielhauses: „Eva'scher“, ein Jyllus-Lustspiel von Magnus Hansen. Aus welchem Grunde diese drei Einakter, die einen Theaterabend füllen und diesem Füllungsweck vermutlich ihre Existenz verdanken, sich Jyllus-Lustspiel nennen, blieb wie so manches andere Geheimnis des Verfassers. Der Erfindung wie dem Dialog merkt man auf Schritt und Tritt ein absichtsvoll mühseliges Bestreben, Philantropien auszuklammeln, an. Da gibt es eine Witwe, die mit einer halben Million partout nicht auskommt und sich von einem verliebten Bankier den Inhalt der neuesten Depeschen für ihre Börsenspekulationen nicht einfach telephonisch, sondern in poetischer Blumensprache, durch Uebersendung roter oder weißer Buletts, mitteilen läßt; und die kluge Dame kommt, indem sie just das Gegenteil der ihr auf diesem Wege von dem heimlichen Weiberder angeratenen Ordens ausführt, zu den nun einmal unentbehrlichen Millionen. — Oder eine Romanistin, die sich die Langeweile ihres Sommeraufenthalts zu kürzen, einen jungen, blond dreinschauenden Fischersmann in ihr Zimmer, der das Stelldichein zu einem richtigen Erpressungsverlauf ausnutzt und zuguterletzt doch als Dämoniet abzieht. Den Abschluß in der Galerie der schönen Frauenläufe bildete eine fromme Italienerin, die durch Gefälligkeiten, die sie dem Herrn Minister in Aussicht stellt, ihrem Ertrottel von Ehemann eine lukrative Lotteriefollektorenstellung verschafft und dem Geböhrten vorwirft, der heilige Franziskus sei Spender dieser guten Gabe. Weit ausgepönnene, heileinere, anmutlose Frivolitäten, denen nur die unverwundlich mürrere Dame Ida Hüts da und dort etwelche drollige Effekte abgewann.

Notizen.

— **Vorträge.** Uran und Radiumemanation ist im Spektrum des neuen Sternes in den Zwillingen von Prof. Küstner entdeckt worden, wie ein Telegramm der astronomischen Zentralstelle in Kiel berichtet. — Auf der Trepow-Sternwarte wird Direktor Dr. Archenholz am Sonntag, den 2. Juni, abends 7 Uhr, in seinem Vortrag „Vom Erdinnern bis zu den Weltfernen“ auch über die Bedeutung des Radiums im Weltall sprechen.

— **Das internationale Schachturnier in Bisthan.** Nach der 10. Runde war der Stand des Meisterturniers: Rubinstein 7½; Alapin, Durac, Spielmann 7; Lowitzki, Schlechter, Zeitmann 5½; Sterl, Marshall, Breher 5; Balla 4½; Cohn, Promadla, Salwe, Yates 4; Saradz 3½; Jöhner 3, Leonhardt 2½.

Kammer 64 Sozialdemokraten sitzen, und daraus erklärt es sich, daß diese beschiedene Maßnahme in einer so außerordentlich wichtigen Frage der Sozialversicherung in der Ersten Kammer nur eine knappe Mehrheit fand. Die Frauen der Reichen bedürfen so solcher Unterstützung nicht.

Gerichts-Zeitung.

Durch eine grobe Mystifikation

des Reviervorstandes des 8. Polizeireviere ist der Angestellte S. eines im Westen gelegenen Restaurants in eine sehr üble Situation gebracht worden. Gegen den Betreffenden, der ein naiver Verwandter eines bekannten hiesigen Theaterdirektors ist, schwebte bei dem Landgericht I wegen eines in angetrunkenem Stimmung geschehenen nächtlichen Vorkommnisses ein Strafverfahren. Er war seinerzeit auch festgenommen worden, dann aber auf die erhobene Beschwerde hin von der Strafkammer gegen Stellung einer Kaution von 1000 M. wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Am 29. d. M. kam er gegen 4 Uhr nachmittags von seinem Dienst in seine in der Nähe des Beddings gelegene Wohnung zurück. Er fand hier zu seinem Erstaunen zwei uniformierte Schupleute, die ihn für verhaftet erklärten. Auf seine Frage wurde ihm erklärt, daß die Verhaftung in dem schwebenden Strafverfahren auf Anordnung des Kriminalkommissars Wetelmann erfolgt sei. Das Erscheinen der Schupleute hatte natürlich in dem Hause großes Aufsehen erregt, so daß S. mit der üblichen Eskorte des Publikums von den zwei Schupleuten nach dem 8. Polizeirevier transportiert wurde. Er teilte hier sofort dem Reviervorstand mit, daß er gegen Stellung einer Kaution aus der Haft entlassen sei. Der Polizeileutnant konnte ihm nur erwidern, daß das Revier von dem Kriminalkommissar Wetelmann telephonisch beauftragt worden sei, die Verhaftung vorzunehmen. Es wurde nun versucht, den Kommissar telephonisch zu erreichen, um eine Aufklärung zu erhalten. Von der Wohnung aus wurde der Versuch unternommen, daß der Kommissar erst gegen 9 Uhr nach Hause komme. Nachdem S. geduldig fünf Stunden auf der Revierwache gesessen hatte, meldete sich der Kommissar Wetelmann telephonisch und erklärte, daß er seinen Auftrag gegeben habe und offenbar sein Name mißbraucht worden sei. S. wurde nunmehr sofort entlassen. — Wie angenommen wird, handelt es sich um einen Raubakt gegen S., der von einer Person ausgeht, die mit den bei der Polizei bestehenden internen Dienstverhältnissen genau bekannt sein muß, da bei der Erteilung des telephonischen Auftrags die Dienstnummer des Kriminalkommissars Wetelmann angegeben worden war. Dieser Vorfall hat zu einem Strafverfahren gegen „Unbekannt“ wegen Freiheitsberaubung und unbefugter Ausübung eines öffentlichen Amtes geführt.

Wegen einer vor zwei Jahren begangenen Freiheitsberaubung.

gegenüber seiner eigenen Ehefrau hatte gestern die 7. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Spletzhofer gegen den Gastwirt M. zu verhandeln. — Die Verhandlung ergab verschiedene recht lommische Momente, die an das Zwischenspiel der Zuhörer starke Anforderungen stellten. Der Angeklagte ist zum zweiten Male verheiratet, und zwar hatte er eine Wittib geheiratet, die, wie sich erst später ergab, den großen Feller hatte, daß sie ihren „Seligen“ nicht vergessen konnte und bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit dem Angeklagten die Worte aufstieß, daß ihr „Seliger“ das so und so gemacht hatte. Zwischen dem schon in reiferen Jahren stehenden Ehepaar gab es deshalb von Anfang an Reibereien. Der Angeklagte behauptete, daß seine Frau mit anderen Gästen haß geliebt und zu diesen dann mehr als vertraulich geworden sei, während sie zu ihm rabiat wurde. In dieser Stimmung habe sie dann häufig ein Bombardement mit Verlästern, Schimpfen und anderen Gegenständen auf ihn eröffnet. Die als Zeugin vernommene Frau des Angeklagten, mit der er in Scheidung lebt, behauptete dagegen, daß ihr Mann die „Wittibens“ zu gerne gehabt habe. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob es richtig sei, daß er seine Frau häufig an den Haaren gezogen habe, erklärte der Angeklagte, daß dies absolut keinen Zweck gehabt haben würde, da sie ja nur falsche habe. — In dem zur Anklage stehenden Fall soll der Angeklagte seine Frau anlässlich eines eheischen Gemitters einfach in einem Hinterzimmer eingesperrt haben. In seiner Verteidigung behauptet der Angeklagte, daß er hierzu gezwungen gewesen sei, um zu verhindern, daß infolge des fortwährenden Schimpfens und Reifens der Frau seine Gäste wegfielen. — Das Strafverfahren selbst ist auf eine sehr merkwürdige Weise anhängig gemacht worden. Die Ehefrau M. hatte in der Scheidungsklage jenen zwei Jahre zurückliegenden Vorfall mit angegeben. Dies hatte zur Folge, daß von Amts wegen das Strafverfahren eingeleitet wurde. — Die Verhandlung selbst endete mit einer Freisprechung des Angeklagten auf Antrag des Staatsanwalts, da die Beweisaufnahme ergab, daß sich die Eingesperrte seinerzeit, wenn sie es gewollt hätte, selbst hätte befreien können.

In dem Bericht über den Verleibungsprozess der verwitweten

Frau Oberstaatsanwältin Henke am 28. Mai vor dem königlichen Landgericht III Berlin teilt uns der Verteidiger Dr. Karl Liebnicht im Auftrage seiner Klientin folgendes mit: Die in diesem Bericht erwähnte Diebstahlsaffäre wurde in dieser Verhandlung kaum berührt. Nur der Rebenklager Renfranz versuchte, sie in die Verhandlung zu ziehen, indem er behauptete, die Angriffe der Angeklagten gegen ihn seien erst durch diese Affäre veranlaßt. Tatsache ist jedoch, daß die Differenzen zwischen der Angeklagten und Renfranz bereits monatelang vorher schwebten. Der angebliche Diebstahl der Angeklagten soll nebenbei erwähnt darin bestanden haben, daß sie einen Schirm und einen Stod, die von anderen Reisenden in einem Eisenbahnkoupé stehen gelassen waren, mit ihrem eigenen sehr zahlreichen Reisegepäck in der Dunkelheit mitgenommen und nicht abgeliefert hatte, weil sie nach ihrer meines Erachtens glaubhaften Angabe infolge verschiedener Umstände den Verzug nicht alsbald bemerkt hatte. Es scheint in dieser Affäre ein Wiederaufnahmeverfahren, das meiner Uebergzeugung nach günstigen Erfolg verspricht.

Ueber die Verurteilung der Angriffe der Angeklagten gegen Renfranz erwidert Ihre Bericht gleichfalls nicht ganz zutreffende Vorstellungen. Es war von der Angeklagten ein umfangreicher Wahrheitbeweis in der Berufungsinanz angetreten. Dieser Wahrheitbeweis, für den auch dokumentarische Belege vorhanden waren, wurde im Einverständnis aller Beteiligten in dem Willen gar nicht erhoben, weil die Angeklagte, wie auch der Staatsanwalt anerkannte und das Gericht ausdrücklich feststellte, ihre Eingaben in Wahrnehmung berechtigter Interessen geschrieben hatte und daher, soweit sie nur Angriffe tatsächlicher Art gegen Renfranz gerichtet hatte, ohne weiteres straflos waren. Im Gegensatz zu dem Urteil des Amtsgerichts Alt-Landberg hat das Landgericht ausdrücklich verurteilt wegen einiger scharfer Wendungen in den Eingaben, aus denen das Gericht die Absicht der Verleibung folgerte.

Witterungsübersicht vom 31. Mai 1912.

| Stationen | Barometer stand mm | Wind richtung | Windstärke | Wetter | Temp. in Grad C. | Stationen | Barometer stand mm | Wind richtung | Windstärke | Wetter | Temp. in Grad C. |
|-------------|--------------------|---------------|------------|--------|------------------|-----------|--------------------|---------------|------------|--------|------------------|
| | | | | | | | | | | | |
| Strombe. | 758,8 | | 2bedekt | 12 | Daparranda | 755,80 | | 6Regen | 4 | | |
| Damburg | 759,8RB | | 3bedekt | 9 | Petersburg | 752,80 | | 1Rebel | 8 | | |
| Berlin | 759,8 | | 2bedekt | 9 | Edly | 755,80 | | 2Wolllg | 12 | | |
| Frankf.a.M. | 758,80 | | 2wolllent | 13 | Berbern | 752,80 | | 2bedekt | 9 | | |
| München | 758,80 | | 2bedekt | 13 | Paris | 759,8RB | | 2bedekt | 14 | | |
| Wien | 758,80 | | 1wolllent | 15 | | | | | | | |

Wetterprognose für Sonnabend, den 1. Juni 1912.
Ein wenig wärmer, vielfach heiter bei mäßigen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Köpenicker Viertel, Bez. 145 II.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Schloßer
Willi Kretschmar
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat bereits
stattgefunden.
21/15
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein
Neukölln.
Den Parteigenossen zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Radierer
237/11
Theodor Kleber
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Sonntag, nachm. 1 1/2 Uhr, von
der Leichenhalle des Neuköllner
Gemeinde-Friedhofes, Marien-
dorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Radierer
Theodor Kleber
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 2. Juni, nach-
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Neuköllner Ge-
meinde-Friedhofes in Tempelhofer
Park, Mariendorfer Weg, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
119/7 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Arbeiter
Wilhelm Schön
am 30. v. Mis. im Alter von
38 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 2. Juni, nachm.
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Zentral-Friedhofes der Gärten-Gemeinde,
Barfußstraße, aus statt.
64/11 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher
Kürschner - Verband
Filiale Berlin.
Am Donnerstag, den 30. Mai,
verstarb unser Mitglied, der
Kürschner
Johann Raschka.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 3. Juni, nachmittags
2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt. 100/10
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise herz-
licher Teilnahme und die reichen
Kranzsendungen bei der Beerdigung
unseres unvergeßlichen Sohnes,
Bruders, Schwagers und Onkels
Otto Heinrich
sprechen wir allen Verwandten,
Freunden und Bekannten, ins-
besondere dem Gesangsverein
"Lieder" unseren tiefempfun-
denen Dank aus. 01/7
Im Namen der
trauernden Hinterbliebenen
Max Heinrich.

Bekanntem und Verwandten
zur Nachricht, daß am 30. Mai
Frau Hilme
Auguste Finke
geb. Blahert
an Herzleiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, 2 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Luisen-Kirchhofs,
Niedorf, Hermannstraße, aus statt.
Um stille Teilnahme ersucht
Konrad Möbius.

Dankagung.
Für die Beteiligung und die Kranz-
sendungen bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, sage ich dem Deutschen
Metallarbeiterverband, sowie dem
Wahlverein und der Lichtberger
Krankenkasse meinen herzlichsten Dank.
Wwe. Balzer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: **Verwaltungsstelle Berlin** Hauptbüro: **Sof III.**
Sof I. Amt Norden, Nr. 1239. **Charitéstraße 3.** Amt Norden, Nr. 1067
Montag, den 3. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale
des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:
Große Versammlung
der Metallarbeiter Berlins u. Umgegend.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Heinemann über: „Das Kon-
kurrenzrecht der Arbeiter.“ 2. Diskussion. 3. Branchenanliegenheiten
und Verschiedenes.
Kollegen! Zu Eintracht des überaus lehrreichen Vortrages ersuchen
wir um vollständiges Erscheinen!
Zu beachten ist, daß die Versammlung diesmal erst um
8 1/2 Uhr stattfindet.
Mitgliedsbuch legitimiert.
119/16 **Die Ortsverwaltung.**

Sommerpreise.

Gegr. **A. B. KOCH** Gegr. 1893.
Kohlen- und Brikett-Großhandlung
Hauptkontor: **Berlin O. 34, Petersburger Straße 1.**
Telephon: Amt Königsstadt, 3040 und 3096.
Lagerplatz 1: **O. 34, Rüdersdorfer Str. 71 (Küstriner Platz, alt. Ostb.).**
Lagerplatz 2: **O. 17, Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof)**
Preise für 10 Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:
pr. Ztr. pr. Ztr.
Vulkan-Salon-Briketts . . . 0.90 M. Krone Halbst. . . . 0.85 M.
Krone-Salon- . . . 0.95 M. Ilse, Kaiser u. Akw. Halbst. 0.90 M.
Ilse, Kaiser u. Akw. . . . 1.00 M. Anthracit Caudé 2.30 M.
Ein Zentner (enth. 110-120 Stück) **Holz** verkleinert **1.90 M.**
Bei Frankolieferung je nach Quantum per Ztr. 5-15 Pf. mehr.
Steinkohlen billigst. Koks zu Anstaltspreisen.
Bei größeren Abschüssen in Originalwaggons verlangen Sie
meine Spezialofferte.
Sonntags wieder von 8-10 Uhr geöffnet.
Neuheit: Vom 1. Juni cr. an findet die Anlieferung
der Briketts auf Wunsch in meinen patent-
amtlich geschützten verschließbaren, staubfreien
Kohlentransportkästen statt, welche den Konsumenten
leihweise überlassen werden. Bestellungen darauf werden
von allen besseren Kohlenhandlungen sowie durch meine Firma
direkt ausgeführt.

Orts-Krankenkasse
der Stellmacher.

Freitag, den 7. Juni 1912,
abends 8 1/2 Uhr, findet im **Rosen-
thaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12,**
eine **1922b**
Außerordentliche
General-Versammlung
statt. Tagesordnung:
1. Vortrag des Vorstandes auf Bei-
tragserhöhung.
2. Der Fall Wensky.
3. Neuwahl von zwei Vorstandsmit-
gliedern (Arbeitgeber).
4. Ersatzwahl eines Vorstandsmit-
gliedes (Arbeitnehmer).
5. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
R. Dieckert, Vorsitzender.

Vereine!
Mehrere Sonnabende und Sonntage
frei.
Ludwigs
Viktoriagarten, Treptow.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Gardinen
und
Teppiche
Erfolgreiche Bezugsquelle
Gardinenhaus
Bernhard
Schwarz
Häußl. 18 (dreizehn).

Monats-Garderobe!
Die besten Sommer- Paletots
und 4-500 getragene Anzüge für
Herren, Smoking-Anzüge, Frack-
anzüge, sowie von Kanallernen ge-
tragene, fast neue Sachen (a. Seide),
für jede Figur passend, in größter
Auswahl zu unübertroffen 87/7*
billigen Preisen.
1 Tr., deshalb billiger wie im Laden.
Wassortor-
Hirsch Kieferbaum, straße 12/13 I

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter
und verwandter Berufsgenossen

Zahlstelle **Berlin.**
Geschäftsstelle: **O. 54, Mulackstr. 10 I.** Fernsprecher: Amt Norden, 4518
Sonntag, den 2. Juni, nachmittags 2 Uhr,
in den „**Arminhallen**“, Kommandantenstr. 58/59 (gr. Saal):
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Vortrag des Koll. **Adam Guebner**, Sekretär-Schachmeister
des amerikanischen Brauereiarbeiterverbandes, über:
„**Die Organisation der Branereiarbeiter in Amerika.**“
2. Besprechung der Anträge zum diesjährigen Verbandstag. (Veröffentlichung
in Nr. 16 der Verbandzeitung.) 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Wir fordern unsere Mitglieder auf, zahlreich und pünktlich in dieser
Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Sommer noch **Pichelswerder,**
an der neuen **Beerstraße** beim **Alten Freund.**

WESTMANN
Mohrenstr. 37a
an Frankfurterstr. 115.



Für die Hälfte der
Saison-Preise
verkaufe ich zum Teil
Reisekostüme zu 12.- 20.- 29.-
Bastkostüme zu 36.- 52.- 68.-
Seidenmäntel zu 14.- 24.- 38.-
kurz und lang
Lodenkapes zu 6 1/2, 13 1/2, 18.-
Reisemäntel zu 7 1/2, 12 1/2, 19.-
bis zu den höchsten Preislagen!
Modelle in { **Kleidern**
 { **Kostümen** **85.-**
 { **Mänteln**
früher bis 300.- jetzt M.
Ein **Washkostüme 14.-**
früher bis 25.- jetzt nur M.
Alle Längen, alle Wollen!
Sonntags geöffnet
nur von 8-10 vorm.

Qualitäts =
= raucher
*** fordern ***
und rauchen
nur
Garbáty

Waldorf
Astoria
Cigarettes
Hockey 3 Pf.
Clío 5 Pf.
83/3*

Reste **Konfektion**
Damentuche schw. u. fbg. Fasson, in 3 M.
per Meter von 3 an
Kostümstoffe neueste engl. Muster 2 M.
per Meter von 2 an
Seidenplüsch Velours du Nord, 90 cm breit, per Mtr. 4 M.
Voile zu Kleidern 130 cm breit per Meter 2 M.
per Meter von 2 an
Samt und Seide usw. zu sehr billigen Preisen!
Paletots l. d. neuzeit. engl. Stoffen etc. in 14 M.
Kostüme in reichster Auswahl in 25 M.
engl. Stoffen u. Kammg.-v.
Kostüm - Röcke 450 in grosser Auswahl von 4 an
Staubmäntel zu sehr billigen Preisen!
C. PELZ **Kotibuser**
Strasse 5.

Ganz besonders billig

Ein Posten

Hemdentuch 39 Pf.

für Leib- und Bettwäsche... Meter

A. Jandorf & Co

Belle-Alliancestrasse Gr. Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Wurstwaren

| | | |
|-------------------------------------|-------|--------|
| Corvelat- od. Salamiwurst | Pfund | 1.25 |
| Schinkenwurst | Pfund | 1.25 |
| Teewurst | Pfund | 1.25 |
| Landbratwurst | Pfund | 1.25 |
| Rouladenwurst | Pfund | 1.10 |
| ff. Leberwurst | Pfund | 1.00 |
| Jagdwurst | Pfund | 98 Pf. |
| Mettwurst (nach Braunschweiger Art) | Pfund | 98 Pf. |
| Landleberwurst | Pfund | 85 Pf. |
| Rotwurst I | Pfund | 85 Pf. |
| Zwiebel- od. Rotwurst | Pfund | 55 Pf. |
| Nusschinken | Pfund | 1.25 |
| Schinkenspeck | Pfund | 1.10 |

Butter und Käse

| | | |
|-----------------------------|------------------|------------|
| Feinste Tafelbutter | in Paketen Pfund | 1.30 |
| Allerfeinste Molkereibutter | in Paketen Pfund | 1.35 |
| Emmentaler Käse | Pfund | 1.15 |
| Schweizer Käse | Pfund | 88 Pf. |
| Tilsiter Käse | Pfund | 58, 80 Pf. |
| Limburger Käse | Pfund | 55 Pf. |
| Brie-Käse | Pfund | 55 Pf. |
| Romatour-Käse | Stück | 29 Pf. |
| Faust- od. Spitzkäse | 3 Stück | 25 Pf. |
| Harzer Käse | 4 Stück | 10 Pf. |

Lebensmittel

Die mit * bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen Soweit Vorrat

* Frisches Fleisch

| | | | | | |
|---------------|-----------------|--------|---------------------------|-----------------|--------|
| Schinken | im Ganzen Pfund | 80 Pf. | Dünnung | Pfund | 70 Pf. |
| Schulterblatt | Pfund | 80 Pf. | Kalbskeule | im Ganzen Pfund | 95 Pf. |
| Bauch | Pfund | 70 Pf. | Kalbsbrust od. -Kamm | Pfund | 85 Pf. |
| Spitzbeine | Pfund | 15 Pf. | Schmorfleisch mit Knochen | Pfund | 95 Pf. |
| Hammelkeule | im Ganzen Pfund | 90 Pf. | Kamm oder Fehlrippe | Pfund | 85 Pf. |
| Dicke Rippe | Pfund | 85 Pf. | Brust oder Querrippe | Pfund | 80 Pf. |

* Obst u. Gemüse

| | | | | | |
|----------------|--------|------------|-------------------|---------|------------|
| Erdbeeren | Pfund | 70 Pf. | Kartoffeln (neue) | Pfund | 10 Pf. |
| Austral-Aepfel | Pfund | 38, 50 Pf. | Waldmeister | 3 Bund | 10 Pf. |
| Gurken | Stück | 20, 25 Pf. | Junge Mohrrüben | Bund | 18 Pf. |
| Rhabarber | 3 Bund | 10 Pf. | Kohlrabi | Mandel | 30 Pf. |
| Salat | 4 Kopf | 10 Pf. | Stachelbeeren | Pfund | 28 Pf. |
| Radieschen | 5 Bund | 10 Pf. | Grüne Bohnen | Pfund | 28 Pf. |
| Spinat | Pfund | 5 Pf. | Zitronen | Dutzend | 28, 35 Pf. |

Spargel ... Pfund **30, 50, 70** Pf.

Kolonialwaren

| | | |
|------------------------|-----------------------------------|----------------|
| Kaffee | Pfund | 1.30, 1.40 |
| Kakao deutscher | Pfund | 75, 95 Pf. |
| Kakao holländischer | Pfund | 1.35 |
| Victoria-Erbse | Pfund | 20 Pf. |
| Erbse geschält | Pfund | 24 Pf. |
| Erbse halbe | Pfund | 21 Pf. |
| Bohnen weiss | Pfund | 22, 25 Pf. |
| Linse | Pfund | 20, 25, 28 Pf. |
| Reis | Pfund | 20, 25, 30 Pf. |
| Gries | Pfund | 22, 25 Pf. |
| Pudding-Pulver | in verschiedenen Geschmäck 5 Pack | 28 Pf. |
| Himbeer- u. Kirschsaff | 1/2 l. 1.15, 1/4 l. | 65 Pf. |

Räucherwaren

| | | |
|---------------------|------------------|------------|
| Lachs in Stücken | Pfund | 75, 95 Pf. |
| Lachs (geschnitten) | 1/4 Pfund | 30 Pf. |
| Aale geräuchert | Pfund | 1.20 |
| Aale geräuchert | Bund | 45 Pf. |
| Bücklinge | 5 Stück | 18 Pf. |
| Flundern | Stück | 7, 10 Pf. |
| Sprotten | Pfund | 65 Pf. |
| Sardellen | ca. 1 Pfund-Dose | 63 Pf. |
| Lachsheringe | 2 Stück | 15 Pf. |
| Rollmöpse | 5 Stück | 18 Pf. |

*Kassler ... Pfund **88** Pf.

*Hühner ... Stück **2.25, 2.50**

*Enten ... Stück **2.25, 2.75**

*Tauben ... Stück **50, 70** Pf.

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Ein grosser Posten

Damen-Hüte

neue Formen und Farben in verschiedenen Geflechten ... Zum Aussuchen Stück

95 Pf.

Verkaufsstelle für Abonnementsmarken der Grossen Berliner Strassenbahn und der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft

Der **Grosse Glogau** **73**

Alte Jakobstr. Ecke Dresdener Str.

Auf Kredit

mit Raten von **1** M. an

Einzelne Möbel

Tische, Stühle, Kleider-Schränke, Büfette, Vertikos, Wasch-Toiletten, Sofas, Nachttische

Anz. **3** M. an

Einzelne Zimmer

enthalt. 1 Bett, 1 Schrank, 1 Tisch, 2 Stühle

Anz. **8** M. an

Damen-

Blusen Anz. v. **2** M.
Röcke Anz. v. **3** M.
Paletots Anz. v. **5** M.
Ulster Anz. v. **6** M.
Kostüme Anz. v. **8** M.
Kleider Anz. v. **10** M.
nur schicke elegante Neuheiten

Herren- und Knaben-Anzüge

Preis **15** Anz. **8** M.
Preis **25** Anz. **5** M.
Preis **35** Anz. **8** M.
Preis **42** Anz. **10** M.
Eleg. Ulster ein- und zweifach
Ohne Anzahlung für alle Kunden und Kunden anderer Geschäfte.



Staatspreise



Goldene Medaillen

Carl Zobel



Ehrenpreise

Köpenicker Str. 121 (Eckhaus)

Berlin SO. 16.

Michaelkirchstr. 9-10 (Eckhaus)

Beste Herren- und Knaben-Moden

Vollendete Paßform und Ausführung

fertig und nach Maß.

Vollendete Paßform und Ausführung

Für Maß-Anfertigung stets die reichhaltigste Auswahl der neuesten Stoffe des In- und Auslands.

Ankleide-Zimmer in allen Abteilungen. Werkstätten im Hause.

Der neue Katalog gratis und franko.

Der gute Ruf meiner Firma bürgt für gewissenhafte Bedienung. Sehr billige aber feste Preise. Besichtigung meiner Läger ohne Kaufzwang

9 Schaufenster

9 Schaufenster

Anzüge, Ulster, Paletots, alle Größen vorrätig, von 18.00 Mark an.

Partei-Angelegenheiten.

Friedrichshagen, Sonntag, den 2. Juni: Familienpartei nach Kadenstein. Treffpunkt nachmittags 8 Uhr, am Eingang zum Kurpark.

Berliner Nachrichten.

Eine Quelle für Statistiker.

Das Statistische Amt der Stadt Berlin bringt in seinen Veröffentlichungen auch mancherlei Zahlen aus den verschiedenen Zweigen der Berliner Stadtverwaltung. Dabei ist es angewiesen auf die Mitarbeit der Bureau unserer Stadtverwaltung, da von ihnen das zu veröffentlichende Zahlenmaterial dem Amt geliefert werden muß.

Wie nötig solche Vorsicht ist, das können wir seit längerer Zeit an den vom Statistischen Amt herausgegebenen Monatsberichten beobachten. In dem Zahlenmaterial dieser Berichte findet sich unter anderem eine allmonatlich wiederkehrende Zusammenstellung über die Fürsorgezöglinge, über Zugang, Abgang, Bestand, Geschlecht, Unterbringung.

In vier von den zwölf Monaten des Etatsjahres 1911/12 (April 1911 bis März 1912) ist das aus Zu- und Abgang sich ergebende Plus oder Minus nicht in Einklang zu bringen mit den Angaben über die Bestandsziffer. Dabei scheint es sich nicht um Druckfehler, sondern um Rechenfehler zu handeln. Die Tabellen weisen für die zwölf Monate nach einen Zugang von 41, 72, 50, 53, 39, 29, 76, 46, 74, 62, 74, 95, zusammen 711 Fürsorgezöglingen, einen Abgang von 30, 50, 56, 38, 51, 35, 54, 52, 47, 63, 43, 44, zusammen 563 Fürsorgezöglingen (einschl. Zwangszöglingen).

Richtig wird aber wohl das sein, daß der Zuwachs wieder recht beträchtlich gewesen ist. Von besonderem Interesse ist der Neuzugang. Die Jahresberichte der Wasserverwaltung geben an, daß in den Etatsjahren 1908/09 und 1909/10 neu 584 und 583 Fürsorgezöglinge aufgenommen worden waren, im Etatsjahr 1910/11 aber die Zahl der Neuaufnahmen sich auf 675 stellte.

Große Aufregung gab es an den letzten Tagen wieder einmal unter den Patienten der Heilstätte Veelitz. Die Ursache war eine neue Verordnung über den Besuch der Pfleglinge, die ebenso wie die zurückgezogene, in voriger Woche von uns mitgeteilte, die Entrüstung der Pfleglinge hervorruft.

In den Männerabteilungen wird außer den Ehefrauen und Müttern der Patienten nur männlicher Besuch, in den Frauenabteilungen außer den Ehefrauen und Vätern der Patientinnen nur weiblicher Besuch zugelassen.

Die Verordnung ist nun wie folgt modifiziert worden: Es wird darauf hingewiesen, daß unter der Bezeichnung „Vater“ und „Mutter“ selbstverständlich auch Großeltern und Schwiegereltern fallen.

Den Eltern ist der Besuch seitens ihrer Kinder ohne Beschränkung auf das Alter gestattet.

Den ärztlichen Direktoren ist es erlaubt — aus besonderen Anlässen nach vorherigem Antrag durch die Patienten — auch anderweitig Besuch zu gestatten — soweit es sich dabei um ältere Verwandte handelt.

Die Verordnung vom 14. Mai bleibt dagegen bestehen, sofern es sich um den Besuch männlicher Personen auf der Frauenseite und weiblicher Personen auf der Männerseite handelt, die in keinem verwandtschaftlichen Verhältnis zu einander stehen.

Diese Verordnung soll am Sonntag nach Pfingsten in Kraft treten.

Heilstätte Veelitz, den 28. Mai 1912.

Dr. Marquardt, Ärztlicher Direktor.

Nach dieser „Modifizierung“ der alten Verordnung wird auch den Groß- und Schwiegereltern der Besuch erlaubt, ferner die Altersbeschränkung bei den Kindern der Pfleglinge aufgehoben, den Bräuten und Bräutigams dagegen der Besuch nach wie vor untersagt.

Von den Pfleglingen wurde diese modifizierte Verordnung als eine schwere Beleidigung aufgefaßt. Sie sehen in den neuen Be-

stimmungen eine Herabsetzung, als ließen sich alle Patienten in der Anstalt Ungehörigkeiten zuschulden kommen, und es kam soweit, daß zahlreiche Patienten die Annahme von Nahrung verweigerten, um gegen die Verordnung zu demonstrieren.

Am Donnerstag begaben sich vom Vorstand der Landesversicherung der Heilstätte Veelitz der stellvertretende Vorsitzende Herr Sträter und von den Arbeitnehmern Eugen Simanowski nach Veelitz. Der stellvertretende Vorsitzende nahm die Wünsche und Ansichten der Patienten entgegen und versprach, dieselben dem Vorstande mitzuteilen zu wollen. Eine Beleidigung der Patienten solle nicht ausgesprochen werden. Es hätten sich aber Vorfälle ereignet, deren Wiederholung vorgebeugt werden sollte.

Wir meinen, daß in einer Anstalt mit über tausend Patienten es nicht ganz zu vermeiden sein wird, daß Ungehörigkeiten vorkommen. Dazu sind die Patienten viel zu verschieden. Die Verwaltung hat aber doch heute schon hiergegen Mittel in der Hand, als daß es immer neuer Verordnungen bedürfte, die doch nur fortgesetzte Erregungen und Aufregungen hervorrufen.

Es müßte unseres Erachtens von beiden Seiten — von der Anstaltsleitung sowohl wie von den Patienten — bedacht werden, daß die Anstalten zur Erholung und zur Kräftigung der kranken Arbeiter da sind und daß dieses Ziel nur durch gegenseitiges Vertrauen und Entgegenkommen gefördert werden kann.

Die Gültigkeit der Berliner Polizeiverordnung über das Tragen von Revolvern usw., die ein solches von Besitze eines Wessenscheines abhängig macht, nimmt das Kammergericht an. Es verwarf die Revision des Angeklagten Bär, der sich gegen die Verordnung vergeblich wehrte.

Die Errichtung einer unterirdischen Bedürfnisanstalt auf dem Reichsplatz ist vom Magistrat zu Charlottenburg in Aussicht genommen worden. Es hat sich gezeigt, daß bei der später beabsichtigten künstlerischen Ausgestaltung dieses Platzes zu einem monumentalen Architekturwerk eine oberirdische Bedürfnisanstalt östlich nicht schon wirken würde, deshalb würde vorgeschlagen, die Einrichtung unter der Erde zur Ausführung zu bringen.

Aus den unfreiwilligen, drei Monate und eine Woche währenden Ferien in der Tegeler Strafanstalt zurückgekehrt ist am gestrigen Tage das Mitglied unserer Redaktion, Genosse V a r t h. Zu diesem Aufenthalt wurde V a r t h gezwungen, weil er die preussische Eisenbahnverwaltung, einen Schmiedemeister und einen Sergeanten beleidigt haben sollte. Er erhielt dafür im ersten Falle einen Monat, im zweiten zwei Monate und im dritten 14 Tage Gefängnis.

Die verwechselten Leichen. Ein peinlicher Vorfall hat sich in der Charité abgespielt. Dort war am Mittwochmorgen der 41-jährige Kriminalschuttmann Chmura aus der Turmstraße in Moabit an den Folgen eines Darmleidens gestorben. Frau Chmura wurde ordnungsgemäß von dem Tode ihres Mannes verständigt. Sie machte darauf bei einem Beerdigungsinstitut die notwendigen Einkäufe für die Bestattung des Toten. Auf ihren persönlichen Wunsch sollte die Leiche von der Charité nach der Wohnung in Moabit gebracht werden. Am Mittwochabend traf der Leichenwagen in der Turmstraße ein und die Träger brachten den Sarg in die Wohnung der Witwe.

Wegen einer schematischen Reglementierung des Postdienstbetriebes wendet sich eine längere amtliche Ausführung über die Rückgabe unzureichend frankierter Briefsendungen. Von den Handelsvertretungen und sonst ist wiederholt von der Reichspostverwaltung eine allgemeine Anordnung verlangt worden, daß derartige Sendungen dem Absender zur Rückfrankierung zurückgegeben werden.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich gestern in dem benachbarten Hennigsdorfer zugetragen. Der Kutsher Bauer, der Bretter und Balken nach einem Neubau in der Reudendorfer Straße führen sollte, gestattete mehreren Anaben, auf dem hoch beladenen Wagen Platz zu nehmen. Unterwegs brach plötzlich die Nabe eines Hinterrades und die Ladung geriet ins Rollen. Die Anaben stürzten herab und wurden zum Teil von den Brettern und Balken begraben.

Von seinem eigenen Fuhrwerk überfahren und getötet wurde gestern früh der 41-jährige Kutsher Eduard Winkelmann, der bei der Königl. Postexpedition von Gustav Anauer in der Widmannstraße 5 beschäftigt war. Gestern früh gegen 8 Uhr fand ein Laternenanzünder den Mann mit schweren Verletzungen tot auf dem

Fußboden des Gartens, in nächster Nähe der Frelarandenbrücke, daliegen. Etwas weiter entfernt stand sein Fuhrwerk. Allen Umständen nach ist der Kutsher auf dem Bod eingeklappt, vom Wagen gefallen und von seinem eigenen Fuhrwerk überfahren worden. Die Leiche des Mannes wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhausbegraben.

Aus dem Teltowkanal wurde gestern morgen die Leiche eines ungefähr 40 Jahre alten Mannes gelandet, der keinerlei Anhaltspunkte zur Feststellung seiner Persönlichkeit bei sich trug. Der tote, der nach der Leichenhalle des Friedhofs zu Brity gebracht wurde, ist ungefähr 1,63 bis 1,70 Meter groß und beseitigt, hat dunkelblondes Haar, etwas Glatze, einen starken langen, blonden Schnurrbart und graue Augen. Bekleidet war er mit einer braun und schwarz gestreiften Hose und Weste, weißem Hemd und schwarzen Schnallenstiefeln. Sein Jackett hat er wohl, bevor er ins Wasser ging, ausgezogen und am Ufer hingelegt.

Nicht festgestellt werden konnte die Persönlichkeit eines ungefähr 40 Jahre alten Mannes, dessen Leiche gestern aus dem Luisenstädtischen Schiffskanal gelandet wurde. Der tote, der seiner Kleidung nach dem Arbeiterstande angehört zu haben scheint, ist 1,78 Meter groß, hat dunkles Haar und Schnurrbart und trug einen grün gestreiften Jackettanzug, ein graurot gestreiftes Hemd, graue Unterhosen, graue Strümpfe, ein blaues Vorhemd und schwarze Schnallstiefel. Die Leiche wurde nach dem Schauhausbegraben.

Im Wissenschaftlichen Theater der Urania gelangt am Sonntag der Vortrag „Die Jüdel Rügen“ noch einmal zur Darstellung. Am Montag und Dienstag wird der Vortrag „In den Dolomiten“, am Mittwoch der Vortrag „Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen“, am Donnerstag der Vortrag „Durch Dänemark und Südschweden“ gehalten, während am Freitag der Vortrag „Von Meran zum Driller“ wiederholt wird.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Morgen, Sonntag, den 2. Juni, findet von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends die Stadtverordnetenwahl für den 10. Bezirk der dritten Abteilung V a t t. Gesamlich ist der Genosse Schuch zweimal gewählt, in der zweiten und in der dritten Abteilung. Schuch hat die Wahl für die zweite Abteilung angenommen und infolge dessen findet morgen die Ersatzwahl statt. Da die Wahl wieder auf einen Sonntag gelegt ist, so ist es den Wählern leicht gemacht, ihr Wahlrecht auszuüben. Wir erlauben unsere Parteigenossen, intensiv dafür tätig zu sein, daß jeder Wähler von seinem Wahlrecht Gebrauch macht, damit der sozialdemokratische Kandidat mit einer möglichst großen Stimmenzahl gewählt wird. Die Wähler mögen sich mit Legitimation versehen.

Der 10. Bezirk umfaßt Gärtnerstraße, Herzbergstraße, Hohenjollerplatz, Kirchstraße, Kirchhofstr. 1-9 und 35-50, Richardplatz, Richardstr. 26-58 und 64-67, Schönefelder Straße.

Das Wahllokal befindet sich bei Johann Cenzl, Kaiser-Friedrich-Straße 88, Ecke Dreptower Str. 97/98.

Kandidat der sozialdemokratischen Partei ist der Eigentümer Ernst R ö h l, Schillerpromenade 27.

In der letzten Nummer des „Freien Volk“ setzt Herr K o f f seine „Lehrreiche Wahlgeschichte“ weiter fort. Insbesondere beschäftigt er sich mit der Frage, ob die Sozialdemokratie die Demokratie um Unterstützung beim Wahlrechtbrau angegangen ist. Er schildert dort Vorgänge, die von unseren beteiligten Parteigenossen ganz anders dargestellt werden, als Herr K o f f das mitteilt. Ganz schärfere Darstellungen gibt dann der Herr noch von den Wahlrechtprojekten. So behauptet er, daß der Vizepräsident ein Aufstich war, weil er die auf Grund der Wählerliste von 1909 vorgenommenen Wahlen nicht ebenfalls angefochten habe. Der Herr weiß anscheinend gar nicht, daß die ordnungsmäßigen Stadtverordnetenwahlen auf Grund der Wählerlisten von 1908 und zwei Jahre später von 1910 — nicht aber 1909 — stattgefunden haben; ein ebenso „großer Irrtum“ ist, daß die Demokraten die Wite von 1910 angefochten haben. In den gerichtlichen Akten, die wir darüber erhalten haben, ist von einer demokratischen Klage nichts zu merken. Die ganze Taktik des Herrn K o f f scheint darauf hinauszugehen, durch allerlei Redensarten die überaus schamhafte Haltung der Demokraten zu demänteln. Darauf werden wir uns in Zukunft nicht mehr einlassen. Fest steht soviel, daß die Demokraten durch die Taktik der Sozialdemokratie verärgert waren, und die Führer der Demokratie durch diese Vorgänge sich veranlaßt gesehen haben, die Grundsätze der Demokratie mit Füßen zu treten. Daran werden auch die weiteren Fortsetzungen, die Herr K o f f über „Lehrreiche Wahlgeschichten“ schreiben wird, nichts ändern, und mit dieser Behre ist die ganze Angelegenheit für uns erledigt und Herr K o f f abgetan.

Lichtenberg.

In der Stadtverordnetenversammlung am letzten Donnerstag lag den Stadtverordneten der Bericht über das Ergebnis einer Eingabe des Magistrats an die Eisenbahndirektion vor. Der Magistrat hatte gegen die Einstellung des Stadt-Ringbahnverkehrs und ihren Ersatz durch Vollringzüge eine Reihe Bedenken geltend gemacht. Die Eisenbahndirektion erwiderte, daß die Veränderung nur für die Sonntage im Sommer geplant sei, um durch vermehrte Einlegung von Vorortzügen den wachsenden Ausflugsverkehr bewältigen zu können. An Wertungen bleibe der Ringbahnverkehr in der alten Weise bestehen. Oberbürgermeister Rietzen gab der Heberzeugung Ausdruck, daß die Eisenbahnverwaltung nur gegen den Osten so rigoros vorgehe. Den Bewohnern der westlichen Vororte würde man die Zumutung eines Umsteigerverkehrs, wie er infolge der Reform bei dem Verkehr nach Berlin für Lichtenberg und andere Vororte in Rummelsburg nötig sei, sicher nicht stellen. Weiter wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß man nachher die Einrichtung zu einer dauernden machen und auch die Verträge in die eigenartige Verkehrsreform einbezogen werde. Ein anderer Redner hob hervor, daß die Einstellung des Nordringes eine Benützung der Stadtbahn für den Verkehr nach Berlin einfach unmöglich mache, denn daß jemand in Rummelsburg in den aus den Vororten einfließenden Zügen ein Plätzchen finde, sei gänzlich ausgeschlossen. Das Einziehen des Nord- und Südringverkehrs auf der Stadtbahn bedeutet eine gewaltsame Abziehung der Fahrgäste an die Straßenbahn. Einem Erlauchen gemäß soll der Magistrat in einer neuen Eingabe für die Wiederaufnahme des Nordringverkehrs eintreten. Nachdem beschäftigt die Sitzung dann die Vorlage betreffs Austausch eines Grundstücks mit der Krankenhauseinrichtung, die schon in voriger Sitzung unendlich lange Debatten veranlaßte. Auch jetzt wieder verliert die Gruppe Schachtel - Kott die Annahme der Vorlage zu verhindern. Ihre Annahme erfolgte mit 30 gegen 27 Stimmen. Als Armenkommissar für den 16. Bezirk amtiert Ledet Särder, Scharnweberstr. 64, weiter; er hatte zunächst eine Wiederwahl abgelehnt, dann aber doch erneut zugefagt. — Im Einklange mit dem vom Magistrat gemachten Vorschläge akzeptierte die Versammlung den Stadtrat Dr. Raregk als Vorsitzenden des Gemeinderichtes. Die beiden Herren Bürgermeister verzichteten wegen Überlastung auf die Wiederwahl als Vorsitzende. Eine interessante Auseinandersetzung schloß sich an die Position der städtischen Arbeiter betreffend Regelung der Arbeitsverhältnisse. Geordert werden: neunständige Arbeitszeit, Minimallohn von 4,25 M., steigend bis auf 4,50 M. nach einjähriger Dienstzeit, 26 resp. 50 Proz.

Lohnausgleich für Arbeiter resp. Sonntags- oder Nachtarbeit. Erweiterung des Sommerurlaubes auf 7 resp. 14 Tage nach 1 resp. 5jähriger Dienstzeit. Bezahlung der Differenz zwischen Lohn- und Krankengeld für 26 Wochen, Einrichtung eines gemeinsamen Arbeiters-Ausschusses für alle Betriebe außer den häuslichen Betrieben und Erlass einer allgemeinen Arbeitsordnung. Der Petitionsausschuss war den Anträgen in der Hauptsache beigetreten. Wie eine Reihe anderer Petitionen so wurde auch diese bis nach der Eingemeindung zurückgestellt. Nun beantragt die Gruppe Schachtel-Rott Ueberweisung an den Magistrat zur Erwägung und event. Berücksichtigung. Genosse Dr. H. I. protestierte dagegen, gab in einem Rückblick auf die Geschichte dieser Forderung der Arbeiter und das reizende Spiel mit den Steuerzuschlägen usw. einen einwandfreien Nachweis für die absolute Berechtigung der Forderungen und ihrer sofortigen Anerkennung. Genosse Grauer ergänzte die Darlegungen und wies nach, daß sie als übermäßig beidermaßen angesehen werden müßten. Er hätte zu einer solchen Bescheidenheit seine Zustimmung nicht gegeben. Die Herren Kallischer und Wige wollten etwas entgegenkommen und beantragten Ueberweisung zur Berücksichtigung. Nachmals wandten sich unsere Genossen gegen die Verschleppungstaktik. D. H. I. bemerkte, das Verfahren verstohe objektiv wider Treu und Glauben und beschloß die Versammlung mit einem Male; die Erledigung sei zugesagt und die Berücksichtigung der Forderungen allerseits anerkannt worden. Unsere Genossen beantragten Zustimmung zur Petition event. Annahme der Anträge des Petitionsausschusses. Kammerbegegnungen der bürgerlichen Herren sich zu einem Antrage, der den Magistrat verpflichten soll, die Petition zu berücksichtigen und in der nächsten Versammlung eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. In der nämlichen Abstimmung erfolgte Ablehnung unseres Antrages mit 28 gegen 25 respektive 24 gegen 23 Stimmen. Daraufhin fand der letzte Antrag der Bürgerlichen einstimmige Annahme. Unsere Genossen haben die Bürgerlichen zu ihrem Entgegenkommen gezwungen. Die weiteren Petitionen, die den Petitionsausschuss noch nicht beschäftigt hatten, wurden dem Magistrat übergeben. Die Petitionen betreffen Erhöhung der Ortszulagen für die Lehrer, Gehaltsaufbesserung der mittleren Beamten, der Konzipisten und der Unterbeamten. Unsere Genossen forderten, daß auch die übrigen nicht erledigten Angelegenheiten und die nicht auf die Tagesordnung gebrachte Petition der Lehrerinnen mit berücksichtigt werden sollten. Ferner sollten die Mehrforderungen mit rückwirkender Kraft ab 1. April Geltung bekommen. In diesem Sinne stimmten unsere Genossen dem Antrag auf Ueberweisung zu. Dasselbe geschah mit einer Petition des Landesvereins Preussischer Lehrerinnen betreffend Fortbildungunterricht für Handlungsgeschäftsmänner und gewerbliche Arbeiterinnen. Die schon an dieser Stelle erwähnte Vorlage, die eine nochmalige Zustimmung zum Etat verlangt, brachte eine Kontroverse zwischen dem Genossen Grauer und Herrn Schachtel über die Frage, ob der Etat bereits gefestigt sei oder nicht. Grauer beantragte, aus dem Ueberblicken der Werke 100 000 M. mehr in Einkommen der Gemeindefosse einzustellen. Der Betrag solle zur Deduktion der Unkosten dienen, die sich aus der Zustimmung zu den Petitionen ergeben. Diesen Antrag lehnten die Bürgerlichen ab. Ein zunächst von Grauer erhobener Widerspruch gegen die zweite Lesung wurde nicht aufrecht erhalten, weil Beschränkungen in bezug auf das Recht der Steuererhebung in der Zwischenzeit laut wurden. So konnten denn endlich die Bürgerlichen den Etat ordnungsmäßig unter Dach und Fach bringen. Eine endlose Debatte zeigte dann noch eine die Verletzung der Bürgerliche in der Ulmenhallstraße betreffende Vorlage. Die Interessenten gerieten sich in die Wölle; unsere Genossen ergötzen sich an dem reizenden Schauspiel passiv. Es ermittelte die Peten so sehr, daß sie gegen 1/10 Uhr die Beratung beantragten und beschloßen. 11 Punkte der Tagesordnung blieben unerledigt!

Zichtenau. Mit einem neuen Trick arbeitet ein Schwindler, der die Abwesenheit der Ehegatten benützt, um Gelegenheiten zu Diebstählen usw. zu suchen. Vorgestern erschien in der Wohnung eines Einwohners ein älterer mit einer Klemmappe versehener Mann in Zivilkleidung. Stellte sich als Beamter der Landesversicherungsanstalt vor und verlangte die Vorlegung der Quittungskarten zur Kontrolle. Da die Ehefrau zufällig nicht anwesend war, sondern nur ein Sommergast, mußte der „Beamte“ unverrichteter Dinge wieder abziehen, erklärte aber, wiederkommen zu werden. Was natürlich nicht geschah. Da die Landesversicherungsanstalt nur die Kontrolle der Quittungskarten bei dem Arbeitgeber — nicht in der Privatwohnung des Arbeiters — und zwar durch uniformierte Beamte ausüben lassen, ist schon von vornherein das Vorliegen eines Schwindels zu erkennen.

Weißensee. Der hiesige Arbeiter-Schwimmklub „Neptun“ beginnt seine diesjährige Schwimm Saison am Sonntag, den 2. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, mit einem Propaganda-Schwimmwetten und Springen in der neuerrichteten Seebad-Anstalt bei freiem Eintritt. In der Abteilung für Frauen und Mädchen ist den Frauen und Mädchen der arbeitenden Klasse Gelegenheit gegeben, sich an einer der Gesundheit des Körpers dienenden Leibesübung zu betätigen. Auskunft erteilt H. Fenschel, Weißensee, Mühlstr. 12.

Bergfelde. In der letzten Gemeindevorstellung wurde zunächst einem Nachtrag zur Ordnung betr. die Aufbringung der direkten Gemeindesteuern in der Landgemeinde Bergfelde zugestimmt. Ein Tiefbrunnen auf dem neuen Schulhausgrundstück in der Bödenstraße soll vorläufig noch nicht angelegt werden. — Darauf kam wieder die Straßenpflasterungsangelegenheit zur Förderung. Der Vorsteher, Gemeindevorsteher Jäger, teilte hierzu mit, daß, wenn sämtliche pflasterungsbedürftigen Straßen gepflastert würden, 50 000 M. geliehen werden müßten, was eine Erhöhung der Kommunalsteuern um 10 Proz. und der Realsteuern um 15 Proz. zur Folge hätte. Beschlossen wurde, die Pflasterung der Garten- und Lindenstraße noch in diesem Jahre für die Summe von rund 14 000 M. vorzunehmen zu lassen. — Zwecks Schaffung einer Anlage am Straßenpflanz wurden noch ergänzende Beschlüsse gefaßt; die Anpflanzungen soll der Verschönerungsverein, der nebenbei bemerkt überhaupt nichts von sich hören läßt, vornehmen. Später soll auch ein Promenadenweg angelegt werden. — Der Antrag, betr. Erlass einer Geschäftsordnung für die Gemeindevorstellung verfiel der Ablehnung.

Wahllocher an der Dübahn. Ueber Gemeindepolitik referierte in einer am Donnerstag, den 30. Mai, stattgehabten öffentlichen Versammlung Genosse Stadt. Dupon. In klarer, verständlicher Weise führte er den Anwesenden die Aufgaben vor Augen, welche die Sozialdemokratie in der Gemeinde zu erfüllen hat. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, immer und energisch für ein weiteres Vordringen der Sozialdemokratie auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu wirken, schloß der Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen A. Schmidt, Ludwig und Käning. Zum Schluß forderte der Genosse Wiedemann als Vorsitzender noch auf, bei der am kommenden Sonntag stattfindenden Gemeindevorsteherwahl alles aufzubieten, um unserem Kandidaten, Genossen Ludwig zum Siege zu verhelfen.

Arbeiter-Samariter-Bund (Kreis Brandenburg). Lehrend haben in dieser Woche: Neudöan am Freitag, Bechestr. 8 (Ideal-Passage), abends 8 1/2 Uhr; Spandau am Mittwoch bei Bechestr. 8 (Ideal-Passage), abends 8 1/2 Uhr; Kowatsch am Freitag in der Fortbildungsschule abends 8 Uhr; Mariendorf am Montag bei Löwenhagen, Bechestr. 27, abends 8 1/2 Uhr; Schöneberg am Montag, Siemensstraße 12, abends 8 1/2 Uhr; Friedberg am Donnerstag, Friedrichstr. 20, 2. Hof, abends 8 1/2 Uhr.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 2. Juni, vormittags 9 Uhr, Bappel-Allee 16/17, und Nighof, „Ideal-Passage“; freireligiöse Versammlung, vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6; Vortrag von Herrn Dr. G. Hafer: „Neuschöpfung — Erlösung“. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Aus aller Welt.

Unrentable Silbergruben.

Nachdem mit dem Sinken des Silberpreises der Bergbau immer unrentabler geworden ist, soll nunmehr der Abbau auf Silber im Freiburger Gebiet mit 1913 endgültig eingestellt werden. Der Freiburger Bergbau besteht seit dem 12. Jahrhundert und hat in den mehr als 700 Jahren seines Bestehens nach Berechnung der sächsischen Regierung rund fünf Millionen Kilogramm Silber im Werte von fast einer Milliarde Mark geliefert, wozu noch der Ertrag der dort geförderten bedeutenden Mengen an Zink, Arsen, Schwefel, Blei usw. kommt. 1884 zählte man noch 60 Gruben, die sich im Besitze des Staates, von Gewerkschaften und Privaten befanden; von den letzteren gingen 1886 die meisten in Staatsbesitz über. Schon 1902 waren nur noch 30 Gruben in Betrieb, von denen die bedeutendsten, „Himmelsfahrt“ und „Himmelsfürst“, mit zusammen 2300 Bergleuten 12 000 Kilogramm Silber und 17 000 Doppelzentner Blei lieferten; im selben Jahre verhielten die dortigen sächsischen Plutonen und Halden-Schmelzhütten noch 947 Kilogramm Gold, 91 716 Kilogramm Silber im Werte von 9,2 Millionen Mark und für im ganzen 2 Millionen Mark Wismut, Nickel, Zink, Arsenik usw. Trotzdem begann seit 1903 eine allmähliche, jährlich erhöhte Stilllegung der Gruben, die 1913 vollständig durchgeführt sein wird. Dann wird auch der erst 1874 bis 1877 mit einem Kostenaufwand von 12 Millionen Mark hergestellte Rotschänderger Stollen überflüssig, der den großartigsten der fast 100 Kilometer langen Roterstollen darstellt, durch die die unterirdischen Wasser ihren Abfluß finden. Die wichtigsten Bergbaufreiheiten verließ schon um 1175 Markgraf Otto der Reiche von Meißen; seine Nachfolger vertrieben sie beträchtlich. Die am 13. November 1765 errichtete Bergakademie mit ihren vorzüglichen mineralogischen, geognostischen und Modellkammern wird übrigens bestehen bleiben. Mit dem Eingehen des Freiburger Bergbaues ist der zweite deutsche Silberabbau fallengelassen, denn der Silberbergbau im Oberharz hat schon 1910 sein Ende gefunden.

Nicht zu spät schießen!

Der Erlass des Herrn v. Jagow an die Schützmannschaft, bei vermeintlicher Gefahr nicht zu spät von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, hat bei der Pariser Polizei verständnisvolle Billigung und Anwendung gefunden. Am Mittwoch früh wollte ein Pariser Geheimschutzmännchen Watski eine Frau verhaften, als sich ein unbekannter Mann ins Mittel legte und Vortel für die Frau ergriff. Der Schützmann, in dem Glauben, es mit einem Kpachen zu tun zu haben, schoß fünfmal hintereinander auf den Mann und stredte ihn tot zu Boden. Durch die Schüsse angelockt, stellte sich nun aufscheinend ein Reuzierler ein, auf den der Geheimschutzmännchen ohne weiteres ebenfalls schoß, wobei er auch ihn tötete. Die beiden Leichen wurden zunächst nach dem nächsten Polizeiposten geschafft, wo man die Identität des einen der Getöteten feststellte; es war der Polizeinspektor Montel, der infolge eines Mißverständnisses vom Schützmann Watski niedergeschossen worden war. Die sonst beliebte Ausrede, daß der Schützmann sich durch den Polizeinspektor bedroht sah, wird diesmal wohl nicht durchschlagen. Und so wird der bedauerliche Doppelmord hoffentlich die gute Wirkung haben, daß in Zukunft die Polizeibeamten etwas weniger vorzeitig zur Schußwaffe greifen. Ob Herr v. Jagow aus diesem Vorkommnis die einzig richtige Schlussfolgerung zieht und den Schieß-erlass zurückzieht?

Kinder fauft, der Wirt braucht leere Häffer!

Diesen drastischen Ausspruch hat sich offenbar die Gast- und Schankwirtschaft zu Reichenbach i. B. zu ihrem Wahlpruch erkoren. Im „Reichenbacher Tageblatt“ erklärt die genannte Korporation den folgenden Ausruf:

Einwohner Reichenbachs! Die häufigen Klagen über mangelhaften Verkehr und Umsatz seitens unserer Kollegen sind wohl kaum je berechtigter gewesen, als gerade jetzt in einer Zeit, wo so viele Faktoren als „Absinken“, „Sport“, „Reifen“ und nicht zuletzt „Schreibergärten“, sowie erhöhte Lebenshaltung und teure Lebensmittelpreise so eminent auf jeden Wirtschaftsbefucher einwirken! Rechnet man hinzu das Vordringen von Flaschenbier in einer großen Anzahl von Haushaltungen, sowie die sogenannten Spielabende, welche durch gegenseitige Einladungen unter sich in Privat abgehalten werden, sowie die in so hoher Blüte stehende „Vereinsmeierei“, so wird man es den Wirten nachfühlen können, daß ihre Lage keine „berühmtenwerte“ ist; dazu kommt noch eine kaum zu ertragende Besteuerung durch „Kommune und Staat“, daß wohl mancher von ihnen keinen fehnlicheren Wunsch hat, als diesem in früherer Zeit so geachteten und wohlhabenden Stand „Balet“ zu sagen, wenn er nur wüßte, was er dann anfangen sollte. Die berechtigten Klagen sind seitens hier Reuzgezeugener oder nach hier kommenden Fremden über die in hiesigen Kneipen herrschende „Nede und mangelnde Geselligkeit“, davon kann man sich jeden Tag selbst überzeugen.

Im Anschluß an die in letzter Zeit hier sich bemerkbar machende fortschreitende Entwidlung und Verjüngung lassen wir den Naturruf erschallen an alle, die es angeht, „wendet Euch wieder mehr Eurer gemüthlichen Kneipe zu“, die jedem gerechten Mann als Ort der Unterhaltung und gegenseitigen Belehrung beim Glase Bier ein Bedürfnis sein sollte. Es ist nicht „Kännerari“ und namentlich für Geschäftsleute nicht von Vorteil, der Kneipe gänzlich fernzubleiben und die Abende bei „Muttern“, bei Tee oder Schokolade zuzubringen!

Die Reichenbacher Innungswirte scheinen der Meinung zu sein, daß die Einwohnerschaft nur vorhanden ist, um sich in den Kneipen den Magen voll Alkohol zu pumpen, damit sich das Portemonnaie der Wirte füllt.

Kleine Notizen.

Die genarrten Byzantiner. In den Zeitungen wurde berichtet, daß der Kronprinz von Sachsen auf dem Wien-Reustadt-Kärdier Flugfelde festlich empfangen sei, sowie, daß er einen Ausflug in einem Flugzeuge unternommen habe. Der Kronprinz von Sachsen ist jedoch überhaupt nicht in Wien-Reustadt gewesen. Ein unbekannter Hochkapler hat sich für den Kronprinzen von Sachsen ausgegeben.

Straßenbahnunfall in München. Zwischen der Bayerischen und Goethestraße stießen gestern nachmittags zwei Straßenbahnen aufeinander. Der Materialschaden ist bedeutend. Elf Personen wurden leicht verletzt, ein Wagenführer erlitt außer verschiedenen Verletzungen eine schwere Gehirnerschütterung.

Kultur des 20. Jahrhunderts. Gestern früh fand in Hildesheim die Einrichtung des Stahlweigers Jakob Eiser statt, der in der Nacht zum 5. November vorigen Jahres in der Feldmark Martinsbühl im Kreise Sühorn gemeinschaftlich mit zwei anderen Stahlweigern den Oberschweiger Herrmann Dullmann ermordet und beraubt hatte.

Durch einen Sprengschuß getödtet. Beim Bau der Ennebergstraße in Junsbrück explodierte am Freitag unvorsichtigerweise ein Sprengschuß. Zwei Mineure wurden auf der Stelle getödtet, mehrere Arbeiter sind schwer verletzt.

Straßenbahnkatastrophe. In der Sakhetarjanerstraße in Budapest fuhr gestern ein Wagen der elektrischen Straßenbahn einen sechs Meter hohen Damm hinauf. Aus den Trümmern wurden fünf schwer und sieben leichter Verletzte geborgen.

Von der Automobilstrafe. Ein Auto, das von Verona nach Vicenza fuhr, geriet bei Caldiero einen Abhang hinunter. Die zwei Insassen, ein Berliner namens Gollig und sein Revo Horfer wurden herausgeschleudert und trugen tödliche Verletzungen davon.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 60, vorn über Treppen — Fach 211 —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonntags von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Umschlag und eine Zahl als Briefzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenbesitzung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Uebrig fragen Sie mich in der Sprechstunde vor.

R. 99. Die Anstellung dauert vom 2. Oktober 1911, Altensachsen VI. 478. 10. — **H. R. 53.** Etwa 6 Monate, Kosten 300 bis 400 Pf. Antrag an das Polizeipräsidium. — **H. R. 54.** Gräberstraße, Kinder bis zu 4 Jahren, für die ein besonderer Platz nicht beansprucht wird, sind frei zu beschreiben. Fahrpreisermäßigung tritt ein für Kinder bis zu 10 Jahren. — **Jub. 70.** Anspruch auf Altersrente besteht nicht. — **G. 6.** 1. Die vierzehntägige Kündigungsfrist rufen wir innewahalten. 2. Arbeitsnachrichtennachrichtigung zur Krankenkasse ja. — **H. R. 117.** Den Abdruck der Beitragsbestimmung gestattet der Raum nicht. Den Belegzett erhalten Sie zum Beispiel in der Güttenhagenen Verhandlung. — **H. R. 118.** Ja, wenn die Frau nach der Verheiratung erwerbsfähig ist. — **H. 10.** Ja, falls Sie nicht selber unterhaltungsbedürftig sind. — **H. 201.** Beim Amtsgericht Neudöan. — **H. R. 32.** 1. Das kann einbezogen. 2. Bedenksurkunden, mit Rechtskraft versehen. Scheidungsurteil, Willkürh. bei Vordandankeln von Kindern. Kündigungsbescheinigung des Vormundschaftsgerichts. — **H. R. 100.** Der Erheber könnte bis zum 3. Juli mit Wirkung zum 1. Oktober kündigen. — **Jahres.** 1. In einem solchen Falle ja. 2. Bei der Kuffschichtbehörde, Straßener Str. 3-6. — **H. R. 1.** Biersechtmalige Kündigungsfrist. — **Ulfed 27.** 1. Gleichgültig. 2. Ja. — **H. R. 18.** Wenn Sie sich an das Arbeitersekretariat, Engelstr. 15. — **H. R. 16.** Die Kündigung ist verspätet. — **H. R. 666.** Heimatsurkunde, Sühnattest. — **H. R. 1.** und 2. Ja zur Hälfte. — **H. R. 50.** Nein. — **H. R. 61.** Nein. — **H. R. 42.** Soweit möglich, ja. — **H. R. 118.** Ja. — **H. R. 100.** 1. Als Konjunktionslos. 2. Hat anderes Erwerbsvermögen. — **H. R. 27.** 1. und 2. Ja. 3. Ja. — **H. R.** Der Urlaub können Sie abstrahieren und überfordern. — **H. R. 13.** Sie können die vereinbarte Beitragsrate durch Klage bei dem für den Wohnort des Beklagten zuständigen Amtsgericht geltend machen. — **H. 15.** 1. Mehr als 500 M. jährlich. Die Schwägerin ist steuerpflichtig. 2. Ihre Schwägerin soll Wohnung vorziehen, monatlich etwa 1 M. 3. Gegen den Mann verfährt. — **H. R. 100.** Mit Vollendung des 18. Lebensjahres. — **Amtegericht.** 1. Durch Znanenrue-nahme der Polizeibehörde. 2. Nach vorangegangener Klage, unter Ueberreichung des Urteils, Antrag beim Amtsgericht auf Klärung und Ueberweisung. 3. Bezeichnung des Vormundschaftsgerichts über die Ernte des Mündels befragen. 4. Ugl. Verlangen Sie es. — **H. R.** Nein.

Wir behaupten

dass die H. K. G. infolge ihres Verkaufssystems

Selbstkostenpreis + 10% Provision

dem Publikum bedeutende Ersparnisse bietet, da sie ihre Verkaufspreise um ca. 20-30% billiger berechnet, wie allgemein regulär üblich.

Selbstkostenpreis, Umsatzprovision sowie Verkaufspreis sind auf jeder Etikette deutlich vorgeschrieben, ein reelleres Verkaufssystem ist also nicht denkbar.

Unsere Läger in fertigen Herren-, Jünglings-, Knaben- und Sportkleidern sind in allen Preislagen, Ausführungen und Größen reichhaltig sortiert.

Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. m. b. H. Neue Schönhauserstr. 1

Deutschlands größtes Special-Geschäft dieser Art. • Wir haben keine Filialen.



Wir beweisen

die strenge und gewissenhafte Durchführung unseres Verkaufssystems:

Selbstkostenpreis + 10% Provision

durch folgendes Attest des vereidigten, gerichtlichen Bücher-Revisors:

Im Auftrage der Herren-Kleider-Vertr.-Ges. m. b. H., Neue Schönhauserstr. 1, habe ich eine Prüfung des Warenlagers an der Hand der Einkaufsrechnungen vorgenommen; ich habe hiernach einwandfrei festgestellt, dass die zum Verkauf angebotenen Waren dem Verkaufssystem entsprechend Selbstkostenpreis + 10% Provision berechnet und ausgezeichnet sind.

Berlin, den 28. Februar 1912.
(Stapel)

gez. Ferd. Grau,
Gerichtlich vereidigter Bücherrevisor.

Ecke Weinmeister- und Münzstrasse.

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses.

Linoleum u. Wachs, Häntsch, Rausch, Rieh, Möhlhandlungen, Bethke, Georg, Frese, Ernst, Gaege, Otto, Paul Gaege, Spandau, Jos. Hauke, Heinrich, R., Korn, Hugo, A. Kobbelt, Lenz & Jagmann, Nitsch & Rabsahl, Wendland, Ernst, Herm. Wendland, Möbel-Transport, Schmidt, Otto, Siebeky, W., Nöbelmagazin, Gustav Böse, Wilh. Gabbert, Gleiser, A., N. Gebert, Möbel-Fabrik, W. Hamann, Harnack, Herm. Kogel, Küchenmöbel, Nöbelmagazin, Lange, Max, Misch, Rebsch, E., Spandau, Emil Rufier, Schmidt, Otto, Siebeky, W., Wendland, Ernst, Herm. Wendland, Möbel-Transport, Schmidt, Otto, Siebeky, W., Nöbelmagazin, Gustav Böse, Wilh. Gabbert, Gleiser, A., Molkerei, Nord-West, Milchkuranstalt am Viktoriapark, Kinder- und Kurlisch, Milch Schmidt, Neukölln

„Schweizerhof“, Musikalien, Musikinstrumente, Mentzel-Pianos, Musik-Haus, Reetz, Spandau, Nähmaschinen, Bellmann, E., Ferra, Pfaff, Singer Nähmaschinen, Afrane-Nähmaschinen, Optiker, Papier u. Schreibw., Pfandleihen, Rixd. Pfandleihe

Photogr. Apparate, M. Albrecht, Putz- u. Modewaren, M. Haase, Bertha Mierzwa, Puppen, P. R. Zierow, Restaurierungen, Schuhwaren, Schuhm., Ernst Adam, Hans Bry, Tipp-Topp, Otto Grätsch, Goldmann, Heinrich Johann, H. Jetzlaff, Horn, Kämer, Piehl, A. Lange, Paul Lehmann, Ernst Müller, Nebring, O. Neumann, Petermann, Reetz, Max, Rixd. Pfandleihe, Schubwarenhaus des Westens

Schirme u. Stöcke, Girod, F., Spandau, Selten, Gustav Gambel, Heideke, Paul, Teppiche u. Gardinen, Gardinen, Bernhard Schwarz, J. A. Schulz, Trauer-Magazin, Westmann, Uhren u. Goldwaren, Oscar Aldag, J. Behrendt, Otto Biekel, Gustav Schoder, Otto Brauer, Max Busse, J. Gebhardt, M. Graupner, M. Mariel, Kalebusch, W., Lüdgers, H., Nolte, K., Rudolf Plutz, Qaltzow, Joh., Emil Quade, Carl Schlawinsky, R. Schmelz

Willy Schmidt, Friseur, Kiebitzstr. 14, Gustav Scholz, Schönemann, G. Milla, F. Schönewitz, W. Scholtz, Schumacher, O., Tegel, Schultze, Osw., Frankl, Allee 24, Max Storch, Ebingersstr. 100, M. Tomeschka, Ebingersstr. 100, Paul Trenk, Chard, Spand.-Str. 25, A. Trenner, Wilhelmstr. 12, Truxa, W., Frankl, Allee 18, Ubrun- u. Goldwaren-Industrie, Berlin 200, Lindenstr. 16, Wiffig, Ad., Zabel Nchf., Charlbg., Berlinstr. 118, „Deutschland“ Berlin, Arbeiterversicherung - Schützen, Sterbekassenversicherung, „Friedrich Wilhelm“, Berlin W 9, Dehnstr. 58-61, Jduna zu Halle a. S., Berlin, Charlottenstr. 82, Warenhaus, Warenhaus M. Hirsch, Spandau, With. Herm. Lesser, Kollwitzstr. 14, Weine, Liköre u. Fruchtäfte, Hugo Beling, 80 Filialen in allen Stadtteilen, Ignatz Sello, Großdistillation, Orianenstr. 207, Waschmittel, Verlangen Sie „Edelweiß“, Krone aller Waschmittel

Welf, Welfu, Trifhot, Ahlbeck, Gust., Oberländerstr. 74, H. Baria, Schönhauser Allee 107, Bredow, Otto, Milla, Hermannstr. 56, Carl Braun, Kottbuser-Str. 5, M. Gardels, Bunsenstr. 78, Georgi, Ernst, Krot, Str. 51a, Hoffmann, Carmen, Silesenstr. 6, Hoppe, E., Scharnweberstr. 21, Julius John, Lortzingstr. 9, Jonas, Hermann, Krotstr. 111, Juncker, H., Hermannstr. 173, Carl Kleins, Höchstestr. 16, N.O. 18, Robert Kutsche, Gubenstr. 56, A. Kessler, Caprivistr. 1, Ch. Loewy, Milla, Bergstr. 12/13, Meyer, Hermann, 17, (Arbeitslosen), Nachmann, Müllerstr. 131, Kant.-Lied, Fr. Ollwetzki, Alts. Jährstr. 127, Schaefer, Kusselstr. 42, Schram, Lina, Miltzschstr. 11, Otto Seelisch, Kochenstr. 8, Hermann Meyer, Schönewitzstr. 11, J. Stein, Bismarckstr. 118, Ad. Schäfer Nchf., SO. Admiralstr. 4, L. Schneider, Weberstr. 61, A. Tschape, Wilsch, Bettfedern, Thurov, O., Charlbg., Gauerstr. 14, L. Viorann, Zionskirchstr. 24, E. Volgt, Bismarckstr. 101, Albert Vogt, Urbanstr. 21, Fritz Logenhauer, sowie Gefäßfabr., Geflügel-Importhaus, Neukölln, Kossackstr. 106, C. Dittmann, Berliner Str. 41, P. Hildebrandt, Brunnenstr. 122, Schmidt, E., Spandau, Havelstr. 19, Zastrow, Landsberger-Allee 47, Pacha, Zahn-Artler, E. Bode, N. Sub-Gahuser Allee 43, L. Hollbruch, Herms., Fankl, pag. 1871, Herold, H., Kasserstr. 47, A. Kessel, 71, Jordan, Alfr., Fennstr. 61, pag. 1882, Köber, O., Marzieser, Gassestr. 106, H. Lindeke, Warschauerstr. 80, H. Muskaner, 16, Witte, Max, Ecks. Kastelfeldstr.

17. Ziehung 5. Kl. 226. Kgl. Preuss. Lotterie. Ziehung vom 31. Mai 1913 vormittags. Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Los- gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II. Nur die Gewinne über 500 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|--|--|--|---|---|--|---|--|---|--|---|---|---|---|---|---|--|--|--|--|---|---|----------------------------|--|--|--|---|--|---|---|---|--|--|---|--|---|---|---|--|----------------------------|---|--|--|--|--|---|----------------|---|--|---|--|---|--|--|--|---|-------|--|--|--|---|---|---|------------------------------------|--|--|---|---|--|---|--|---|---|------------------------------------|
| 177 254 810 60 489 803 893 843 72 825 34 1084 | 171 224 406 622 55 710 830 87 53 951 2034 42 60 1313 | 30090 418 41 78 807 72 [1000] 79 969 3193 229 93 | 829 34 41 452 89 74 505 27 636 [5000] 756 849 62 | 69 960 84 4063 110 210 87 474 678 738 814 986 [500] | 5167 609 774 924 6072 87 122 213 23 518 927 754 | 621 978 7309 347 504 [3000] 42 720 34 55 91 835 63 | 841 808 49 202 753 953 78 9181 280 463 613 80 [500] 729 812 | 10055 135 291 403 98 68 638 506 60 77 96 11061 | 130 395 428 600 9 91 854 980 12363 240 345 [3000] | 60 69 [500] 877 695 857 [10000] 979 13032 117 217 [1000] 246 [1000] 409 85 682 67 630 737 69 900 6 [500] | 83 14028 85 178 858 438 777 855 15100 406 89 60 | 77 84 590 95 611 702 16188 215 473 604 75 84 625 93 [1000] 703 13 955 [500] 76 17141 44 820 | 60 447 89 655 708 974 64 18193 83 310 540 613 704 | 50 80 86 863 84 982 [1000] 19045 64 116 256 89 308 48 77 490 607 80 768 897 | 20883 390 83 309 23 45 437 65 860 700 17 49 | 895 21173 [500] 219 854 844 63 628 61 22247 810 | 447 730 75 90 23218 380 87 81 97 24051 441 716 | 25309 302 81 413 634 39 [3000] 725 38 89 803 905 | 81 26903 70 [3000] 70 [3000] 409 600 [500] 80 61 | 627 737 47 64 018 14 [3000] 27187 90 013 [3000] 22 | 43 460 [3000] 17 625 639 919 28166 95 418 668 | 722 97 [1000] 843 [10000] 29048 67 88 119 233 | 399 484 632 621 810 85 940 | 30146 83 81 808 [500] 28 553 655 787 535 | 31360 93 430 25 548 618 43 780 98 849 32147 62 | [500] 273 678 611 770 33280 83 303 467 [500] 594 | 646 830 010 34003 9 18 69 194 214 28 98 434 | 639 80 908 38 32 33156 207 462 899 742 36013 | 169 82 305 41 60 802 623 75 609 [500] 10 88 705 | [500] 881 914 37099 248 384 451 [500] 537 [500] 608 | [500] 95 899 38063 113 89 87 383 438 571 [3000] | 617 732 30185 64 874 [600] 75 892 83 [500] 36 615 [3000] 748 635 [500] | 40014 85 192788 897 970 41305 431 87 945 712 | 893 [1000] 969 42087 338 623 61 88 43088 120 [3000] | 91 239 [500] 170 827 65 887 788 909 81 [3000] 96 | [3000] 44052 104 328 447 629 [500] 41 88 792 84 | 45063 181 805 93 450 71 529 758 49004 152 292 420 | [500] 1001 607 87 77 80 47041 [500] 185 397 602 | 813 48084 212 67 713 995 49320 34 617 32 608 | 715 38 [3000] 846 63 [500] | 50109 [1000] 32 857 51088 202 330 451 772 | [3000] 824 760 948 52378 437 45 60 879 851 761 | 55042 115 43 [600] 87 330 [600] 890 870 75 55130 | 258 303 [500] 38 527 808 983 83 50628 276 [5000] | 623 703 82 893 57087 484 821 26 80 726 44 70 58038 | 82 104 75 85 323 49 633 64 [500] 65 999 59169 | 310 793 [1000] | 00115 858 85 507 23 77 732 64 61211 560 474 | 97 538 92045 152 93 234 64 854 93 498 85 893 [500] | 663 63033 174 225 92 89 884 469 515 850 [500] 978 | 64010 48 133 91 306 34 83 [3000] 65 430 850 79 | 65124 38 330 91 96 548 677 621 63 83 [3000] 992 | 66099 146 383 404 46 875 [500] 618 747 [500] 825 | 684 87094 [3000] 95 313 444 625 93 618 85 84 | [10000] 718 95 80 908 42 891 68093 100 222 875 | 793 850 75 69347 83 492 685 804 79 744 80 813 | 14 77 | 70043 168 [500] 288 60 367 [500] 475 [600] 888 | 629 72162 809 71185 264 59 88 950 493 769 82 | 72067 113 325 451 88 900 777 86 903 41 74030 132 | 275 92 949 92 83 619 [500] 712 688 79 75015 113 | 64 840 425 642 893 [1000] 749 904 19 [3000] 76005 | 163 90 277 648 81 987 [5000] 77313 649 87 882 78034 | 42 58 195 449 813 78178 641 835 85 | 80103 [500] 234 814 60 [3000] 678 [1000] 834 | 963 83 81391 380 890 89 75 728 973 82015 201 | [3000] 488 99 885 610 718 888 90 [500] 95 83337 | 90 82 512 27 824 774 968 999 [1000] 75 84010 35 | 114 299 91 421 631 75 [1000] 641 712 66 85044 [1000] | 87 277 408 674 925 842 49 83 88 9018 62 180 211 | 27 317 70 446 70 641 74 698 749 87 818 23 60 923 | 87024 77 334 90 453 504 616 43 75 807 [500] 987 | 88088 418 20 21 36 90 605 88132 79 87 302 489 | 612 793 028 28 65 72 [1000] 938 87 |
|---|--|--|--|---|---|--|---|--|---|--|---|---|---|---|---|---|--|--|--|--|---|---|----------------------------|--|--|--|---|--|---|---|---|--|--|---|--|---|---|---|--|----------------------------|---|--|--|--|--|---|----------------|---|--|---|--|---|--|--|--|---|-------|--|--|--|---|---|---|------------------------------------|--|--|---|---|--|---|--|---|---|------------------------------------|

17. Ziehung 5. Kl. 226. Kgl. Preuss. Lotterie. Ziehung vom 31. Mai 1913 nachmittags. Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Los- gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II. Nur die Gewinne über 500 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|--|--|--|--|--|--|---|---|---|----------------------|--|---|--|--|---|---|--|--|----------------|---|--|--|--|---|--|--|---|--|---|---|--|--|--|--|---|--|---|---|--|---|--|--|--|--|--|----------------------|--|---|---|--|--|---|---|---|---|----------------------------------|---|--|---|--|--|--|--|--|---|--|--|--|--|--|---|--|-------------------------------|--|---|---|---|--|---|--|------------|---|---|--|--|--|---|--|--|--------------------------------------|---|
| 90186 [500] 298 348 70 87 [1000] 417 766 91042 | 74 180 68 308 49 517 95 674 779 837 88 911 92122 | 65 278 476 [3000] 649 704 818 93061 130 89 961 538 | 97 [1000] 698 787 [500] 834 42 931 94102 34 72 205 | 8 36 48 89 343 422 608 768 [500] 905 30 87 95397 | 238 805 619 [500] 710 910 60 96134 202 26 85 390 | 454 [1000] 611 76 792 810 34 967 87032 44 100 29 40 | 252 392 401 43 018 914 [500] 98036 [500] 61 176 | 80 292 318 62 61 733 957 99012 80 [500] 182 889 | 83 602 67 717 68 930 | 100096 171 303 80 481 729 67 845 45 908 101264 | 60 699 787 102099 183 223 79 355 503 87 885 736 | 87 71 804 999 [500] 103018 48 55 114 235 380 870 | 81 632 [500] 741 [500] 80 838 926 87 [3000] 104107 | 249 341 688 897 53 912 105658 89 128 260 82 989 | 478 624 827 634 61 86 108149 83 382 598 663 779 | 107003 143 82 244 314 84 774 64 889 108017 204 | 383 677 109000 26 107 23 [500] 69 329 370 [1000] | 408 617 940 45 | 110017 21 238 43 415 34 67 629 75 84 819 44 | 111062 [500] 177 378 411 522 90 648 890 963 112021 | 79 [500] 210 417 582 96 837 113265 [3000] 631 91 | 894 [500] 73 922 114098 317 87 58 544 60 627 787 | 62 625 [500] 911 115037 118 87 379 599 85 789 811 | 84 116142 333 74 631 667 91 770 870 117038 147 | 205 56 [500] 408 15 335 612 71 [1000] 118011 24 92 | 67 153 355 358 710 884 915 118129 864 995 | 120079 [500] 84 [500] 112 261 97 401 67 674 87 | 808 5 977 121060 290 498 95 888 695 [500] 741 91 93 | 918 42 122121 64 71 320 98 695 705 912 123042 144 | 87 832 353 487 788 815 124078 390 643 789 951 78 | 126085 76 81 368 425 557 801 25 35 66 718 60 819 | 23 [1000] 126167 243 87 [3000] 888 728 79 67 889 | 925 127044 62 103 411 23 606 758 128902 20 142 | 770 330 439 898 835 716 [500] 800 129015 61 135 | 296 52 432 646 642 [500] 755 [1000] 863 952 87 | 130662 78 275 [3000] 881 [1000] 93 [3000] 444 | [500] 94 622 51 89 749 [1000] 924 131038 58 419 | [1000] 87 [3000] 621 629 725 72 [500] 827 682 132165 | [500] 213 300 440 80 714 21 78 806 12 950 78 133010 | 83 183 489 70 652 90 [1000] 780 [500] 971 134088 | 91 223 495 774 82 854 135008 808 [500] 783 808 | 136055 85 146 207 [3000] 479 [3000] 785 830 93 | 137062 233 338 422 882 84 [500] 85 94 957 [1000] | 85 138121 496 588 [500] 728 83 877 139192 200 92 | [1000] 631 718 43 72 | 140034 175 [500] 87 332 54 384 487 608 [500] 7 | 64 832 943 85 141149 88 [500] 802 [500] 26 404 36 | [500] 42 708 84 [500] 990 142105 95 236 344 437 | 42 613 741 [1000] 80 970 143333 93 497 [500] | 608 619 49 70 959 144485 496 658 826 48 945 145098 | 141 219 326 90 751 67 81 829 54 928 54 146038 151 | [1000] 202 48 89 350 [1000] 52 448 823 627 818 48 | 642 77 147085 118 988 415 598 90 684 917 39 [500] | 148001 33 64 58 78 399 [5000] 64 587 642 808 149078 | 79 208 499 [1000] 610 [1000] 975 | 150102 38 [500] 444 82 611 [500] 844 151329 454 | 854 88 629 923 38 152038 64 59 [3000] 238 498 90 | 856 57 705 62 898 993 153413 691 154780 814 952 | 64 156028 108 204 9 360 403 7 11 807 17 62 818 | 48 85 615 156379 414 620 48 61 [1000] 85 617 39 45 | 74 718 157003 253 409 519 [3000] 633 771 84 882 94 | 95 158010 62 102 34 39 541 635 [1000] 703 815 95 | 159187 243 281 [3000] 476 583 614 760 15 958 [500] | 160134 85 430 47 [10000] 638 61 757 59 943 75 | 161183 278 435 89 768 789 991 162103 238 44 82 | 357 83 705 62 808 163124 [3000] 818 29 425 333 | [3000] 86 841 42 72 [500] 978 164186 259 [500] 325 | 434 [1000] 79 586 84 787 [3000] 74 812 59 935 99 | 165036 41 27 524 789 67 870 74 166201 85 145 230 | [3000] 537 688 89 [3000] 843 167324 [500] 40 83 | [500] 894 844 900 [500] 923 168156 71 [1000] 233 457 | 738 924 169591 121 438 61 770 | 170192 212 328 486 584 801 6 171111 43 [500] | 490 688 78 636 [3000] 86 172048 79 367 673 87 787 | 878 907 173159 80 546 785 815 95 877 174103 423 | 611 67 175188 507 87 841 66 681 78 786 176983 107 | 212 19 693 76 [1000] 715 77 905 87 177044 78 152 | [1000] 84 300 540 781 64 88 922 178013 68 189 [500] | 200 99 308 461 674 805 179207 92 600 94 607 95 | 781 863 98 | 180078 [500] 275 335 48 [1000] 94 [500] 448 890 | 1 43 65 849 [500] 712 861 973 181068 [1000] 182 | 311 42 [1000] 688 182895 21 [3000] 140 779 807 | 183001 123 289 327 77 845 83 788 184018 214 74 | 529 601 24 62 75 724 947 58 80 185293 95 470 884 | 605 48 84 839 96 979 [500] 186730 31 64 279 324 | [500] 559 84 [500] 642 74 739 87 [500] 808 [500] | 25 187011 76 183 71 79 858 188118 84 290 325 539 | 613 83 84 [1000] 700 1 23 318 189334 | Im Gewinnverzeichnis sind 2 Prämien zu 50000 M., 2 Gewinne zu 20000, 4 zu 10000, 6 zu 5000, 8 zu 2000, 14 zu 1000, 44 zu 500, 544 zu 800, 784 zu 2000, 1642 zu 500 M. |
|--|--|--|--|--|--|---|---|---|----------------------|--|---|--|--|---|---|--|--|----------------|---|--|--|--|---|--|--|---|--|---|---|--|--|--|--|---|--|---|---|--|---|--|--|--|--|--|----------------------|--|---|---|--|--|---|---|---|---|----------------------------------|---|--|---|--|--|--|--|--|---|--|--|--|--|--|---|--|-------------------------------|--|---|---|---|--|---|--|------------|---|---|--|--|--|---|--|--|--------------------------------------|---|

17. Ziehung 5. Kl. 226. Kgl. Preuss. Lotterie. Ziehung vom 31. Mai 1913 nachmittags. Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Los- gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II. Nur die Gewinne über 500 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|--|--|--|--|--|--|---|---|---|----------------------|--|---|--|--|---|---|--|--|----------------|---|--|--|--|---|--|--|---|--|---|---|--|--|---------------------------------------|
| 90186 [500] 298 348 70 87 [1000] 417 766 91042 | 74 180 68 308 49 517 95 674 779 837 88 911 92122 | 65 278 476 [3000] 649 704 818 93061 130 89 961 538 | 97 [1000] 698 787 [500] 834 42 931 94102 34 72 205 | 8 36 48 89 343 422 608 768 [500] 905 30 87 95397 | 238 805 619 [500] 710 910 60 96134 202 26 85 390 | 454 [1000] 611 76 792 810 34 967 87032 44 100 29 40 | 252 392 401 43 018 914 [500] 98036 [500] 61 176 | 80 292 318 62 61 733 957 99012 80 [500] 182 889 | 83 602 67 717 68 930 | 100096 171 303 80 481 729 67 845 45 908 101264 | 60 699 787 102099 183 223 79 355 503 87 885 736 | 87 71 804 999 [500] 103018 48 55 114 235 380 870 | 81 632 [500] 741 [500] 80 838 926 87 [3000] 104107 | 249 341 688 897 53 912 105658 89 128 260 82 989 | 478 624 827 634 61 86 108149 83 382 598 663 779 | 107003 143 82 244 314 84 774 64 889 108017 204 | 383 677 109000 26 107 23 [500] 69 329 370 [1000] | 408 617 940 45 | 110017 21 238 43 415 34 67 629 75 84 819 44 | 111062 [500] 177 378 411 522 90 648 890 963 112021 | 79 [500] 210 417 582 96 837 113265 [3000] 631 91 | 894 [500] 73 922 114098 317 87 58 544 60 627 787 | 62 625 [500] 911 115037 118 87 379 599 85 789 811 | 84 116142 333 74 631 667 91 770 870 117038 147 | 205 56 [500] 408 15 335 612 71 [1000] 118011 24 92 | 67 153 355 358 710 884 915 118129 864 995 | 120079 [500] 84 [500] 112 261 97 401 67 674 87 | 808 5 977 121060 290 498 95 888 695 [500] 741 91 93 | 918 42 122121 64 71 320 98 695 705 912 123042 144 | 87 832 353 487 788 815 124078 390 643 789 951 78 | 126085 76 81 368 425 557 801 25 35 66 718 60 819 | 23 [1000] 126167 243 87 [3000] 888 72 |
|--|--|--|--|--|--|---|---|---|----------------------|--|---|--|--|---|---|--|--|----------------|---|--|--|--|---|--|--|---|--|---|---|--|--|---------------------------------------|

2. Generalversammlung der Sattler und Portefeuillier.

München, 30. Mai 1912.

Den Geschäftsberichten folgte eine ergebnisreiche Diskussion. Der Reichsverband... Die Tätigkeit der angestellten Kollegen zeige, daß die Agitation erfolgreich war...

das Zwischenmeisterstern zu bekämpfen. Schulze-Berlin meint, daß man die Agitation nicht völlig unterbinden kann. Die Tätigkeit der angestellten Kollegen zeige, daß die Agitation erfolgreich war...

unterstützung erhalten. Stellte sich die Mehrheit des Verbandstages auf den Standpunkt des Ausschusses, der entschied, daß diese Kollegen Krankenunterstützung bekommen. — Dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Wortbericht von Berlin am 30. Mai 1912, nach Ermittlung des k. k. Preisverzeichnisses. Kartoffelndreiecke (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Spießbohnen, weiß, 30,00—56,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 8,00—13,00.

Ravon-Geise

eine neuartige Haushaltseife von fabelhafter Waschkraft.

ganz ohne Soda!!

Die Reinigungswirkung ist einfach fabelhaft. Selbst durch und durch verschmutzte Wäsche wird mit Ravon-Geise bei spielend leichter Arbeit wie neu. Empfindliche Stoffe wie Seide, Wolle, Spitzen, Gardinen usw. bleiben vollständig unverändert.

Die Ravon-Geise ist nach Zusammensetzung und Waschkraft die reinste und vollkommenste Hausseife, die die Seifen-Industrie je hervorgebracht hat.

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, den 1. Juni. Anfang 7 1/2 Uhr. Kgl. Schauspielhaus. Wagners. Der Ring des Nibelungen. Opernhaus. Der große König. Opernhaus. Der große König. Opernhaus. Der große König.

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Gefährtin — Paracelsus. Der grüne Kakadu. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld. Sonntag, abends 8 Uhr: Der Gelizige. Hierauf: Der eingeblendete Kranke.

ZOOLOGISCHER GARTEN. Täglich: Großes Militär-Doppel-Konzert. Eintritt 1 M., von abends 6 Uhr ab 50 Pf.; Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Apollo Theater. Ab 8 Uhr. Premiere. Vollständig neues Programm. Dirigiert: Paul Beckers.

Heute, den 1. Juni 1912: Frühlings-Ball im Admirals-Palast in der angenehmen kühlen Eis-Arena auf Parkett! Ball- oder Sommer-Toilette.

Residenz-Lichtspiele. Blumenstr. 10. Das große Programm: „Ein Lebenslied.“ Dramen in 2 Akten.

Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Große Hofjungen. Theater in der Königgrätzer Straße. Abends 8 Uhr: Die 5 Frankfurter.

Hagenbeck's Indien-Berlin Tempelhofer Feld. Täglich: Gr. Vorstellungen von 11 Uhr vorm. bis 10 Uhr abends geöffnet. 90/12. Entree 50 Pf.

IKLA. Intern. Kongress, lebend. Abnormitäten. Die größte Ausstellung lebender Naturwunder. Die Abnormitäten werden täglich von 10 bis 10 Uhr in den Gesamtzimmern des Passage-Panoptikums zur Schau gestellt und demonstriert!

Königstadt-Kasino. Jede Polster- u. Alexanderstraße. Täglich abends 7 1/2 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr: Theater und Varieté, 8 Spezialitäten und Leute von heute.

„Der eifersüchtige Esel“ mit Max Linder usw. In der Hauptrolle Fräulein Oswald vom Residenztheater Berlin.

Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Die schöne Helena. Sonntag u. Mont. 3 1/2 Uhr: Wiener Blut. Residenz-Theater. Direction Richard Alexander. 8 Uhr: Alles für die Firma.

Metropol-Theater. Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet. Schwindelmeier & Comp. Phantastisch-musikalische Komödie in 3 Akten aus dem Englischen.

Voigt-Theater. Gesundheitsbrunnen. Badstraße 55. Heute (sonntags) täglich: Die Tochter der Hexe. Gr. vom. Ausstattungsstück m. Tanz und Schauspiel in 5 Bildern.

Passage-Theater. Claire Waldoff Littke Carlsen Alt-Bonner Studenten und das große Mal-Programm! 14 Varieté-Attraktionen!

Ki-Kok. früher Nassau Kgl. Operntheater (Trasgarten-Königsplatz) Naturfarben-Lichtspiele Kinemakolor. Bis auf weiteres das neue große Programm. Täglich von 4—11 Uhr.

ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 192. Die zwei Waisen. Anfang 8 Uhr. Auf der Gartenbühnen: Die große Jahreskronen: Tudu! Es ist erredet!

LUNA PARK Kongo. Die interessanteste Völkerschau, die Berlin je gesehen!

Abfahrtsstello Schillingsbrücke am Schliesisch. Bahnhof. Morgen Sonntag früh von 8—9, mittl. 2 Uhr nach 5. Von mittags 2 Uhr ab ca. 10 Uhr nach Restaurant Ruffhäuser.

Waltersdorfer Schleuse. 50 Pf. Täglich früh 9, mittags 2 Uhr, nach Waltersdorfer Schleuse, früh 10 Uhr, außer Sonnabend und Sonntag, nach Neue Wäpfe.

Spandau, am Askanienring, vor dem Rathausneubau. Der große handhabliche Zirkus Fischer-Reiffarth. Täglich abends 8 1/2 Uhr: Gr. Neuheits-Vorstellungen.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger zum Schluss neu: Sanatorium Sonnenstich. Für den Inhalt der Zitate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Vornehme

Herren-

Bekleidung fertig und nach Maß

J. Kurzberg auf Wunsch Wochenrate.

1 Mark an

Rosenthaler Strasse 40 Hackescher Markt. Frankfurter Allee 104 Ecke Friedenstrasse. Reinickendorfer Str. 4 Weddingplatz.



„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E. G. m. b. H.) gegründet von organisierten Schneidergehilfen Berlin N. Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager fertiger Anzüge und Sommerpaletots, Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen und Arbeiter-Berufskleidung. Lieferant der Konsumgenossenschaft und des Arbeiterradfahrerbundes. Sonntag von 8-10 Uhr geöffnet.

Achtung nur beim Fachmann Elegante fertige Herren-Garderobe Teilzahlung von 1 Mark wöchentlich an Vornehmste Maßanfertigung u. Garantie Julius Fabian Schneidermeister I. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 37 II. Geschäft: Turmstrasse 18

Das größte Abonnementshaus feinsten Herren-Moden J. Stock & Co. verkauft seine Monats-Garderobe direkt an Private. Anzüge und Paletots von 10 M. an. Friedrichstr. 108, Eing. Johannisstr., vis-a-vis der Karlstr.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zuzüglich 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg., das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinen! Steppdecken! Vorhänge! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleier 5 Prozent Rabatt... Sonntag geöffnet.

Pringen-Pauletts, Pringen-Str. 84 I, im Leihhaus, kaufen Sie enorm billig, als: von Kavaliere...

Möbel-Verkehr, Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelbau auf Kredit und gegen bar...

Möbel ohne Geld! Bei keiner Anzahlung geben Wirschaften und einzelne Stücke auf Kredit...

Unterricht in der englischen Sprache für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Kurs...

Freundlich möblierte Schlafstelle, Schanze, Kastanienallee 21, Quergebäude III. 745*

Verkauf von Teppichen, Gardinen, Tischdecken, Vorhängen, etc.

Kindertwagen, Teilzahlung, Woche 1, Klappwagen, Kistenwagen, etc.

Nach Schluss der Saison finden Sie in meinen drei Spezialgeschäften für bürgerliche Wohnungen...

Musikinstrumente, Pianinos, Aufbaum, guter Ton, 130,00 (Teilzahlung)...

Verschiedenes, Patentanwalt Bessel, Gütchenstr. 21a.

Arbeitsmarkt, Stellenangebote, Maurerpolier mit 16 Mann (einst. Akkord) für größeren Neubau...

Wohnungsgesuche, Zimmer, etc.

Geld! Geld! Sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus „Rosenthaler Tor“, Linienstr. 208/4, etc.

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen...

Kaufgesuche, Platinabfälle, Gramm 5,75, Gold, Silber, etc.

Zimmer, Möbliertes Zimmer vermietet, etc.

Kassenführer, Bewerber, mit der Kassenführung vertraut, wollen ihre Gesuche schriftlich...

Verkauf von Möbeln, etc.

Geschäftsverkäufe, Bäckerei, gute Lage, neuer Ofen, billig zu verkaufen...

Möbel, Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen...

Unterricht, Klavier, Violine, Gesang, etc.

Schlafstellen, Möblierte freundliche Schlafstelle, etc.

Achtung, Wagenbauer! In den nachfolgenden Wagen- und Karosseriefabriken befinden sich die Arbeiter im Streik...

Verkauf von Möbeln, etc.

Möbel, Humdlich können Brautleute ihre Wohnungseinrichtung reicher und billiger kaufen...

Möbel, Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen...

Unterricht, Klavier, Violine, Gesang, etc.

Schlafstellen, Möblierte freundliche Schlafstelle, etc.

Achtung, Wagenbauer! In den nachfolgenden Wagen- und Karosseriefabriken befinden sich die Arbeiter im Streik...

Verkauf von Möbeln, etc.

Möbel, Humdlich können Brautleute ihre Wohnungseinrichtung reicher und billiger kaufen...

Möbel, Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen...

Unterricht, Klavier, Violine, Gesang, etc.

Schlafstellen, Möblierte freundliche Schlafstelle, etc.

Achtung, Wagenbauer! In den nachfolgenden Wagen- und Karosseriefabriken befinden sich die Arbeiter im Streik...

Verkauf von Möbeln, etc.

Möbel, Humdlich können Brautleute ihre Wohnungseinrichtung reicher und billiger kaufen...

Möbel, Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen...

Unterricht, Klavier, Violine, Gesang, etc.

Schlafstellen, Möblierte freundliche Schlafstelle, etc.

Achtung, Wagenbauer! In den nachfolgenden Wagen- und Karosseriefabriken befinden sich die Arbeiter im Streik...

Verkauf von Möbeln, etc.

Möbel, Humdlich können Brautleute ihre Wohnungseinrichtung reicher und billiger kaufen...

Möbel, Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen...

Unterricht, Klavier, Violine, Gesang, etc.

Schlafstellen, Möblierte freundliche Schlafstelle, etc.

Achtung, Wagenbauer! In den nachfolgenden Wagen- und Karosseriefabriken befinden sich die Arbeiter im Streik...

Verkauf von Möbeln, etc.

Möbel, Humdlich können Brautleute ihre Wohnungseinrichtung reicher und billiger kaufen...

Möbel, Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen...

Unterricht, Klavier, Violine, Gesang, etc.

Schlafstellen, Möblierte freundliche Schlafstelle, etc.

Achtung, Wagenbauer! In den nachfolgenden Wagen- und Karosseriefabriken befinden sich die Arbeiter im Streik...

Verkauf von Möbeln, etc.

Möbel, Humdlich können Brautleute ihre Wohnungseinrichtung reicher und billiger kaufen...

Möbel, Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen...

Unterricht, Klavier, Violine, Gesang, etc.

Schlafstellen, Möblierte freundliche Schlafstelle, etc.

Achtung, Wagenbauer! In den nachfolgenden Wagen- und Karosseriefabriken befinden sich die Arbeiter im Streik...

Verkauf von Möbeln, etc.

Möbel, Humdlich können Brautleute ihre Wohnungseinrichtung reicher und billiger kaufen...

Möbel, Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen...

Unterricht, Klavier, Violine, Gesang, etc.

Schlafstellen, Möblierte freundliche Schlafstelle, etc.

Achtung, Wagenbauer! In den nachfolgenden Wagen- und Karosseriefabriken befinden sich die Arbeiter im Streik...

Verkauf von Möbeln, etc.

Möbel, Humdlich können Brautleute ihre Wohnungseinrichtung reicher und billiger kaufen...

Möbel, Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen...

Unterricht, Klavier, Violine, Gesang, etc.

Schlafstellen, Möblierte freundliche Schlafstelle, etc.

Achtung, Wagenbauer! In den nachfolgenden Wagen- und Karosseriefabriken befinden sich die Arbeiter im Streik...

Verkauf von Möbeln, etc.

Möbel, Humdlich können Brautleute ihre Wohnungseinrichtung reicher und billiger kaufen...

Möbel, Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen...

Unterricht, Klavier, Violine, Gesang, etc.

Schlafstellen, Möblierte freundliche Schlafstelle, etc.

Achtung, Wagenbauer! In den nachfolgenden Wagen- und Karosseriefabriken befinden sich die Arbeiter im Streik...

Verkauf von Möbeln, etc.

Möbel, Humdlich können Brautleute ihre Wohnungseinrichtung reicher und billiger kaufen...

Möbel, Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen...

Unterricht, Klavier, Violine, Gesang, etc.

Schlafstellen, Möblierte freundliche Schlafstelle, etc.

Achtung, Wagenbauer! In den nachfolgenden Wagen- und Karosseriefabriken befinden sich die Arbeiter im Streik...

Vorort-Nachrichten.

Reutlingen.

Stadtvorordnetenversammlung. Die Sitzung am Donnerstag sollte in erster Linie dazu dienen, das bisherige Rumpfparlament wieder zu vervollständigen und voll arbeitsfähig zu machen. Auf der Tagesordnung stand daher u. a.: Beschlußfassung über die Gültigkeit der kürzlich stattgefundenen Stadtvorordneten-Ergänzungswahlen, Einführung der neugewählten Stadtvorordneten, Ergänzung der Deputationen und Kommissionen. Zum ersten Punkt lagen Proteste gegen die Wahl des Maurermeisters Wilhelm Schuch (Soz.) vor, die, wie verlautete, in dem vor dem Plenum tagenden Wahlausschuß bereits wegen ihrer Haltlosigkeit zu festigen Zusammenhängen geführt hatten. Es handelte sich um die Wahl der Stadtvorordneten, die im hohen verammelten neuen Mitglieder in der Versammlung ein heftiger Kampf entbrennen würde. Aber es kamen weder die neugewählten Stadtväter zu ihrem Amt, noch die auf den überfüllten Tribünen harrenden Zuhörer zu der wohl erwarteten Sensation; denn die Sitzung nahm ein vorläufiges Ende. Nur ein kleines Intermezzo zwischen der sozialdemokratischen Fraktion und dem Magistrat gab es. Nachdem der hiesige Stellvertreter des abwesenden Stadtvorordnetenvorsitzenden, Herr Bögelke, ein paar geschäftliche Mitteilungen gemacht hatte, nahm Stadt. Dr. Silberstein (Soz.) das Wort zu einer Erklärung: Es ist uns bekannt geworden, daß wieder einmal vom Magistrat über die Besetzung zweier wichtiger Beamtenstellen verfügt worden ist, ohne die zuständigen Kommissionen auch nur mit einem Worte vorher davon zu unterrichten. Wir wollen keineswegs in die Rechte des Magistrats eingreifen; aber wir sind um so mehr erstaunt über das Schicksal, als erst kürzlich in der Stadtberatung einmütig von der Versammlung der Wille zur Mitarbeit bei Besetzung wichtiger Beamtenstellen zum Ausdruck gebracht wurde und Oberbürgermeister Kaiser selbst insofern verprochen, künftig dementsprechend zu verfahren. Jetzt soll aber nichtsdestoweniger bereits für das Krankenhaus ein neuer Direktor ernannt und ein neuer Verkehrsinспектор gar schon provisorisch im Dienst sein. Beides ist den zuständigen Deputationen wieder nicht unterbreitet worden, mögen wir Einspruch erheben. — Der Oberbürgermeister glaubte diese Kritik seiner autoritären Reigungen mit einem schlechten Witz abtun zu können und erklärte mit absichtlich gewählter komisch-ernster Miene, begleitet von beifälligem Lachen der bürgerlichen Mehrheit, daß auch er sehr erstaunt über das Vorgehen sei, weil er selbst ganz ahnungslos über die angebliche Besetzung der bezeichneten Stellen sei. Dem Herrn Oberbürgermeister blieb aber ebenso der Witz, wie der Rehrheit das Lachen im Halse stecken, als der sozialdemokratische Redner feststellte, daß der Verkehrsinспектор tatsächlich schon provisorisch im Dienste ist und für den Direktorposten im Krankenhaus der Vorksteher des Rechnungsbureaus, U t j a h r e, in Aussicht genommen sei. Gegen diese genauen Angaben wagte sich kein Wort mehr vom Magistrats-tische hervor; die Annahme fand also Bestätigung, daß wieder einmal Protektionen lanciert werden sollen in Stellen, wo das Interesse der Stadt erkranklich qualifizierte Kräfte verlangt. — Nach dieser interessanten Episode sollte zur Beschlußfassung über die Ergänzungswahlen geschritten werden. Stadt. Prange (komm.-fortschrittlich) bezweifelte jedoch die Beschlußfähigkeit des Hauses. Die Auszählung gab dem Zweifler recht, so daß die Sitzung abgebrochen werden mußte. Der Vorksteher-Stellvertreter teilte mit, daß er für nächste Woche erneut zu einer Sitzung mit gleicher Tagesordnung einladen werde, welche dann ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig sei. Stadt. W u h l h (Soz.) bestritt die Richtigkeit dieser Auffassung. Die Beschlußfähigkeit sei nur für den Punkt 2 herbeigeführt worden; für die Verhandlung der anderen Gegenstände komme das Vorgehen des Herrn Prange gar nicht in Betracht. Sollte dieser für den ganzen Beratungstoff die Beschlußfähigkeit beweisen, so müßte das geschäftsordnungsmäßig vor Eintritt in die Tagesordnung geschehen. Damit fand die Versammlung ihr Ende; es wird voraussichtlich für Donnerstag nächster Woche wieder eine solche Einberufung werden.

Ueber das Ergebnis der Wahlauszählung wird uns noch berichtet: Mit sieben bürgerlichen gegen fünf sozialdemokratische Stimmen wurde beschlossen, der Stadtvorordnetenversammlung zu empfehlen, die Wahl des Genossen Wilhelm Schuch für ungültig zu erklären. Der Referent stützte sich darauf, daß ein Wähler den Maurermeister H e r m a n n Schuch anstatt Wilhelm Schuch gewählt habe. Nach Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts hätte diese Stimme für ungültig erklärt werden müssen, wodurch dann der bürgerliche Gegenkandidat Weber gewählt gewesen wäre. Unsere Genossen vertraten die Auffassung, daß zunächst einwandfrei nachgewiesen werden müßte, ob ein Wähler einen verkehrten Vornamen genannt hätte, aus der Wählerliste oder dem Wahlprotokoll sei das nicht zu erweisen, und auf Grund von Behauptungen, die auf ihre Richtigkeit nicht geprüft sind, könne man Wahlen nicht für ungültig erklären. Bei den Bürgerlichen war jedoch alles vergebens; sie erklärten, die Protestierenden seien glaubwürdige Leute. So kam man denn zur Ungültigkeitserklärung der Wahl. Die nächste Stadtvorordnetenversammlung wird sich mit dem Protest zu beschäftigen haben.

Charlottenburg.

Der Neubau eines zweiten Waisenhauses soll in absehbarer Zeit in Angriff genommen werden. Die Bauverwaltung hat bereits den Vorentwurf dafür ausgearbeitet. Demnach wird der Bau auf dem Grundstück in der Sophie-Charlotten-Str. auf welchem sich das Bürgerhaus befindet, erfolgen. In der Anstalt sollen 100 Kinder Aufnahme finden. Die Kosten für den Bau — ohne innere Einrichtung — sind auf 300 000 M. veranschlagt.

Ein Wasserrohrbruch, der eine mehrstündige Verkehrsstörung zur Folge hatte, ereignete sich in der Nacht zum gestrigen Freitag auf Charlottenburger Gebiet. Gegen 2 Uhr früh brach an der Ecke der Tauentzien- und Kürnbberger Straße infolge einer Erdringung, die durch den Untergrundbau herbeigeführt worden war, ein 160 Millimeter starkes Wasserrohr. Durch den hervorquellenden Wasserstrahl wurde das Erdreich an der Bruchstelle aufgerissen und die hervorquellenden Fluten seigten die Straße alsbald unter Wasser. Die benachrichtigte Verwaltung der Charlottenburger Wasserwerke ließ sofort die Zuführung zu dem defekten Rohre absperrten und die Ausbesserungsarbeiten vornehmen, die gegen 4 Uhr morgens beendet waren. Infolge des Rohrbruchs war der Straßenbahnverkehr vom Betriebsbeginn an bis gegen 10 Uhr unterbrochen. Die nach Berlin fahrenden Wagen der Linien 33, 64, 164, 78, 79, 80, A, B, D und H wurden durch die Kurfürsten- und Maachenstraße bezw. Bülowplatz geleitet.

Die Errichtung der Sophie-Charlotten-Schule auf dem Grundstück Wismarstr. 48—52 ist endlich in Frage gestellt. In dem Ausschuß, welcher zur Durchberatung der vom Magistrat der Stadtvorordnetenversammlung unterbreiteten Vorlage eingeleitet worden ist, kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen dem Magistrat und den Mitgliedern des Ausschusses. Der Ausschuß hielt in seiner großen Mehrheit das ganze Projekt für viel zu teuer und sprach den Wunsch aus, daß der Magistrat ein anderes Grundstück dafür in Vorschlag bringen möge. Der Magistrat hat daraufhin die Vorlage zurückgezogen.

Die Frage betreffend Beleuchtung der Rathausniederung ist nach langen Beratungen und vielfachen Beleuchtungsversuchen dahingehend gelöst worden, daß der Stadtvorordnetenversammlung empfohlen werden soll, von einer Beleuchtung Abstand zu nehmen. Die Versuche, die sich auf Beleuchtung der Uhr durch Scheinwerfer, auf leuchtende Zeiger und Ziffern erstreckten, erwiesen sich als unwirksam. Der einzig gangbare Weg

wäre der, transparente Zifferblätter einzubauen und von innen zu beleuchten.

Abgesehen von der außerordentlichen Schwierigkeit dieser Ausführung befürchtet man eine beträchtliche Herabminderung der architektonischen Wirkung des Rathauses und kam folgedessen zu einem ablehnenden Resultat.

Wilmerdorf-Palensee.

Zu den nächsten Stadtvorordnetenwahlen. In Groß-Berlin war Wilmerdorf voriges Jahr die einzige Stadt, in der der Magistrat die Kommunalwahlen noch nicht auf einen Sonntag angelegt hatte. Aus diesem Grunde hat der Vorsitzende des sozialdemokratischen Wahlvereins an Ort es für seine Pflicht gehalten, in einer Zuschrift an den Magistrat auf die bisherige Ausnahmestellung Wilmerdorfs hinzuweisen und der Anregung Ausdruck zu geben, daß im Interesse besonders der arbeitenden Bevölkerung auch in Wilmerdorf für die dritte Abteilung die Sonntagswahlen eingeführt werden möchten.

Die im November stattfindenden Wahlen sind von ganz besonderer Bedeutung. Vorab kommt in Betracht, daß die Zahl der Stadtvorordneten von 48 auf 60 erhöht wird; rechnet man weiter hinzu, daß sätzungsgemäß noch ein Drittel der jetzigen Stadtvorordneten ausscheidet, so sind im ganzen 28 Sitze neu zu vergeben. In der ersten Abteilung scheiden aus die Hausbesitzer Contag, Hesse, Köster, Speer und der Mieter Hartung; außerdem ist hier das Mandat des kürzlich ausgeschiedenen Hausbesizers Pimplun zu besetzen. In der zweiten Abteilung sind zu erledigen die Mandate der Hausbesitzer Dr. Wohl und Renzel und der Mieter Geffers und Fischer. Endlich sind in der für die Sozialdemokratie einzig in Betracht kommenden dritten Abteilung die Mandate der Hausbesitzer Gründling und Vincus und die der Mieter Gnädig, Kühnen, Dr. Heintz und Woll neu zu besetzen. Mit Ausnahme der Demokraten Roll und Vincus gehören sämtliche ausscheidende Stadtvorordnete der großen konservativen Fraktion an.

Diese Tatsache könnte namentlich in den ersten beiden Abteilungen der Fortschrittlichen Partei Gelegenheit geben, ihren Mut zu erproben. Bis jetzt gibt es nur fünf Linksliberale in der Stadtvorordnetenversammlung; und wenn die Herren in Rücksicht darauf, daß bei den letzten Reichstagswahlen ihr Kandidat 7721, der Konservative hingegen nur 2861 Stimmen erhalten hat, mit Energie eine wirklich liberale Politik treiben und einen Gegenstoß zu der herrschenden konservativen Fraktion herbeiführen wollten, so sollte man meinen, daß es ihnen gelingen müßte, den Einfluß der heute allmächtigen Konservativen ganz erheblich einzudämmen. Aber freilich hat es an Energie bisher ganz besonders den Wilmerdorfer Liberalen gefehlt; und im letzten Winter machte sich bereits in ihren Vereinen eine Strömung geltend, die auf Vereinfachung des letzten Restes des Liberalismus abzielte und eine Einigung mit der großen Fraktion anstrebte. Eine solche Einigung würde selbstverständlich nichts anderes als ein Untergehen in den konservativen Drei bedeuten und dem Liberalismus bei den nächstjährigen Landtagswahlen jeglichen Kredit rauben.

Was nun letzten die Sozialdemokratie betrifft, so sind schon oft an dieser Stelle die Schwierigkeiten der Agitation in der Beamtenstadt Wilmerdorf geschildert worden. Bei den Reichstagswahlen erhielt unser Kandidat R u b e i l allerdings 8810 Stimmen. Jedoch bildet diese Zahl für die Stadtvorordnetenwahlen keinen Maßstab, da ein Beamter, der öffentlich sozialdemokratisch stimmt, dem Hunger überantwortet würde. Aber trotz des Terrorismus, den die Staatsbehörden im Verein mit der konservativen Partei ausüben, wird die Sozialdemokratie mit voller Kraft den Kampf aufnehmen; und sie hofft, zu den zwei Mandaten, die sie seit November 1910 befehlt hält, noch einige weitere hinzuzuerobern zu können.

Dat doch unsere Partei vor den Bürgerlichen den einen Vorteil voraus, daß sie sich über die jämmerliche Vegetationspolitik hinwegsetzen kann. Es ist zum Lachen, wenn man erfährt, daß das Philisterium in Palensee empört ist, weil der Magistrat die Absicht hat, den Namen dieses Ortes nicht mehr gelten zu lassen, daß das Rheingaubiertel um Umbenennung des Bahnhofs Schmargendorf kämpft und daß im alten Ortsteil die Hausbesitzer Entlohnung herbeiführen, weil der Magistrat die Anlieger zu den Kosten des S e p a r a t s heranziehen will. Im Angesicht solcher „Wahlparolen“ kann die Sozialdemokratie mit Stolz darauf hinweisen, daß sie auch die kommunalen Fragen von einer höheren Warte aus betrachtet und zum Wohle der Gemeinde eine wahrhaft zielbewusste Politik treibt.

Mariendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Nach Einführung der neugewählten Gemeindeverordneten, worunter sich unser Genosse Wolf befand, genehmigte die Vertretung zunächst den Antrag des Arbeitervereins zur Aufstellung eines Gedenksteins am Wismarplatz in Sündenbe, allerdings mit jederzeitigem Widerruf, sofern einmal hantliche Veränderungen die Entfernung notwendig machen. — Hierauf verhandelte die Vertretung über die Bewilligung einer Flugschende. Unsere Genossen Weber und Reichardt wandten sich mit aller Schärfe gegen die Bewilligung von Mitteln und betonten, daß die Regierung es nicht gemagt habe, dem Reichstage eine besondere Forderung für Flugschende zu unterbreiten, jetzt sich aber auf dem Bettelewege in verkappter Form an Gemeinden usw. wende, um auf diese Weise Gelder für den Luft Militarismus zu erlangen. Dazu dürften unter keinen Umständen Gelder aus Gemeindegeldern bewilligt werden. Im übrigen sei es sehr sonderbar, daß derselbe Gemeindevorsteher, der fast in jeder Sitzung über Geldmangel der Gemeinde stöhne und wiederholt mit diesem Argument dringend notwendige Verbesserungen zurückgestellt habe, mit einem Male Geld übrig zu haben glaubt. Nach diesen Ausführungen unserer Genossen war es der Mehrheit der Vertretung nicht möglich, auch nur 300 M. zu bewilligen, und so wurde der Antrag zum schließlichen Bedauern des Vorkstehers abgelehnt. — Die Errichtung des Feuerwehredienstgebäudes wurde hierauf zum endgültigen Abschluß gebracht, nachdem sich die Vertretung volle zwei Jahre damit beschäftigt hatte. Der jetzt genehmigte dritte Entwurf machte sich hauptsächlich notwendig, weil mit dem neuen Gemeindevorsteher die Zusammenlegung der Amts- und Gemeindeverwaltung beschlossen wurde. Dadurch ist es aber notwendig geworden, daß zur sicheren und guten Geschäftsführung die Amtsverwaltung von der gänzlich abgelegenen Tempelhofer Straße nach dem Rathause oder wenigstens in aller nächste Nähe verlegt wird. Die eingeleitete Baukommission hatte zu erwägen, entweder beim Rathause schon jetzt einen Anbau vorzunehmen, oder aber den zweiten Entwurf des Feuerwehredienstgebäudes zu verworfen und einen neuen anfertigen zu lassen, in welchem gleichzeitig Räume für die unterzubringende Amtsverwaltung projektiert wurden. Da nun das Rathaus an sich durch den gegebenen Raum nicht allzu anbaufähig ist und sich schließlich bei der rapiden Entwicklung der Gemeinde ein Neubau doch notwendig macht, genehmigte die Vertretung den dritten Entwurf des Feuerwehredienstgebäudes, der Räume für die Amtsverwaltung vorstellt. Der Bau soll am 1. April 1913 unter Dach sein. Zum ersten Male wird die Gemeinde einen Bau in eigener Regie ausführen, was als ein Erfolg unserer Genossen zu betrachten ist. Und daß es für die Gemeinde von Vorteil ist, ergaben schon einige von Gemeindevorsteher angeführte Zahlen. Während der Architekt für Zeichnung und Leitung des Baues 11375 M⁸ beanspruchte, erhält derselbe jetzt einschließlich der verworfenen Entwürfe insgesamt 5975 M. Wenn auch die jetzt antliche Bauleitung noch Kosten verursacht, so sind bei den Gesamtkosten trotzdem große Ersparnisse zu machen. Veranschlagt sind nur für den Bau des Gebäudes 227 000 Mark einschließlich Architektonorator. Bedeut werden die Kosten zunächst aus Anleihen. Jedoch ergibt die Berechnung, daß durch die

Miete der 14 Wohnungen für Feuerleute, Ersparungen an den jetzt noch zu zahlenden Mieten für Ställe und Remisen gemacht werden.

Meinickendorf-Ost.

Kinderspiele veranstaltet die „Freie Turnerschaft Schönholz“ vom 2. Juni ab wieder an jedem Sonntag, vormittags von 10—12 Uhr, auf ihrer Spielwiese an der Kaschdorferstr. 19—21. Diese Spiele erfreuten sich in den Vorjahren stets wachsender Beliebtheit bei den Kindern und Eltern. Der hiesigen Arbeiterschaft kann daher nur empfohlen werden, ihre schulpflichtigen Kinder auch in diesem Jahre auf diese Veranstaltungen hinzuzuführen und sie zur Teilnahme zu veranlassen.

Spandau.

Stadtvorordnetenversammlung. Einem längst sich geltend machenden Bedürfnis entsprachen die Stadtvorordneten in ihrer Sitzung am Donnerstag, als sie mit überwältigender Majorität die Beschaffung eines Automobilschlüssels beschloßen. Die Bedenken, welche bei früheren Beratungen gegen diese Vorlage vorgebracht wurden, schienen gänzlich geschwunden zu sein, denn es trat niemand mehr dagegen auf. Aus der Begründung, die der Bericht-erstatler zu dieser Vorlage vorzutrug, ging auch hervor, daß Spandau bisher im Gegensatz zu anderen deutschen Städten herzlich wenig für seine Feuerlöschmittel aufgewendet hat. — Es wurden ferner die Mittel bewilligt für den Umbau der Potsdamer Brücke und die Ribellierung der Straße am Potsdamer Tor. — Die Abdeckerei zwischen der Straße An der Kasse und der Straße 27 soll nun endlich beseitigt werden. Der Magistrat beabsichtigt, durch dieses Gelände eine Baufluchtlinie festzusetzen und will zu diesem Zwecke das Abdeckereigrundstück erwerben. Diese Maßnahme ist notwendig geworden, da durch alle Gerichtsinstanzen hindurch festgestellt worden ist, daß das Privilegium der Abdeckerei untrennbar von dem Grundstück sei. Wohin die Abdeckerei nun verlegt wird, ist noch nicht heraus. Es war zunächst geplant worden, an der Falkenhagener Grenze eine Feischbrennwertungsanstalt zu errichten, doch ist von dortigen Anwohnern dagegen bereits Einspruch erhoben worden. Die Versammlung stimmte der Vorlage zu und erluchte nochmals um möglichst baldige Ausführung derselben. — Für die Errichtung eines städtischen Lagerplatzes und öffentlichen Stätteplatzes am Randhafen (zwischen Hohenzollern- und Alkaniering östlich der Streitstraße) wurde dann die Summe von 66 000 M. bewilligt. Auf diesem Platz sollen für das Kanalisations- und Wasserwerk sowie für Pflasteraufstoffe 16 300 Quadratmeter reserviert werden, während 23 700 Quadratmeter Lagerflächen verpachtet werden sollen. Der am Bröhmännerplatz belegene Stätte- und Lagerplatz soll dann zu einem kleinen Park mit Dampfanlagen hergerichtet werden. — Vom Magistrat war noch beantragt worden, die 53. Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Gas- und Wasserfachmänner in München durch zwei Magistratsmitglieder, zwei Stadtvorordnete und einen Betriebsleiter zu beschicken. Die Versammlung beschloß aber nur die Entsendung je eines Magistratsmitgliedes, Stadtvorordneten und Betriebsleiters, nachdem sämtliche Redner sich gegen die Vorlage des Magistrats ausgesprochen hatten. — Einige andere Sachen, darunter der Ankauf der Müllerischen Auktionshalle zum Preise von 60 000 M., wurden in einer sich anschließenden geheimen Sitzung erledigt.

Oranienburg.

In der Stadtvorordnetenversammlung wurde zunächst vom Vorksteher berichtet, daß der im vorigen Jahre gefasste Beschluß, den Magistrat zu ermächtigen, am Lehnitzsee eine Freibadeanstalt einzurichten, von der Regierung abgelehnt worden ist. Hierauf beschloß die Versammlung, den Arzt Dr. Köhls als Krankenhausarzt und Dr. Schmel als Armenarzt mit jährlichem Verträge anzustellen. Die Jahresentschädigung beträgt 1800 bezw. 750 M. Im Heiz- und Kochgas zu erlangen, soll entweder das Gaswerk in Sachsenhausen angeliefert oder mit den Berliner Gaswerken ein Vertrag abgeschlossen werden. Zunächst sollen die Geschäftsbücher des Herrn Hengstenberg über die Rentabilität des Gaswerks in Sachsenhausen einer Prüfung unterzogen werden. Der Sachverständige liquidiert pro Tag 60 M., der Magistrat beantragt, die Kosten bis zu 800 M. zu bewilligen. An der hierauf folgenden Diskussion beteiligten sich auch die Genossen Carlipp und Schumann. Letzterer bemerkte, daß die Stadt wohl schwerlich auf eigenem Grund und Boden eine Gasanstalt erbauen könne, da sie sich gegenüber dem Elektrizischen Werke die Hände gebunden habe. Der Magistratsantrag wurde angenommen mit 23 gegen 4 Stimmen. — Die Kosten für die Instandsetzung der städtischen Badeanstalt sind auf 9000 M. veranschlagt worden, wovon allein 2721 Mark auf die Zubehörrer entfallen. Der Magistrat schlägt nun vor, die Anstalt der besseren Jugänglichkeit wegen auf das gegenüber liegende Grundstück zu verlegen. Die Auskieschächten sollen vergrößert und auf dem Sande in einem Abstand vom Wasser errichtet werden, so daß es möglich ist, die Anstalt auch für Luft- und Sonnenbäder zu benutzen. An der hierauf folgenden Diskussion beteiligten sich die Genossen Carlipp, Schumann und Paris. Der Antrag des Magistrats wurde mit 24 gegen 3 Stimmen angenommen. Hierauf folgte eine geheime Sitzung.

Eingegangene Druckschriften.

- „Gabriel Schilling's Nacht“. Drama von Gerhart Hauptmann. 81 S. S. Fischer, Berlin, Salomonstr. 90.
Ein Liebesdrama Ludwig XIV. Louise de La Valliere. Roman von Dora Dunder. Berlin, Rich. Bong. 4 M., geb. 5 M.
Das Mathusische Bevölkerungsgeheimnis und die theoretische Nationalökonomie der letzten Jahrzehnte. Von Dr. S. Fudge. (Vollständig). Abhandlungen der holländischen Hochschulen. Heft 6). Karlsruhe 1912. G. Braun'sche Hofbuchdruckerei und Verlag. 420 M.
Der Zentralverband deutscher Konsumvereine im Jahre 1911. I. u. II. Teil. 654 S. Selbstverlag in Hamburg.
Der Schatzgräber. Herausgegeben vom Dürerbund durch L. Freilerr v. Egloffstein. Nr. 73. Friedrich der Große von J. Uenarius. 20 M.
— Nr. 74. Schwedische Geschichten von B. v. Helldorff. — Nr. 75. Blaken. Von Björnsterne Björnsen. — Nr. 76. Aus Kindertagen von Arno Schieber. — Nr. 77. Kleine Abenteuer von S. Vertsch. — Nr. 78. Gassenkinder der Arbeiter von R. R. v. Weber. Einzelnummer 10 M. G. D. M. Callmer, München.
Aus Natur und Geisteswelt. Bd. 42. Deutsches Wirtschaftsleben von Chr. Graber. — Bd. 78. Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung von D. v. Juedinck-Sädenhorst. — Bd. 95. Germanische Mythologie von J. v. Regelen. — Bd. 372. Das Auge und die Brille von M. v. Noth. — Einzel 1 M., geb. 1,25 M. S. G. Teubner, Leipzig.
Des Admetus Thymasus kurzweiliger Dialog „Die Tafelrunde“. Ein Beitrag zum Thema von Kritik und Antikritik. Frankfurt a. M. (Fritz u. Seber). 1,25 M.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Station name, Date (am 30.6.12), Water level (cm), and another station name with date and level. Includes stations like Remel, Zittau, Bregel, etc.

+) bedeutet Hoch, — Fall, —) Unterpegel.

**Großes
Spezial-Angebot**
vom 1. bis 9. Juni 1912

in Turnschuhen
Sandalen und Kinderstiefeln

Turnschuhe in schwarz, braun und grau

| | | | |
|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 22/29 | 30/35 | 36/42 | 43/47 |
| 1 ⁵⁰ | 1 ⁷⁵ | 2 ²⁵ | 2 ⁵⁰ |

Römersandalen, 1a Rindleder, m. Fleck

| | | | | | |
|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 21/24 | 25/26 | 27/30 | 31/35 | 36/42 | 43/47 |
| 2 ⁷⁵ | 3 ²⁵ | 3 ⁵⁰ | 3 ⁹⁰ | 4 ⁵⁰ | 4 ⁹⁰ |

Kinderstiefel in braun und schwarz,
größte Auswahl, enorm billig.

Schuhhaus Werner

Schöneberg
Hauptstraße 160

Steglitz
Albrechtstr. 2

**Zeitungs-Ausgabebestellen
und Inseraten-Aannahme.**

- Zentrum: Albert Dahnitz, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, W.: Gust. Schmidt, Kirchdammstr. 14, Hochparterre.
 S. und SW.: Hermann Werner, Gneisenaustr. 72.
3. Wahlkreis: St. Frig., Grinsenstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengels, Gr. Frankfurterstr. 130.
 — Richard Gadelbusch, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kaufgasse 14/15.
5. Wahlkreis: Leo Ruch, Immanuelstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Hohbit): Karl Uderer, Salzweberstr. 8.
 Wedding: J. Hönig, Razerstr. 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm
 Baumann, Rheinsbergerstr. 67, Laden.
Gesundbrunnen: F. Trapp, Poststr. 6, Laden.
Schönhäuser Vorstadt: Karl Wars, Grefenhanerstr. 27.
Adlershof: Karl Schwarze, Hoffmannstr. 9.
Alt-Glienicker: Wilhelm Dörre, Köpenickerstr. 6.
Baumgartenweg: O. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.
**Bernaub, Röntgenal, Zepernick, Schönau und Schön-
 brück**: Heinrich Dörse, Wühlstr. 5, Laden.
Bohnsdorf und Falkenberg: Alois Lauf, Bohnsdorf, Ge-
 nossenschaftshaus "Vorwärts".
Charlottenburg: Gustav Schornberg, Seidenweberstraße 1
Kichwalde: Oskar Mahle, Stubenrauchstr. 99.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshäger Chaussee.
Friedersdorf-Petershagen: E. Heilbarth, Petershagen.
**Friedenau-Steglitz-Südende-Groß-Lichterfelde-Lank-
 witz**: H. Berner, Altenstr. 5 in Steglitz.
Friedrichshagen: Ernst Bertram, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal: Heide, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst: Richard Ritter, Stödelstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhofstr. 13.
Köpenick: Emil Richter, Kiefernstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen:
 Otto Seidel, Marienbergerstr. 1 (Laden).
Mahlsdorf, Kaulsdorf: F. Heyberg, Kaulsdorf, Ferdinand-
 straße 17.
Mariendorf: August Leip, Chaussee 296, Hof.
Marienfelde: Emil Weichert, Dorfstr. 14.
Neuenhagen: Gustav Leh, Bokerstraße.
Nieder-Schöneweide: Gebr. Brüderstr. 6.
Nowawes: Wilhelm Japp, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide: Alfred Sader, Wilhelmminnenhofstr. 17 II.
Pankow-Niederschönhausen: Richard Baumann, Wühlstr. 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmshagen und Schönholz:
 F. Wurz, Provinzialstr. 66, Laden.
Rixdorf: H. Feinzig, Redarstr. 2, im Laden; R. H. R., Sieglitz-
 straße 28/29.
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, III-Boxhagen 56.
Schöneberg: Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 69, im Laden.
**Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und
 Falkenhagen**: R. Köppen, Breitenstr. 64.
**Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust,
 Hermsdorf und Reinickendorf-West**: Paul Rietzsch,
 Borsigwalde, Röntgenstraße 10.
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Berliner Str. 16.
Tempelhof: Joh. Krohn, Berufstraße 62.
Treptow: Rob. Gramenz, Stiehlstraße 413, Laden.
Weißensee: R. Fuhrmann, Sedanstr. 105, parterre.
Wilmerdorf-Halensee-Schmargendorf: Paul Schuber,
 Wilhelmstr. 27.
Zehlendorf, Miersdorf: Ernst Härtig, Zehlendorf, Dorfstr. 15.
 ämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Feine Wurst- u. Fleischwaren
Spezialität: Landhäutchen.

- Oskar Klähn, Kottbuser
Damm 3.
 a Pfd.
 Ostpr. Landhäutchen . . . 1,20
 H. Kollhäutchen . . . 1,35
 . . . Delftstädterhäutchen . . . 1,30
 . . . Landhäutchen . . . 1,65
 . . . Schinken . . . 1,15
 Landfleisch, fett u. mager . . . 0,85
 Zwiebelwurst . . . 0,65
 Fleischwurst . . . 0,65
 Pommerische Landfleischwurst . . . 0,95
 Fleischwurst . . . 0,95
 H. Kalbsfleischwurst . . . 1,05
 Hofheimer Fleischwurst . . . 1,35
 Salami . . . 1,35
 H. Leberwurst . . . 1,30
 Bei Abnahme von 5 Pfd. Wurst-
 waren 5 Pf. pro Pfund Preis-
 ermäßigung.



Es ist kein Geheimnis, daß ich weder
einen Laden habe, noch einen Zuschneider halte.
**Mädchen- und Knaben-
Kleider**
 in einfacher und eleganter Ausführung schneide ich selbst
zu und lasse sie unter meiner Aufsicht anfertigen. Es
ist somit klar, daß ich bei den geringen Kosten
Kinderkleider zu den billigsten Preisen liefern
kann. Fertige Kleider, Anzüge, Mäntel und
Stoffe in großer Auswahl am Lager. 14928*
Mitgebrachte Stoffe werden gegliedert verarbeitet.

Engros-Arbeitsstube Frau M. Salomon,
Neukölln
Berliner Straße No. 58
gegenüber Kaufhaus H. Joseph.

**Herren-Kleidung
Knaben-Kleidung**

Alle Größen und Preislagen vorrätig
Maßschneiderei und Stofflager

J. Goldstein seit 1892 Yorkstr. 51
an der Bülowstraße.

Riesenvägel in Berufs-Kleidung,
nur ausprobierte bewährte Qualitäten.
Auf jedem Stück ist der Preis deutlich notiert.

Vorwärts-Abonnenten erhalten an der Kasse 5 Proz. Rabatt.

M. Schufmeister
BERLIN SO. 28
Dresdener Strasse 4
Kottbuser Tor



Elegante Anzüge

in neuen Formen,
neuen Schnitten, neuen Farben
stets fertig am Lager in 24 Größen.

Herren-Anzüge
25.— 27.— 29.50 32.— 36.— 38.— 42.—
46.— 48.— 51.— 55.— 60.— 75.—

Herren-Ulster
24.50 27.50 29.— 32.50 36.50 40.—
42.50 46.— 50.— 56.— 65.—

Herren-Paletots
25.— 27.— 29.50 32.50 36.50 40.— 45.—
48.— 51.— 55.— 62.— 65.— 68.— 72.—

Moderne Beinkleider
5.— 7.50 8.50 10.50 12.50 14.50 16.50 18.50 20.50
Sonnagsverkauf nur von 8—10 Uhr.

Rob. Stindt Nachf., Oskar Oldenroth,
Hermannplatz 6 NEUKÖLLN Hermannplatz 6

empfiehlt zu bekannt billigen Preisen
Drahtgeflecht, Stacheldraht,
sowie sämtliche Frühjahrsartikel für die Laubenkolonien.



Vornehme
Herren-Mass-Schneiderei

allerfeinste Stoffe □ elegantester Sitz □ gediegenste Verarbeitung

Als besondere Spezialität empfehle:

Jackett-Anzug für **52⁰⁰** M.

Ulster oder Paletot . . . für **48⁰⁰** M.

Beinkleid für **15⁰⁰** M.

August Schega

vorm. A. Wormann G.m.b.H. □ Kottbuser Damm 77

Zöpfe.

Wirklich reelle Ware. Größte Aus-
wahl zu den
allerbilligsten Preisen.
Otto F. Kafka, Neukölln, Erkstr. 8.
Zöpfe- und Perückenfabrik.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69

Als
Zimmer-
schmuck
sehr
geeignet

**Fraktionsbild
der sozialdemokratisch.
Reichstagsabgeordneten**

Zum
Dekorieren
von
Vereins-
zimmern
und
Sälen

Kunstdruck auf gutem Karton. = Preis 50 Pfennig.
Diese Bilder sind auch durch die Vorwärts-Ausgabebestellen zu
beziehen.

**HERREN KLEIDUNG
KNABEN KLEIDUNG**
**S. LEVY, CHARLOTTENBURG
SCHARRENSTR. 36.**

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69
(Laden)

Wir empfehlen:
Franz Mehring
Deutsche Geschichte
Vom Ausgange des Mittelalters
Ein Leitfaden für Lehrende und Lernende
Teil I und II je 1,25 Mark — Beide Teile zu
einem Bande vereinigt, gebunden 2,50 Mark